DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

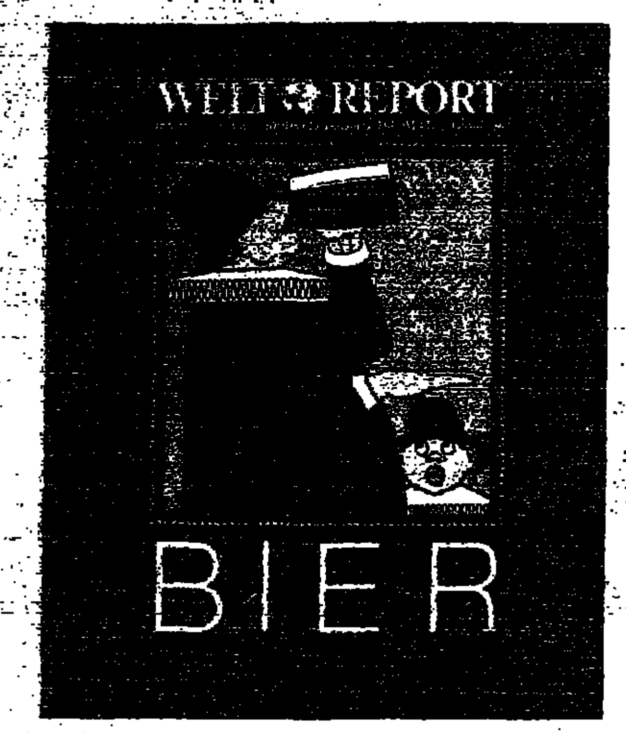
Mittwoch, 12. November 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 29 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 264 - 46.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

Heute in der WELT



In Brüssel steht das Reinheitsgebot politisch auf dem Spiel, aber der Freund des Bieres kann beruhigt sein: Im Biersteuergesetz ist verankert, daß deutsches Bier nur aus den Rohstoffen Wasser, Malz, Hefe und Hopfen bestehen darf. Deutsches Bier ist ein weltweiter Exportschlager. Der Absatz steigt und in Lizenz braut man es selbst in der Südsee. Über die Zukunft des Lieblingsgetränks der Deutschen, über seine Werbung und seine Profilierung – darüber der beiliegende 84seitige farbige WELT-Report 1986.

POLITIK

Raumfahrt: Die USA und die UdSSR haben sich auf die Entwicklung von 16 gemeinsamen Raumfahrt-Projekten geeinigt. Zu dem ins Auge gefaßten Programm gehört vor allem die Erforschung des Planeten Mars.

Tschernobyl: Das Moskauer Ministerium für medizinische Biologie wird in der Presse beschuldigt, dafür verantwortlich zu sein, daß *Mängel bei der Herstellung* eines Medikaments zur Behandlung radioaktiver Strahlen auftreten.

Streiks: *Die Arbeitsniederlegungen* von Zivilbeschäftigten bei den alliierten Truppen sind gestern ausgeweitet worden. Nach Auskunft der Gewerkschaft ÖTV gab es Streiks auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Südkorea: Die Polizei hat den Oppositionspolitiker Kim Dae Jung daran gehindert, eine Protestkundgebung in Seoul zu besuchen. Der Wagen des Politikers wurde gestoppt, er selbst zwei Stunden lang festgehalten.

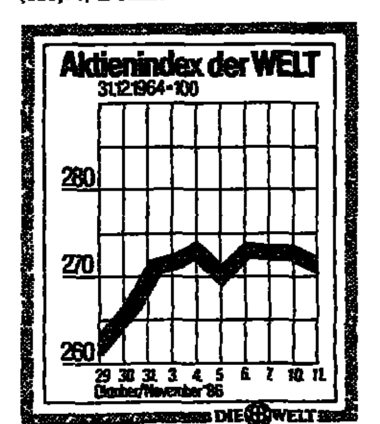
Anschlag: In Antwerpen ist ein Bombenanschlag auf die größte Synagoge der Stadt verübt worden. Es entstand großer Sachschaden, verletzt wurde jedoch niemand. Die jüdische Gemeinde in Belgien zählt 60 000 Mitglieder.

Flucht: *Zwei Handwerkern aus der „DDR" ist gestern im Harz die Flucht in den Westen gelungen.* Mit einem Lkw durchbrachen sie den Metallgitterzaun. Als ihr Fahrzeug steckenblieb, flohen sie unbemerkt zu Fuß weiter.

WIRTSCHAFT

Steuerberater: Die Bundesregierung wird an ihrer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik festhalten; eine Rückkehr zur Stop-and-go-Politik, einen Rückfall in den Dirigismus wird es nicht mehr geben. Das hat Bundesfinanzminister Stoltenberg auf dem Deutschen Steuerberatertag in Berlin versichert. „Verläßlichkeit und Stetigkeit" behielten oberste Priorität. (S. 11)

Börse: Die Aktienmärkte schlossen bei schlechter Stimmung schwächer. Der Rentenmarkt tendierte fester. WELT-Aktienindex: 272,40 (273,92). BHF-Rentenindex: 105,992 (106,023). BHF-Performance-Index: 106,963 (106,965). Dollarmittelkurs: 2,0347 (2,0489) Mark. Goldpreis je Feinunze: 406,00 (410,75) Dollar.



KULTUR

Museum: Goethe in Italien, vor 200 Jahren. Im Oktober 1973 wurde ein Goethemuseum in Rom eröffnet, 1982 wurde es geschlossen. Jetzt gibt es Tauziehen um den endgültigen Fortbestand. (S. 21)

Musiktage: Ein Glück, daß bei den Badenweiler Musiktagen Musik gemacht und nur nebenbei darüber geredet wird. Das Festival-Thema dieses Herbstes lautet „Gefühl und Form". (S. 21)

SPORT

Tennis: Wimbledonsieger Boris Becker wird im Januar und Februar in vier deutschen Städten gegen Spieler der Weltklasse antreten. *Die Gegner sind Henri Leconte,* Jimmy Connors, Stefan Edberg und Miloslav Mecir. (S. 9)

Schwimmen: Die Deutsche Sporthilfe hat die Unterstützung für die Spitzenschwimmer gestoppt – eine „vorläufige Maßnahme" *nach der scharfen Kritik des* Verbandspräsidenten Harm Beyer an der Stiftung. (S. 9)

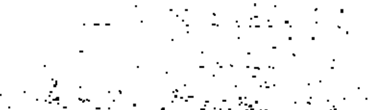
AUS ALLER WELT



Uhren: Das Handgelenk soll von der Armbanduhr befreit werden.

Also: Uhren an der Bluse, an der Krawatte, wo es paßt (Foto). „Le clip" *heißt das Häuflein* Plastik und ist gedacht für „junge, unabhängige Leute, die mit der Zeit gehen". Da kann der Blick auf die Uhr schwierig werden – bei einem Preis von 65 Mark. (S. 22)

„Blüten": Ein in Berlin agierender Geldfälscherring ist unter Einschaltung von Interpol Jerusalem zerschlagen worden. Die Polizei beschlagnahmte 30 000 gefälschte 100 US-Dollarnoten von einer in dieser Qualität bisher nicht festgestellten „Echtheit". (S. 22)



Schon 1981 wurde Sandoz über Sicherheitsmängel informiert

Versicherung bestätigt Risiko-Studie / Zweiter Fall von Rheinverschmutzung

DIETHART GOOS, **Bonn**

Die Kritik an dem Baseler Chemiekonzern Sandoz wird immer schärfer und gipfelte gestern in dem Vorwurf, schon seit 1981 von einer möglichen Vergiftung des Rheinwassers als Folge eines Brandes auf seinem Gelände – wie am 1. November geschehen – *gewußt zu haben. Dies geht aus einer* Risiko-Studie der Zürich-Versicherung hervor, die die Bundestagsfraktion der Grünen gestern in Bonn veröffentlichte. Wie Fraktionssprecherin Hannegret Hönes erklärte, sei den Grünen das Papier zugespielt worden. Man habe die Authentizität der Unterlagen geprüft, und es bestehe kein Zweifel an deren Echtheit.

Nach den Unterlagen der Grünen wollte die Sandoz AG in Basel im Jahre 1981 eine Betriebshaftpflichtversicherung abschließen. Die Zürich-Versicherung untersuchte daraufhin die entsprechenden Risiken. Dabei zeigte sich, daß in den Chemielagerhallen der Sandoz *nur wenige* fest installierte Feuerbekämpfungsanlagen vorhanden waren. Das Versicherungsunternehmen forderte den Einbau von Sprinkleranlagen oder die Erweiterung vorhandener Sammelbecken, um im Falle eines Brandes das verschmutzte Löschwasser auffangen zu können. Die Ausführungen in der Studie beziehen sich auch auf die Halle 956 des Chemielagers, wo am 1. November der folgenschwere Brand ausgebrochen war.

In dem vertraulichen Bericht der Zürich-Versicherung aus dem Jahre 1981 heißt es: „Ein Feuer in einem der Chemielager kann Giftstoffe oder toxische Verbrennungsprodukte freisetzen." Die Wahrscheinlichkeit eines Brandes der bei Sandoz gelagerten Chemikalien wurde mit „mittel" angegeben, das Schadensausmaß in einem solchen Falle dagegen mit „groß".

Zu einer möglichen Gewässerverunreinigung nach einem Chemikalienbrand wird angeführt: „Während eines Brandes in einem der oben beschriebenen Lager können brennbare, explosive und giftige Stoffe aus Kunststoff-Fässern und geplatzten Metallfässern zusammen mit erheblichen Mengen von Löschwasser in den Rhein gelangen."

SEITE 4:
Weitere Gifteinleitung

Nach Angaben der Sprecherin der Grünen hat das Unternehmen Sandoz unter den 1981 gegebenen Umständen eine Betriebshaftpflichtversicherung bei der Zürich-Versicherung abgelehnt. Vielmehr sei diese aus *Kostengründen mit der Gerling-Versicherung* abgeschlossen worden.

Ein Sprecher des Gerling-Konzerns bestätigte, daß das Unternehmen für die Betriebshaftpflicht zuständig sei. In erster Linie sei die Zürich-Versicherung aber als der Feuerversicherer der Sandoz AG in der Pflicht. Das Zürich-Gutachten über Feuerschutzmaßnahmen bei Sandoz sei Gerling nicht bekannt, erklärte der Sprecher.

Auch das Hamburger Nachrichtenmagazin „stern" berichtet in seiner jüngsten Ausgabe über die Risikoanalyse der Zürich-Versicherung. Sie sei vom Chef des „Internationalen Departments" der Versicherung, Eduard Belser, bestätigt worden. Dagegen erklärte der für Versicherungsfragen zuständige Sandoz-Manager Gerhard Schmid, ihm sei die Risikoanalyse nicht bekannt.

Sandoz-Direktor Edgar Fazel hatte am Montagabend zu dem Unglück erklärt: „Wir haben ein schlechtes Gewissen, und ich würde sagen, daß wir durch die Ereignisse schockiert und niedergeschlagen sind. Es ist das erste Mal, daß wir von einem solchen Unglück verfolgt werden."

Gestern ist ein zweiter schwerer Fall von Rheinverschmutzung durch ein Schweizer Chemieunternehmen bekannt geworden. Das Umweltministerium in Stuttgart *teilte mit, nach* Informationen aus der Schweiz habe die Firma Ciba-Geigy am 31. Oktober – also einen Tag vor dem Brand bei Sandoz – 400 Liter hochgiftiges Atrazin in den Fluß geleitet.

Der Umweltausschuß des Bundestages beschäftigte sich gestern auf Antrag der Grünen in einer Sondersitzung mit dem Unfall in Basel und der Vergiftung des Rheins. Umweltminister Walter Wallmann erklärte dabei, der Bund habe alles in seiner Macht Stehende getan, um eine reibungslose Koordination und Information mit den Ländern zu gewährleisten.

Vor der Ausschußsitzung hatte Wallmann mit Vertretern der chemischen Industrie die Sicherheitseinrichtungen deutscher Unternehmen diskutiert. Über bestehende Sicherheitsvorschriften hinaus verpflichtete sich die Industrie, ihre Alarm- und Gefahrenabwehrpläne sowie die Sicherheitseinrichtungen besonders im Hinblick auf die Brandbekämpfung bei gefährlichen Stoffen zu prüfen.

DER KOMMENTAR

Auf Distanz

HERBERT KREMP

Der sozialdemokratische Kanzler-Kandidat *wringt* das Handtuch, aber er wirft es nicht. Er verbittet sich „öffentliche Ratschläge", die „immer auch Schläge" seien, er beklagt die „zauderliche Haltung" seiner Partei, er begibt sich mithin in eine unabhängig erscheinende Position, in eine Oberstube. Sie markiert allerdings nicht nur die Freiheit des Christenmenschen, sondern auch eine schnell wachsende Distanz zu den Genossen, die an dem Bürger *Johannes Rau seit der Nieder*sachsen-Wahl herumdoktern. Die Sozialdemokratie ist, mit einem Wort, gespalten.

Da gibt es die wachsende Schar von Parteifreunden, die überhaupt nicht einsehen, warum die SPD mit dem Keuschheitsgürtel politischer Unberührbarkeit herumlaufen soll. Die Partei hat heute, und sie hat morgen und übermorgen keinen Partner – es sei denn, man folge Holger Börner, den es ja schon gibt, und treibe es mit den Grünen. Dagegen läßt sich allerlei einwenden, aber eines hält die sozialdemokratische Partei doch wohl keine zwanzig Jahre durch: Auf eine Machtchance zu *verzichten, wenn sie sich nume*risch bietet. Das wäre schon den Anachoreten in der Wüste schwergefallen, und diese Einsiedler-Mönche waren schließlich andere Leute.

Da gibt es die schrumpfende Schar von Parteifreunden, die den völligen *Verlust der Mitte nicht* riskieren will, und schließlich die erdverwurzelten NRW-Knappen, die ihrem Ritter Johannes „die Heimat nicht entziehen" wollen, wie es bezeichnend und etwas verdächtig heißt. Rau zählt sich zur Mitte, und er sagte, er müsse seine Partei „dort abholen, wo er sie vorgefunden habe", nämlich von weit links. Ins grüne Joch will er sich nicht begeben (genausowenig wie Dohnanyi), und man sollte ehrenwerten Männern glauben, wenn sie etwas wiederholt sagen.

Eine Übereinstimmung zwischen Parteifreunden und Parteifreunden, Keuschen und weniger Keuschen, wird es nicht geben. Die Sozialdemokraten sind in der Krise. Am Tag nach der Wahl steht die Frage ihrer Einheit zur Disposition.

Genscher: Wir müssen uns jetzt um Bangemann scharen

„Erfolge der Wende nicht verschenken" / WELT-Interview

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die FDP muß nach Auffassung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ihren „entscheidenden Anteil" am Erfolg der Bundesregierung für die breite Masse der Bürger deutlicher machen. In einem WELT-Interview sagte Genscher, die FDP sei es gewesen, die 1982 die Wende erzwungen *und damit die Voraussetzung für* die jetzt sichtbare Aufwärtsentwicklung des Landes geschaffen habe. Genscher: „Ich will es zugespitzt formulieren: Die FDP darf die Wende und ihre Erfolge nicht an die CDU verschenken. Die FDP muß mit derselben Selbstsicherheit wie die Union über diese Erfolge reden und für sich in Anspruch nehmen".

Die Wähler, das sei eine alte Erfahrung, „wählen den Erfolg, auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die überwiegende Mehrheit der Bürger sieht eine allgemeine Aufwärtsentwicklung, sie spürt, daß sie auch persönlich gute Aussichten hat. Das *schafft Vertrauen in die Politik* der Bundesregierung, ebenso wie die Erkenntnis, daß wir eine Außenpolitik der ruhigen Hand und der Besonnenheit *garantieren*". Auf die Frage, ob für ihn feststehe, daß er auch nach der Bundestagswahl Außenminister sein werde, antwortete Genscher: „Wir legen auch diese Entscheidung vertrauensvoll und zuversichtlich in die Hand der Wähler."

Der bevorstehende Parteitag der FDP wird nach den Worten Genschers „*ein klares Signal dafür geben,* daß meine Partei die Koalition mit der CDU/CSU fortsetzen wird. Das heißt, die Wähler werden erfahren, *woran sie mit der FDP sind, in Sach*fragen genauso wie in der Koalitionsfrage. Der gegenwärtige Zustand der SPD macht zudem hinreichend deutlich, daß diese Partei für die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben nicht als Partner der FDP in Frage kommt". Die Diskussion über die Kronzeugen-Regelung sei jetzt „sehr rational" geworden und er gehe davon aus, daß dies auch auf dem Parteitag so sein werde. Genscher widersprach der Einschätzung, daß es in der FDP eine latente Stimmung der *Unzufriedenheit mit* dem Parteivorsitzenden Bangemann gebe. „Die gibt es nicht, und die lassen wir uns auch nicht aufreden. Die Partei hat eine *große Geschlossenheit gefunden un*ter der Führung von Martin Bangemann . . ." Für die FDP gelte es, den Erfolgskurs fortzusetzen. „Das werden wir am besten schaffen, wenn wir uns geschlossen um den Parteivorsitzenden scharen. Was ich dazu tun kann, das werde ich tun".

Die „lauten Überlegungen" einzelner CSU-Politiker, die für den Kampf der Union um die absolute Mehrheit

SEITE 6:
Wortlaut des Interviews

bei der Bundestagswahl plädierten, „schrecken" Genscher nicht. „Viele *Bürger wollen keine Alleinherrschaft* der CDU/CSU." Bundeskanzler Helmut Kohl, so sagte Genscher, „weiß sehr genau, daß die absolute Mehrheit *unter heutigen Verhältnissen* – selbst wenn man sie kriegen könnte – allenfalls einmal erreichbar ist. Der Kanzler denkt langfristig, er weiß, daß diese Koalition noch viele Aufgaben zu lösen hat". Zu den Hauptaufgaben, die angepackt werden müßten, zählt Genscher „eine wirklich durchgreifende Steuerreform", einen „drastischen Abbau der Subventionen" und die „Entbürokratisierung".

Zur Situation der Sozialdemokraten sagte Genscher, „die Entwick*lung, die jetzt bei der SPD für alle* sichtbar wird, war ja für die FDP der Grund, die alte Koalition zu beenden". Die „widerstreitenden Kräfte" der SPD böten ein „verwirrendes Bild". „Die Erwartung der SPD, daß ihr Kandidat Rau diese Gegensätze überdecken kann, ist für die Bundestagswahl schon jetzt gescheitert".

Rau verbittet sich öffentliche Ratschläge

Kanzlerkandidat setzt auf Unentschlossene / SPD will zu härterer Gangart greifen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat sich in einer „kämpferischen Rede" vor der Düsseldorfer Landtagsfraktion gestern „öffentliche Ratschläge zur Wahlkampfstrategie" verbeten. Zwar sei die Ausgangssitu*ation nach Hamburg und* Bayern „noch schwieriger geworden", aber er setze auf die „30 Prozent Wähler, die noch unentschieden sind".

Nach einer stürmischen Vorstandssitzung hatte sich die SPD-Führung am Vortag in Bonn allerdings darauf geeinigt, mit einer veränderten Strategie den Wahlkampf zu bestreiten. Rau war nicht anwesend, sondern bei Ehefrau Christina, die in Wuppertal ihr drittes Kind, eine Tochter, zur Welt brachte.

Mit den Bonner Beschlüssen sind deutliche Konsequenzen aus den jüngsten schweren Niederlagen der Partei gezogen worden. An der Person des Spitzenkandidaten und seiner Bedingung, daß es keinen gemeinsamen politischen Weg mit den Grünen gibt, ist keinerlei Kritik laut geworden. „Es bleibt", so der Bonner Oppositionsführer *Hans-Jochen* Vogel, „bei den zentralen Aussagen des Nürnberger Parteitages." Allerdings müsse die SPD zur Abgrenzung die „Gründe deutlicher erläutern", warum es keine Zusammenarbeit mit den Grünen geben könne.

Als neue Losung für das Wahlziel gab Vogel aus, daß jetzt die Absicht in

SEITE 3:
Ruf nach Härte

den Vordergrund rücken müsse, „die Übermacht der Konservativen zu verhindern". Diesem Zweck soll vor allem auch eine „härtere Gangart" gegenüber dem politischen Gegner dienen. Das Motto „Versöhnen statt spalten" ist in die Argumentations-Rumpelkammer abgestellt worden. Johannes Rau will dies unter anderem heute deutlich machen, wenn er sich in Bonn der Presse stellt. Vogel, der ebenso wie Parteichef Brandt gestern den ganzen Tag über mit dem Kandidaten in regem telefonischen Meinungsaustausch stand, sprach davon, daß „die Sprache ein bißchen anschaulicher" werden müsse und nannte die Aktivitäten seiner Bundestagsfraktion als Orientierung.

Eigentlich sollte heute auch Raus Schattenkabinett präsentiert werden – die Forderung ist auf der Vorstandssitzung am Montagabend von einzelnen Mitgliedern wiederholt worden –, doch Parteichef Brandt machte gestern deutlich, daß dies in der derzeitigen Situation unsinnig sei.

Wie es in Düsseldorf hieß, will Rau weiterhin versuchen, seinen Vertrauten Wolfgang Clement zum Bleiben zu überreden, nachdem dieser am Montagmittag mit seinem Rücktritt als stellvertretender Bundesgeschäftsführer und Parteisprecher Konsequenzen *aus der Hamburger* Niederlage gezogen hatte.

Schiesser verhandelt um Entschädigung

Bei den Banken Bereitschaft für *Stillhalte-Abkommen* bis Ende 1987 / Wechsel bei BGAG

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Mit Erleichterung haben die Gläubigerbanken der Neuen Heimat (NH) die Absicht der Gewerkschaftshol*ding BGAG zur Kenntnis genommen,* den maroden Wohnungsbaukonzern vom Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser zurückzunehmen und in eine von der BGAG einzuschaltende Gesellschaft unter Beteiligung Dritter einzubringen. Mit der Übernahme der Verantwortung für die Neue Heimat durch die Gewerkschaftsholding hätten sich die Chancen für geordnete Liquidation der NH gebessert, nachdem sich eine Lösung mit Schiesser als unmöglich herausge*stellt hatte.*

Im Kreis der 15er Bankengruppe, die am Montag mit dem stellvertretenden BGAG-Chef Rolf Freyberg über das weitere Vorgehen im Falle NH verhandelt hat, wurde Bereitschaft für ein Stillhalteabkommen bis Ende 1987 signalisiert, allerdings nicht zu einem Entgegenkommen bei den Zinsen, wie es zuvor Schiesser gefordert hatte. Als Basis dafür werden die in einer Erklärung der BGAG gemachten Zusagen angesehen: Sicherstellung der Liquidität und der Zins- und Tilgungsleistungen bis mindestens Ende 1987 durch die BGAG und die Vorlage ausgeglichener Bilanzen für alle dann zur Unternehmensgruppe gehörenden Gesell-

SEITEN 2 UND 10:
Weitere Beiträge

schaften bis ebenfalls mindestens Ende 1987. Diese Zusagen der BGAG setzen eine Stillhalteverpflichtung *der Mehrzahl* der übrigen Banken bis Ende 1987 voraus, über die noch verhandelt werden muß.

Dennoch besteht über Einzelheiten der von der BGAG vorgeschlagenen Auffanglösung Unklarheit. Zunächst: Der Vertrag mit Schiesser über eine Rücknahme der NH-Anteile ist noch nicht unterzeichnet. Schiesser hat sich zwar nach Angaben der BGAG zur Abgabe eines entsprechenden unwiderruflichen notariellen Angebots verpflichtet, aber er pokert noch über die Höhe einer Entschädigung. Offen ist auch, wer die „wohnungswirtschaftlich interessierten öffentlichen und privaten Kreise" sind, die mit 49 Prozent an der Auffanggesellschaft beteiligt sind. Die Banken haben jedenfalls eine von der BGAG gewünschte Beteiligung strikt abgelehnt. Das Management der Gesell*schaft soll ein vom Vertrauen der* Banken und der BGAG getragener Treuhänder mit umfangreichen Vollmachten zur Verwertung des NH-Vermögens übernehmen.

Beunruhigt hat in Bankkreisen die Erklärung von Breit, daß der BGAG-Aufsichtsrat über die Überlegungen des Vorstands, der nach Informationen aus Gewerkschaftskreisen komplett entlassen werden soll, erst entscheiden wird, wenn „die notwendigen Konkretisierungen erfolgt sind".

In Frankreich begleitet Terror den Botha-Besuch

„Action directe": Kampf gegen den Faschistenstaat

PETER RUGE, **Paris**

Die französische Terrorgruppe „Action directe" hat den als „privat" deklarierten Besuch des südafrikanischen Präsidenten Pieter Willem Botha in Frankreich zum Anlaß genommen, drei Bomben zu legen.

Zum gestrigen Waffenstillstands-Gedenktag von 1918, kurz nach Mitternacht, zersplitterten Scheiben am Gebäude der Direktion von Peugeot-Automobile an der Grande Armee in der Nähe des Arc de Triomphe. Unmittelbar darauf detonierten zwei weitere Sprengkörper im Defense-Viertel der französischen Hauptstadt. Die Explosion richtete Sachschäden an zwei Hochhäusern an.

In einem Schreiben an die französische Nachrichtenagentur AFP bezeichnete sich die „Action directe", der enge Verbindung zur „Roten Armee Fraktion" in der Bundesrepublik Deutschland nachgesagt werden, als Urheber der Anschläge. In dem Schreiben heißt es, „die Apartheid beginne nun auch in Frankreich". Die Anschläge richteten sich gegen den „Pro-Nazi Botha", aber auch gegen Staatschef Mitterrand und Premierminister Chirac, „um ihre Zusammenarbeit mit dem Faschistenstaat offenzulegen".

Der zweitägige Botha-Besuch gilt der Einweihung eines Soldatenfriedhofs im Departement Somme. Offiziell verzichtet die französische Regierung darauf, den Präsidenten Südafrikas zu empfangen. Das Vorgehen der „Action directe" konnte daher weder politische noch diplomatische Unstimmigkeiten auslösen.

Mit ihrem jüngsten Anschlag wächst die Zahl der von dieser Untergrundorganisation verübten Terrorakte in Frankreich in diesem Jahr auf elf. Damit wurden in Paris auch erste Vermutungen hinfällig, daß Terrorgruppen aus dem Nahen Osten die Serie der Bombenattentate vom September fortsetzen würden.

Die französische Polizei verstärkte unterdessen erneut die Sicherheitsvorkehrungen in Paris sowie den Begleitschutz für den südafrikanischen Präsidenten, da sich die Demonstrationen von Apartheid-Gegnern auszuweiten drohen.

Karlsruhe weist Blockierer ab

DW. **Karlsruhe**

Teilnehmer an Sitzblockaden müssen auch künftig damit rechnen, wegen Nötigung verurteilt zu werden. Mit vier zu vier Richterstimmen hat das Bundesverfassungsgericht sechs Verfassungsbeschwerden von Mitgliedern der „Friedensbewegung" gegen solche Verurteilungen zurückgewiesen.

Lediglich die Beschwerde gegen ein Urteil des Amtsgerichts Neu-Ulm, das vom Obersten Bayerischen Landesgericht bestätigt worden war, erklärte Karlsruhe für begründet.

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

Molotow: Kein Staatsbegräbnis

DW. **Moskau**

Der im Alter von 96 Jahren gestorbene *frühere sowjetische* Außenminister Wjatscheslaw Molotow wird kein offizielles Begräbnis erhalten. Ein Sprecher des Außenministeriums in *Moskau sagte* gestern auf Anfrage, Molotow sei „Pensionär" gewesen, seine Beerdigung die Angelegenheit seiner Familie. Auch in den sowjetischen *Medien fand* der Tod des *letzten* überlebenden Weggefährten Josef Stalins kaum Beachtung. Die Parteizeitung „Prawda" würdigte das Ereignis *mit keiner Zeile.*

Seite 5: Der Gehilfe Stalins

Thatcher besteht auf Nuklearschild

SAD. **London**

Die britische Premierministerin *Margaret Thatcher* will bei ihren Gesprächen mit US-Präsident Ronald Reagan am Wochenende darauf dringen, daß bei Abrüstungsverhandlungen *zwischen Washington und Mos*kau ein Junktim zwischen dem Abbau von Raketen und der konventionellen Überlegenheit des Warschauer *Paktes hergestellt wird. In einer pro*grammatischen Rede betonte Frau Thatcher die Notwendigkeit der Beibehaltung des atomaren Schutzschil*des für Westeuropa.*

Seite 7: These der Abschreckung


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Risikofreude mit Sandoz

Von Harald Posny

Es sind ja nicht immer die kleinen privaten Versicherungsrisiken, deren oft schleppende und unzureichende Regulierung am schlechten Image vieler Versicherungsgesellschaften weben. Es ist auch die Art, wie Versicherer mit Risiken umgehen, die nicht nur deswegen „groß" sind, weil sie hohe Prämien versprechen, sondern weil sie große Schäden bewirken können. Die Chemie-Anlage der schweizerischen Sandoz AG gehört zu solchen Risiken, die – so die Analyse der Zürich-Versicherung – von den Profis der Sparte auf die leichte Schulter genommen wurden.

Das Heer eigener Risikoanalysten, die entscheidende Sicherheitsmängel an der Chemie-Anlage feststellen, nützt nichts, wenn andere im Zürich-Konzern dennoch das entscheidende Feuerrisiko versichern. Das erst in zweiter Linie bei Schäden gegenüber Dritten greifende Betriebshaftpflichtrisiko liegt beim Gerling-Konzern.

Die Gerling-Experten haben vor Ort das Haftpflicht-Risikobild als „subjektiv wie objektiv günstig" beurteilt. Dabei dürften mit Gerling dieselben Sandoz-Manager verhandelt haben, die schon das Zürich-Papier kannten. Hat man Gerling getäuscht? Oder ist Gerling mit vollem Wissen um das Risiko seine Verpflichtung eingegangen?

Jedenfalls haben die Gerling-Leute es sich mit der Versicherung des seltenen „Zweitrisikos", das bei Sandoz auch mit der Vergiftung Tausender von Schweizern hätte enden können, sicher zu leicht gemacht. Daß die Zürich das gravierende Feuerrisiko versichert hat, ohne auf Mängelbeseitigung zu bestehen, ist für diesen renommierten Konzern unverzeihlich.

Die Assekuranz lehnt – völlig zu Recht – die Versicherung eines privaten Heizöltanks ohne das vorgeschriebene Beton-Auffangbecken für den Fall eines Lecks ab. Bei Giftmischungen à la Sandoz verzichtete die Feuerversicherung auf die ausreichende Zahl von Sprinklern und die Haftpflichtversicherung auf die (Löschwasser-)Auffangbecken. Das ist nicht in erster Linie erschreckend, weil man da ein schweres Risiko auf sich nahm, sondern vor allem deshalb, weil man ein schweres Risiko auf seine Mitmenschen einging.

Papandreous Sondervoten

Von Evangelos Antonaros

Das sozialistisch regierte Griechenland ist bis zuletzt stur geblieben. Nicht einmal den auf ein Mindestpaket reduzierten Sanktionen der EG gegen Syrien hat Araberfreund Papandreou sein Placet gegeben. Ihm sind offenbar die Sympathien der radikalen Araber wichtiger als das Wohlwollen seiner europäischen Partner, die sich Griechenland doch selbst ausgesucht hat.

Die Behauptung des Staatsministers im griechischen Außenministerium, Pangalos, Griechenland wende die in London beschlossenen Maßnahmen sowieso seit einiger Zeit an, geht nicht nur deshalb völlig fehl, weil sie schlicht nicht stimmt. Sie geht auch fehl, weil man schließlich eine gemeinsame Haltung nach außen demonstrieren wollte. Davon hält der europäische Außenpolitiker Papandreou offenbar nichts.

Papandreou hat nicht zum erstenmal eine gemeinsame Initiative aller EG- Mitglieder zerschlagen. Der eigenwillige Grieche, der sich für einen im Westen verkannten Friedensstifter hält, ist rechthaberisch und konsensunfähig. Auch andere EG-Länder – dazu gehören etwa Frankreich und Spanien – mögen zwar mit Londons drastischem Vorgehen gegen die Syrer nicht ganz einverstanden sein. Aber sie gehen nicht sofort ihre eigenen Wege, sondern versuchen vielmehr, allgemein akzeptable Kompromißformeln auszuarbeiten.

Papandreou muß noch lernen, daß ein Vetorecht umso wirksamer ist, je seltener man davon Gebrauch macht. Mit seiner prosyrischen Einstellung mag Papandreou bei den Linkssozialisten und den Kommunisten an der Heimatfront Pluspunkte sammeln. Auf europäischer Ebene treibt er sich allerdings in die selbstgewählte Isolation.

Die Europäer können es auch auf die Dauer durchaus verkraften, wenn Papandreou weiterhin den Störenfried spielt. Griechenlands Sozialisten müssen sich hingegen die Frage stellen, wie sie die immer wieder verlangte Unterstützung ihrer EG-Partner etwa im Ägäis-Streit mit der Türkei oder im Zypern-Konflikt erhalten sollen, wenn sie immer wieder mit demonstrativem Triumph aus der Reihe tanzen.

Wie weiter in Tschad?

Von Jürgen Liminski

Immer noch tönt aus dem zentralafrikanischen Land Tschad lautes Säbelrasseln herüber. Libysche Kampfflugzeuge sollen mehrere Dörfer im Norden dem Wüstenboden gleichgemacht und die Bevölkerung in die unwegsamen Gebirgszüge vertrieben haben. Tschads Präsident Habré spricht von Völkermord. Sein ehemaliger Rivale Gukkuni Weddei soll in einem Krankenhaus in Tripoli im Koma liegen. Der Verbündete Khadhafi wollte ihn gefangennehmen lassen. Bei der Schießerei wurde Weddei verletzt.

All das macht noch keine Schlagzeilen in Europa. Aber auf dem französisch-afrikanischen Gipfel in Lomé wird der Tschad-Konflikt wieder einmal das beherrschende Thema sein. Mitterrand und Chirac werden sich die Sorgen der afrikanischen Staatsoberhäupter anhören müssen.

Hissen Habré hat Frankreich bereits mehrfach aufgefordert, ihm bei der Rückeroberung des Nordens zu helfen. Der uranreiche Tibesti-Streifen, den die Libyer besetzt halten, ist die einzige territoriale Eroberung des Khadhafi-Regimes. Habré und nicht wenige seiner afrikanischen Kollegen halten den Zeitpunkt für einen Feldzug für günstig. Der Terroristen-Mäzen ist angeschlagen. Auch Washington würde eine Wiederherstellung der alten, völkerrechtlich noch verbindlichen Grenzen befürworten. Aber ohne Frankreich, ohne seine Kampfflieger, ist an einen Feldzug gen Norden nicht zu denken.

Paris hat in Afrika einen Fuß in manchen Türen. Aber es hat auch seine Afrika-Doktrin. Diese sieht nur die Verteidigung der eigenen Interessen und der mit Frankreich verbündeten Länder vor. Das aber ist so gemeint, daß die Interessen der Bündnispartner erst dann verteidigt werden, wenn die vitalen Interessen Frankreichs berührt sind. Man sucht keine Abenteuer. Chirac und Mitterrand sind sich darin einig. Außerdem will Paris das derzeit komplizenhafte Verhältnis zu Syrien nicht durch ein Expeditionskorps gegen Khadhafi gefährden.

Momentan gilt die Devise: Freut euch über die Freilassung der Geiseln. Vom Krieg gegen den Terrorismus, den Chirac noch vor wenigen Wochen mit Ernst und Verve verkündete, ist keine Rede mehr.



„Was darf's denn sein, Herr Breit?" KLAUS BÖHLE

Wiedersehen mit der Heimat

Von Claus Dertinger

Nun haben die Gewerkschaften die Neue Heimat wieder am Halse. Mit allen Schulden, mit allen politischen Lasten. Der Coup, das Pleitemonster NH auf einen Strohmann abzuschieben, ist sechs Wochen *nach* dem *spektakulären* „Verkauf" des Wohnungsbaukonzerns für den symbolischen Preis von einer Mark an den Berliner Bäcker Horst Schiesser geplatzt. Die Gewerkschaftsholding BGAG mußte die Neue Heimat in panischer Eile wieder zurücknehmen, als feststand, daß Schiesser mit einer Finanzierung durch die Banken nicht mehr rechnen konnte. Wäre das nicht am Montag geschehen, hätte die Neue Heimat gestern Konkurs anmelden müssen.

Die in letzter Minute den Gläubigerbanken vorgeschlagene „Auffanglösung", die trotz der offiziellen Erklärung der BGAG noch *nicht einmal endgültig unter Dach* und Fach zu sein scheint, ist ein Akt höchster Verzweiflung. Zugleich ist sie ein Eingeständnis des Dilettantismus, mit dem die Gewerkschaften versucht hatten, sich der lästigen Verantwortung für den in unsaubere Affairen verstrickten und finanziell heruntergewirtschafteten Wohnungsbaukonzern auf allzu durchsichtige Weise zu entledigen.

Der stellvertretende BGAG-Chef Rolf Freyberg hatte noch gestern die Stirn, Überraschung darüber zu mimen, daß die Banken von Schiessers Konzept für eine NH-Sanierung nicht zu überzeugen waren. *Dabei* pfiffen es die Spatzen längst vom Dach, welche Vorbehalte die Bankiers gegen Schiesser hatten, so daß ein besseres Verhandlungsergebnis als ein außergerichtlicher Vergleich überhaupt nicht *mehr* zur Diskussion stand. Selbst ein Vergleich, der nicht doch in einen Konkurs einmündet, hätte nur dann eine Chance gehabt, wenn die BGAG soviel Kapitalmasse in die Neue Heimat eingebracht hätte, wie sie jetzt zugesagt hat.

Die Frage bleibt im Raume, warum sich die Gewerkschaftsholding überhaupt auf ein so undurchsichtiges „Geschäft" mit einer schillernden Figur wie dem Berliner *Brotfabrikanten eingelassen hat.* War es nur der satte Gewinn, den Schiesser beim Ausschlachten des Wohnungsbaukonzerns witterte? Immerhin hat er sich in einem Zusatzvertrag zum NH-Kaufvertrag auch noch 20 Millionen Mark Entschädigung für den Fall zusagen lassen, daß die BGAG von dem „Geschäft" wieder zurücktritt. Oder konnte die BGAG den in offensichtlich in mancherlei dubiose Ostgeschäfte verwickelten Großbäcker als Strohmann benutzen, weil er dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, den er seit langem kennt, aus anderen Gründen verpflichtet ist?

Mit der Affäre Schiesser hat sich die BGAG samt ihren gewerkschaftlichen Eigentümern bis auf die Knochen blamiert. Es wäre eine allzu billige Entschuldigung, die Verantwortung dafür dem BGAG-Chef Alfons Lappas anzulasten, dessen Absetzung nun täglich zu erwarten ist. Auch Lappas war nur das willige Werkzeug der Gewerkschaftsfunktionäre, die sich der Illusion hingaben, das längst zu einem brisanten Politikum gewordene Thema Neue Heimat aus der Schußlinie ziehen zu können – nicht zuletzt wegen der Wut, die das NH-Debakel unter den Gewerkschaftsmitgliedern hervorgerufen hat.

Der Vertrauensschaden ist so rasch nicht wieder gutzumachen. Nicht einmal mit Lösungen, die ökonomisch sinnvoll erscheinen. Dafür sorgen allein schon die Äußerungen führender Oppositionspolitiker, die nun aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen keine Gelegenheit versäumen, sich vom Verhalten der Gewerkschaften in Sachen Neue Heimat zu distanzieren.

Das Thema NH wird die Öffentlichkeit weiter beschäftigen. Und das nicht nur wegen seiner politischen Brisanz. *Zunächst einmal* vor allem deshalb, weil die Erklärungen, die der stellvertretende BGAG-Chef Rolf Freyberg und sein Aufsichtsratsvorsitzender, DGB-Chef Breit, am Montag abend zur Zukunft der Neuen Heimat abgegeben haben, viele Fragen offenlassen.

Freyberg hat den Vertretern der fünfzehn Gläubigerbanken versichert, mit Schiesser sei eine Rückgabe der NH-Anteile vereinbart. Die gestrigen Äußerungen des Schiesser-Generalbevollmächtigten Wurche lassen – vorsichtig formuliert – den Eindruck aufkommen, daß diese Behauptung zumindest voreilig war. Hinters Licht geführt fühlen sich Bankiers auch durch die Breit-Erklärung: „Der Aufsichtsrat der BGAG wird über die notwendigen Überlegungen entscheiden, sobald die notwendigen Konkretisierungen erfolgt sind." Wollen die gewerkschaftlichen Anteilseigner ihren Kollegen Freyberg, der sich vorgestern im Gespräch mit den Banken um eine Abwendung des Konkurses bemühte, im Regen stehen lassen?

Wird nicht bald Klarheit geschaffen, droht die wichtigste Prämisse für eine Auffanglösung wegzufallen: Eine Stillhalteverpflichtung der Banken bis Ende 1987. *Bis jetzt* gibt es die nur von der Fünfzehner-Gruppe der Gläubigerbanken. Wird auch die Mehrzahl der übrigen knapp 150 Banken mitziehen, solange es bei den entscheidenden Punkten noch Zweifel gibt? Bislang ist die vom BGAG-Vorstand nach Abstimmung mit der Fünfzehner-Bankengruppe abgegebene Erklärung zur NH-Zukunft nichts weiter als eine bedingte Absichtserklärung.

Chancen für eine finanzielle Begleitung der NH durch die Banken dürften durchaus gegeben sein, wenn sich die BGAG als zuverlässiger Partner präsentiert. Das ändert *nichts daran, daß die Neue Heimat* nach und nach liquidiert wird. Aber ein geordneter Rückzug ist für alle Beteiligten weniger verlustreich als ein sofortiger Konkurs.



Milliardär für sechs Wochen: Ehepaar Schiesser nach dem Wiederverkauf FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Ricardo Bofill

Zänker oder Bekehrter?

Von Günter Friedländer

Amnesty Internationals siebentausend Mitglieder in den USA erhielten die dringende Aufforderung, sich für die von Castro inhaftierten Mitglieder des „Komitees für Menschenrechte in Kuba" *einzusetzen*, denn – so Amnesty International – politische Häftlinge befänden sich in Kuba in der Gefahr, „mißhandelt und gefoltert zu werden, oder zu verschwinden". Der Gründer und Sprecher des Komitees, Ricardo Bofill (52) hat deshalb in der französischen Botschaft von Havana Asyl bezogen. Mit gutem Grund. Keiner kennt die Folgen einer Verhaftung in Kuba besser als Ricardo Bofill, der unter Castro mehrmals die Bekanntschaft kubanischer Gefängnisse machte, obwohl er selbst dem Regime diente.



Rein in die Botschaft, raus aus der Botschaft: Bofill FOTO: DW

Vor Castros Sieg gehörte Bofill der Kommunistischen Jugend an. Nach Castros Sieg (1959) erwarb er Lorbeeren im Kampf gegen Oppositionelle, deren Leiter teils erschossen, teils eingekerkert wurden. Nur zwei retteten sich ins Exil.

Die Brutalität des Kreises, zu dem Bofill gehörte, erregte Castros Zorn. Bofill trat den Bußgang der „Selbstkritik" an und rettete sich in die „Fruticuba", eine Organisation, wo unter dem Vorwand des Anbaus und der Vermarktung von Zitrusfrüchten politische Gefangene Zwangsarbeit auf dem Land im Dienst ihrer „Rehabilitierung" leisten mußten. Ein Schlagwort des Programms war „Arbeit macht frei", was bekannt klingt.

Bofill vergaß die ideologischen Lehren seiner Jugendzeit nicht. 1968 klagte er Castro an, nicht wie ein konsequenter Marxist zu handeln. Neuer *Prozeß, neue* „Selbstkritik". Nun landete er kurioserweise als Aufseher der ideologischen Erziehung an einer Fakultät der Universität von Havana. Einer seiner Ankläger sagt, daß dieses Amt ihm heute im Westen Respektabilität verleiht, wo es als Professur für Philosophie gilt. 1979 erhielt Bofill zum ersten Mal in der französischen Botschaft in Havana Asyl. Vergeblich versuchte er 1980, von der peruanischen Botschaft aus ins Ausland zu gehen. Im April 1983 *suchte* er erneut Asyl in der französischen Botschaft. Er verließ sie, als Kuba dem damaligen Botschafter Pierre Descamps versicherte, Bofill drohe keine Gefahr.

Ende September wurde er dennoch verhaftet. Diesmal gab es keinen Weg mehr zurück. Bofill, dessen Frau und Sohn Kuba verließen, versuchte vergeblich, ihnen nachzuwandern. Er fand im vergangenen September abermals Asyl in Frankreichs Botschaft, von wo aus er seine Berichte über den Stand der Menschenrechte in Kuba herausschmuggelt.

Ronald Reagan gehört zu denen, die sich für sein Schicksal interessieren. Bofill gibt viele Rätsel auf. Ist er ein politischer Wirrkopf, der in Ungnade fiel? Oder trieb ihn seine Zanksucht ins Unglück? Oder ist er ein zur Sache der Menschenrechte Bekehrter? Die Antwort wird man erst erhalten, wenn Bofill Kuba verlassen und seine Seite der Geschichte schreiben kann. Inzwischen ist er als einstiger Diener Castros ein Kronzeuge gegen die Unmenschlichkeit des Regimes.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der NH-Rückkauf beschäftigt viele Zeitungen

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Damit ist die Absicht des DGB, sich das Problem Neue Heimat mit ihren 260 000 Wohnungen und 17 Milliarden DM Schulden für eine Mark vom Halse zu schaffen, gescheitert. Er hat für den Verkauf nicht nur kräftig zuzahlen müssen vor allem mit seinem Ansehen bei den eigenen Mitgliedern und der Öffentlichkeit. Nun muß er alles sogar wieder zurücknehmen. (Essen)

Schwarzwälder Bote

Sechs Wochen wird die Neue Heimat, sofern die Verträge schnell unterzeichnet werden, im Besitz des *Horst Schiesser gewesen sein, sechs* Wochen, in denen die SPD nicht zuletzt wegen des Neuen-Heimat-Skandals zwei Wahlen verloren hat, in denen der DGB Vertrauenskapital abschreiben mußte und in denen wertvolle Zeit verstrich, die bei der Sanierung des Konzerns nun fehlt. (Oberndorf)

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Doch was erwartet die *Mieter*? Soll nur Zeit geschunden werden für eine Liquidierung, dieses Mal aber unter Verantwortung der Gewerkschaften und nicht eines Strohmannes? (Heidelberg)

Eßlinger Zeitung

War es die späte Einsicht des DGB, den Konkurs unter allen Umständen vermeiden zu müssen, oder die Befürchtung, die Banken könnten und würden ein „Durchgriffsrecht" auf das Vermögen des DGB geltend machen? Tatsache ist – der DGB mußte eingestehen, daß der Verkauf letztlich nur der Versuch war, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

WESTFALEN-BLATT

Als erstes Ergebnis der Affäre um die Neue Heimat ist damit das endgültige „Aus" für die Gemeinwirtschaft in Sicht – das Ende des Skandals noch lange nicht. Das Spiel auf Zeit hat ihn unnötig verlängert. (Bielefeld)

Offenburger Tageblatt

Wahrscheinlich haben wir es hier mit einer hochexplosiven Mischung aus ökonomischem Dilettantismus und schierer Panik zu tun. Einen weiteren Versuch, zu vertuschen oder zu verschleppen, Verantwortung abzuschieben oder den Staat anpumpen zu wollen, kann und darf es nicht geben.

SÜDKURIER

Ein Sanierungskonzept mit Schiesser hätte bedeutet, daß die Banken auf gewaltige Forderungen verzichten müssen, während der DGB als früherer Eigentümer der Neuen Heimat fröhlich auf seinem Milliarden-Vermögen sitzt. Das ging den einstigen Geldgebern des DGB über die Hutschnur. (Konstanz)

Zum Rechtsfrieden trägt dieses Karlsruher Urteil nicht bei

Ein bißchen Nötigung des Rechtsstaates soll nicht unbedingt verwerflich sein / Von Henning Frank

Ein Beitrag zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens bei Demonstrationen ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht. Im Gegenteil. Aus gewissen Teilen der Begründung können die gescheiterten Kläger sogar eine Rechtfertigung ihrer Blockaden herauslesen.

Die vier Richter, die das Urteil des Grundrechtsenats nicht gebilligt haben – unter ihnen mit großer Wahrscheinlichkeit der Berichterstatter des Verfahrens, Helmut Simon, und Professor Hermann Heußner –, bescheinigen allen Sitzblockierern ohne wenn und aber, daß ihre Aktionen ein Teil der Auseinandersetzung über hochpolitische Streitfragen sind.

Diese vier Richter, die sich vorbehaltlos gegen eine Verurteilung wegen Nötigung aussprechen, werfen den staatlichen Organen vor, daß sie eine begriffliche Verwirrung begünstigen, wenn „psychische Gewalteinwirkungen durch friedliche Sitzblokkaden ebenso als Gewalt behandelt werden wie eine Nötigung durch körperliche Gewalttätigkeit". Eben das aber – daß psychische Gewalteinwirkungen Gewalt sind – wird von den anderen vier Mitgliedern des Ersten Senats bejaht, zu denen neben Vizepräsident Professor Roman Herzog auch Professor Dietrich Katzenstein und Otto Seidl gehören sollen.

Sie vertreten die (rechtsverbindliche) Ansicht, daß nur durch eine weite Auslegung des Gewaltbegriffes die Freiheit der Willensbetätigung auch gegenüber solchen strafwürdigen Einwirkungen geschützt werden können, die zwar „sublimer, aber ähnlich wirksam wie körperlicher Kraftaufwand sind". Sie stellen fest, daß als Gewalt ein unrechtmäßiges Vorgehen verstanden werden muß, durch das ein anderer zu etwas gezwungen wird.

Das aber geschieht durch das Versperren der Zufahrt. Das Bundesverfassungsgericht wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, daß das Risiko, für diese Zufügung eines empfindlichen Übels bestraft zu werden, jedem Teilnehmer an den Sitzblockaden bekannt gewesen sei. Dies jedoch wird von Helmut Simon und drei weiteren Richtern bestritten. Zwar sind auch sie der Ansicht, daß die Sitzblockaden nicht rechtmäßig waren. Nötigende Gewalt im Sinne des Paragraphen 240 des Strafgesetzbuches aber könne den Teilnehmern nicht zur Last gelegt werden, da sie sich völlig passiv, also gerade nicht gewaltsam, verhalten hätten.

Das wird vom Bundesverfassungsgericht, für das in diesem Fall nur die anderen vier Richter eine Aussage machen können, ganz anders gesehen: Auch wenn sich Teilnehmer von Sitzblockaden auf die Versammlungsfreiheit berufen können, soweit sie sich dabei auf „passive Resistenz" beschränken und insoweit friedlich blieben, müsse das doch nicht bedeuten, die Sitzblockaden als rechtmäßig einzustufen. Auch wenn jede Demonstration ganz zwangsläufig mit Behinderungen Dritter verbunden ist, so handele es sich bei den Sitzblockaden eben nicht bloß um „sozialadäquate Nebenfolgen", die Behinderungen seien vielmehr der eigentliche Zweck, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Schon in seiner Laepple-Entscheidung hat aber der Bundesgerichtshof 1969 darauf hingewiesen, daß niemand befugt sei, öffentliche Aufmerksamkeit durch gezielte und ab*sichtliche* Behinderungen zu steigern. Nach Ansicht der obersten Verfassungshüter können Sitzblockaden auch nicht unter dem Gsichtspunkt des zivilen Ungehorsams als zulässig gerechtfertigt werden.

Die Respektierung derartiger Aktionen ist, wie das Bundesverfassungsgericht den Bundesgerichtshof zustimmend zitiert, mit den Grundprinzipien des Rechtsstaates unvereinbar.

Darum kommen die Gerichte gar nicht darum herum, bezweckte Verkehrsbehinderungen durch Sitzblokkaden als Nötigung zu bestrafen, soweit das als verwerflich angesehen werden muß. Ob aber das Verhalten eines Sitzblockierers nach allgemeinem Urteil *in so hohem Maße zu miß*billigen ist, daß er wegen Nötigung bestraft werden muß, kann nach der heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts allein der Richter vor Ort entscheiden.

Damit haben die obersten Verfassungshüter praktisch der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ihr Gütesiegel aufgedrückt: Daß es der Einzelfallprüfung durch die Gerichte überlassen bleiben müsse, ob ein Teilnehmer verwerflich handelt und sich damit einer Nötigung nach Paragraph 240 StGB schuldig gemacht hat. Das war für die obersten Verfassungshüter zumindest in einem Fall einer Sitzblockade vor der amerikanischen Kaserne in Neu-Ulm zweifelhaft, da der Beschwerdeführer bis zur polizeilichen Räumung der Zufahrt „lediglich über einen Zeitraum von wenigen Minuten vor dem Haupteingangstor der Kaserne gesessen" hatte.

Die Befürchtung ist wohl nicht unberechtigt, daß als Folge dieses „Hinweises" Karlsruhes Strafrichter künftig noch häufiger als bisher Sitzblokkierer von dem Vorwurf der Nötigung freisprechen werden.

Aus den Trümmern dringt der Ruf nach Härte

Wenn Johannes Rau heute in Bonn vor die Presse tritt, dann soll es nach dem Willen der SPD-Führung ein neuer Kanzlerkandidat sein. Nach dem Wahldebakel von Hamburg ist der versöhnliche „Bruder Johannes" nicht mehr gefragt. Ein Kämpfer Rau soll her.

Von PETER PHILIPPS

Die Uhren in der Bonner SPD-Parteizentrale zeigten zwar „High noon" an, aber die Abrechnung fand erst später statt: Am Montag mittag verlas nur ein sichtlich erschöpfter *Wolfgang Clement* im fensterlosen Sitzungssaal des Parteipräsidiums der versammelten SPD-Führung die Erklärung zu seinem Rücktritt als stellvertretender Bundesgeschäftsführer und Vorstandssprecher. Dann verschwand er, und die „Präsiden" ließen sich mit einem zusätzlichen Gesprächsthema zum Essen in die hessische Landesvertretung chauffieren. Die große und lautstarke Abrechnung kam erst am späten Abend im größeren Kreis des Parteivorstands.

Das Wahl-Desaster von Hamburg, das nach den Mißerfolgen von Niedersachsen (relativ) und Bayern (absolut) den Tiefpunkt der SPD, die Desillusionierung wenige Wochen vor der entscheidenden Schlacht um die Bundestags-Mehrheit markiert, hat sich zum Sprengsatz auch in Bonn entwickelt. Dieser Sprengsatz traf Wolfgang Clement, den engen Vertrauten sowohl von Willy Brandt als auch von Johannes Rau, und Bodo Hombach, Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen und Rausches Ziehkind. Diese beiden waren bis zum Wahlabend an der Elbe so etwas wie die strahlenden Herolde des Kandidaten. Auf ihrem Konzept beruhte im wesentlichen der große Wahlerfolg bei der Landtagswahl an Rhein und Ruhr im Mai 1985. Sie sollten auch den Durchmarsch von „Bruder Johannes" bis ins Bonner Kanzleramt garantieren.

Die beiden einfallsreichen und gescheiten Polit-Talente waren die Erfinder von Parolen wie „Versöhnen statt spalten" wie auch der grundsätzlichen Ausrichtung des Soft-Wahlkampfs auf die Person des Kandidaten statt einer Zuspitzung auf Themen. Sie schaukelten sich gegenseitig hoch mit ihren immer neuen Ideen und stürzten mangels Erfolgs nun in die Tiefe.

Hombach, in den vergangenen Monaten fast wie ein Zwilling immer in der Nähe seines Freundes, war gar nicht erst nach Bonn gekommen. So mußte Clement im Präsidium alleine das Scheitern des bisherigen Konzepts eingestehen – und zog mit seinem Rücktritt auch gleich die Konsequenz. Tiefe persönliche Enttäuschung und Erschöpfung kamen hinzu, nachdem er sich in den vergangenen Monaten bis an die Grenzen des Erträglichen für die Aufgabe eingesetzt hat. Zur nachmittäglichen Konferenz mit den Landes- und Bezirksfürsten der SPD sowie zur abendlichen Vorstandssitzung erschien er schon nicht mehr, verbarrikadierte sich zu Hause bei seiner Frau und den fünf Töchtern, für niemanden erreichbar.

Willy Brandt, auch persönlich getroffen, teilte am Abend seinen Mit-Vorständlern die Hiobs-Botschaft mit. Man wolle sich noch bemühen, Clement umzustimmen. Doch es war auch ihm klar: Es gibt keinen Weg zurück. Was Clement machen wird, kann bisher nur spekuliert werden. Aber die Möglichkeiten reichen von einem Wechsel zu dem ihm seit langem eng verbundenen „Spiegel" bis zur Rückkehr zu seiner alten Zeitung: Von der „Westfälischen Rundschau" hatte Brandt den damaligen Ressortleiter Politik und stellvertretenden Chefredakteur einst geholt. Chefredakteur *Günter Hammer würde seinen* einstigen Protegé gerne als eigenen Nachfolger zurückholen.

Der Rücktritt bewahrte Clement jedenfalls davor, am Abend dann ins Fadenkreuz zu geraten. Im Vorstand entlud sich der Zorn vor allem auf den nicht anwesenden Hombach, der sich nach allen Anzeichen jetzt ebenfalls aus der Wahlkampfkommission zurückzieht und nach dem atemberaubenden Aufstieg in lichte Popularitätshöhen wieder auf Nordrhein-Westfalen beschränkt.

75 Tage vor dem Bonner Wahlgang setzte sich das erweiterte Führungsgremium der Partei am Montag abend bis nach 22 Uhr erstmals intensiv mit dem bisherigen Wahlkampf *auseinander – und ließ kaum ein gutes* Haar daran. Die Abrechnung wurde gnadenlos, ohne dabei jedoch eine Diskussion über den Spitzenmann auch nur anzudeuten. Willy Brandt zog am Ende unwidersprochen sein Fazit: „Ich stelle fest, niemand ist mit dem Kandidaten nicht einverstanden." Dieser wartete derweil im Wuppertaler Kreißsaal bei seiner Frau auf die Geburt seiner Tochter.

Von Erhard Eppler bis Hans Apel, von Oskar Lafontaine bis Hans Matthöfer reichte die Rednerliste mit insgesamt 15 Namen, die Brandt aufrief. Hatte das Präsidium am Vormittag noch in ruhiger Atmosphäre die Hamburg-Wunde geleckt und sich ohne große Debatte darauf verständigt, daß nun eine neue Wahlkampfstrategie erforderlich sei, Themenbereiche wie Arbeitslosigkeit und Abrüstung schärfer ins Bewußtsein der Bürger zu rücken sowie auch die Tonart gegenüber der Regierungs-Koalition zu verschärfen, so ging es abends zur Sache.

Auslöser war die lancierte Meldung, daß in Nordrhein-Westfalen pa*rallel noch ein Extra-Rau-Wahlkampf* geführt werden soll. Von Matthöfer kam der Zwischenruf „absolut perfide" und Raus anwesende Landesminister Zöpel und Matthiesen beeilten sich mit der Klarstellung, daß es hier keineswegs um einen „Sonder-Wahlkampf", sondern lediglich um „flankierende Maßnahmen" zwischen Rhein und Ruhr gehe, um Raus Stimmenpotential dort voll auszuschöpfen. Zöpel wollte „garantieren", daß derartig lancierte Meldungen über Diskussionen im Landesvorstand nicht wieder an die Öffentlichkeit dringen werden.

Der Name Hombach war in diesem Zusammenhang bis dahin nicht ausgesprochen worden, erst Matthöfer griff ihn auf, als er eine Bilanz auf den Vorstandstisch knallte, wie bisher „verantwortungslos Geld rausgeschmissen worden ist". Einer der größten Posten, die er dabei aufzählte, war ein Bildband über die „Sommerreise" des Kandidaten, der hübsch, aber unverkäuflich ist und das Budget mit rund einer halben Million Mark belastet. Laute Empö*rung von Apel und Lafontaine* begleitete seine Worte, die Auflösung der Wahlkampfkommission wurde gefordert. Tumultartige Stimmung kam zeitweise auf, denn nun wurde erstmals in diesem Kreis auch über die Querelen in dieser Kommission gesprochen, die die Arbeit zeitweise gelähmt hatten. Clement und Hombach mit dem Düsseldorfer Anhang auf der einen Seite, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz mit seinem Bonner Stab auf der anderen „konnten nicht miteinander".

Da man nun schon einmal dabei war, rief einer gleich dazwischen, daß „wir ‚Versöhnen statt spalten' schon nicht mehr hören können". Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, die Vorstandssitzung lieferte ihn: Die Sozialdemokraten, die nach dem Treffen in Ahlen vor knapp einem Jahr so hoffnungsvoll in den Kampf um die Macht am Rhein gezogen waren, sind in einem tiefen Dilemma. Nun müssen Rau selbst, Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel versuchen, neu aufzubauen.

Erster Schritt war Brandts Festlegung am Ende der hitzigen Diskussion, daß von nun an Glotz alleine der Leiter der Wahlkampfkommission sei. „Die Verantwortung für die Finanzen hat Matthöfer", der Schatzmeister.

Bevor Vogel dann die Richtung für die neue Strategie formulierte, ließ er erst einmal keinen Zweifel an seinem Urteil über den Clement-Rücktritt: „Ich halte nichts davon, wenn man in schwierigen Situationen von Bord geht." Im Raum säßen – und damit bezog er sich auch eindeutig auf seine eigene Person – genügend Genossen, die schon Schwereres hätten aushalten müssen und auch nicht das Handtuch geworfen hätten.

„Herrgott nochmal, wir kämpfen", lautete Vogels Botschaft an die Basis: „Stellt euch auf die Hinterfüße, hier geht es nicht um eine Prozentdebatte." Die neue Losung lautet nicht mehr „eigene Mehrheit", sondern so stark wie möglich zu werden, um eine „Übermacht der Konservativen zu verhindern", unter die Vogel auch die FDP subsumiert. „Wir treiben Politik in der Realität", formulierte er es später vor Journalisten, „eine eigene Mehrheit ist in weite Ferne gerückt."

Und ansonsten gilt das Prinzip Hoffnung: Bis zum Januar ist „nichts unmöglich". Auch Brandt schlug in diese Kerbe: „Wir können im Januar ein gutes Ergebnis erreichen." In der Politik könne die Stimmung der Wähler schnell umschlagen.

An Raus Kernaussagen wurde ebensowenig wie an dessen Person herumgedeutelt. Nur der Juso-Vorsitzende Gugomos brachte sein altes Lieblingsthema der rot-grünen Mehrheit diesseits der Union wieder ins Spiel, ohne Resonanz zu finden. Vogel warnte vor „kurzfristigem Opportunismus" und fand große Unterstützung bei seiner Forderung, „deutlicher als bisher auch die Gründe zu verdeutlichen, warum wir nicht mit den Grünen" gemeinsam Politik machen können.

Daß die neue, schärfere Gangart gegenüber dem politischen Gegner möglicherweise nicht die Stärke von „Bruder Johannes" sein könnte, störte niemanden. „Dann muß dies eben ein anderer machen", rief einer in die Runde. Doch der Kandidat präpariert sich gerade zu Hause sowie in steter telefonischer Rückkopplung mit Brandt und Vogel. Vielleicht liest er dabei auch noch einmal den Brief von Helmut Schmidt durch, in dem dieser ihn vor dem schweren Weg gewarnt hatte, den er mit der Übernahme der Kanzlerkandidatur gehe.



Dem Kandidaten fehlt es an Schärfe: Hat Wolfgang Clement Johannes Rau falsch beraten? FOTO: POLY-PRESS



„Sündenbock" mit gestutzten Flügeln: Bodo Hombach, Raus Wahlkampfstratege in NRW FOTO: AP

Die I.G. Farben – Geschichte eines Sündenfalls

In vier Folgen bringt die ARD von heute an Heikles unterhaltsam auf den Bildschirm: Die Familien-Saga „Väter und Söhne" über die Rolle der I.G. Farben in den beiden Weltkriegen kommt dabei im Handlungsablauf, nicht aber in ihren Personen der historischen Wirklichkeit sehr nahe.

Von JOACHIM WEBER

Das Nürnberger Urteil vom 29. und 30. Juli 1948 setzte den Schlußpunkt unter ein atemberaubendes Kapitel deutscher Wirtschaftshistorie, unter die Geschichte der „Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenindustrie", „I. G. Farben" oder ganz kurz auch nur „I. G." geheißen. Dreizehn führende Köpfe dieses Zusammenschlusses, der, zunächst als Kartell gedacht, sich unter dem Druck der Ereignisse rasch zu einem Konzerngebilde gewandelt hatte, wurden zu Gefängnisstrafen zwischen eineinhalb und acht Jahren verurteilt.

Ihnen hatten die alliierten Strafverfolger einen ganzen Katalog von Verbrechen vorgeworfen: Die Planung, Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen, Raub und Plünderung, die Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, von Kriegsgefangenen und Konzentrationslager-Insassen – ein beachtliches Spektrum, bedenkt man, daß es um Manager ging, die „nebenbei" auch noch einen ganzen Industriezweig zu führen hatten.

Der Prozeß um die ebenso unglückliche wie unausweichliche Verquickung der deutschen Chemie mit dem Nazi-Herrschaftsapparat hat zu dem weitverbreiteten Irrtum geführt, die I. G. Farben sei eine Erfindung der Nazis gewesen. Der Fernseh-Vierteiler „Väter und Söhne" um die fiktiven „Farbwerke Friedrich Schiller AG" korrigiert nicht nur diese Vorstellung, sondern will, als unterhaltsame Familien-Saga verkleidet, auch einen Eindruck des eigentümlichen Gemischs aus Emotion und Kalkül, aus Staatsräson und persönlichem Ehrgeiz vermitteln, das die Entwicklung der I. G. von Beginn an vorangetrieben hat.

Der Ursprung der realen I. G. Farben lag schon in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts. Von einer USA-Reise im Jahre 1903 hatte der damalige Bayer-Chef Carl Duisberg wichtige Eindrücke mitgebracht: Aller Anti-Trust-Gesetzgebung zum Trotz schlossen sich amerikanische Unternehmen zu riesigen Konzerngebilden zusammen. Die deutschen Chemieunternehmen aber lagen damals im erbitterten Kampf um die Märkte. I.-G.-Farben-Monograph Joseph Borkin: „Preisbruch, Verschleppung von Patentverfahren, Begünstigung und Bestechung – kurz: alle bekannten Formen unlauteren Wettbewerbs – waren an der Tagesordnung."

In dieser Situation trat Duisberg an seine Konkurrenten mit dem Vorschlag heran, sich zusammenzuschließen. Im ersten Anlauf wollte das Ganze noch nicht so recht funktionieren. Zunächst vereinigten sich die Höchster Farbwerke und die Cassella einerseits sowie Bayer, die BASF und Agfa andererseits. Erst unter dem Druck des Ersten Weltkriegs kamen dann alle unter dem Dach der Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken zusammen.

Im zehnstündigen Fernseh-Epos finden sich von der an sich schon spannenden Gründungsgeschichte nur wenige Elemente wieder – schließlich geht es nicht um eine Dokumentation, sondern um einen Unterhaltungsfilm, der sich an historische Vorbilder lediglich anlehnen soll.

Sehr nahe rückt das Film-Unternehmen dem historischen Original in den Geschehnissen des Ersten Weltkriegs. Seine Materialschlachten machten erstmals deutlich, daß die moderne Kriegführung auf eine funktionierende Industrie und Wissenschaft angewiesen war. Ohne die Chemie wäre der Krieg schon 1915 zu Ende gewesen: Abgeschnitten von den Salpeter-Importen, fehlte den Deutschen jeglicher Nachschub für die Schießpulver-Produktion.

Erst die mit ungeheurem Nachdruck vorangetriebene Ammoniak-Synthese der BASF-Wissenschaftler Fritz Haber und Carl Bosch (die sich mit weiteren Vorbildern in der Väter-und-Söhne-Figur Dr. Heinrich Beck vereinigen) schuf buchstäblich in letzter Minute die Unabhängigkeit vom Ausland – die Pulver-Produktion und damit der Krieg gingen weiter. Haber und Bosch erhielten später den Nobelpreis.

Auch der zweite Kriegsbeitrag der I. G. Farben wird im Film gewürdigt: die völkerrechtswidrige Entwicklung von Giftgas (unter Leitung von Haber), das den deutschen Truppen zum Durchbruch verhelfen sollte. Statt Habers Frau Clara, die angesichts der „patriotischen Pflichterfüllung" ihres Mannes den Freitod wählte, begeht im Fernsehstück die Gattin des (wie Haber jüdischen) Bankiers Bernheim Selbstmord.

Unter dem Hitler-Regime wurde die 1925 endgültig fusionierte I. G. dann allmählich immer mehr in die Staatsorganisation integriert. Hitler-Gegner Carl Bosch gelang es dennoch bis 1937, die jüdischen Mitglieder seines Aufsichtsrates zu halten. Das lag wohl nicht zuletzt an der Machtposition der Farbenindustrie: „Aus ihren Fabriken und Laboratorien kamen jene strategisch wichtigen Grundstoffe wie Öl, Nitrate, Gummi und Webgarne, die es in natürlicher Form in Deutschland nicht gab", berichtet Borkin.

Tatsächlich war es vor allem die Synthese von Treibstoff und Kautschuk (für Autoreifen) aus Kohle, die Hitler dann eine so lange Kriegführung erlaubte. Und in diesem Zusammenhang kam es dann auch zu dem, was die Historiker als den Sündenfall der I. G. Farben apostrophieren. 1941 begann der Bau einer Kohlehydrier-Anlage in Polen, Standort: Auschwitz, wegen der billigen Arbeitskräfte. Sowohl beim Bau als auch beim Betrieb des Werks wurden – in Zusammenarbeit mit der SS – KZ-Häftlinge unter kaum vorstellbaren Bedingungen eingesetzt.

In Nürnberg bekamen die I.-G.-Farben-Direktoren die – von vielen Zeitgenossen als zu milde angesehene – Quittung.

Union will Vorstoß von Friedmann nach der Wahl aufgreifen

lor. Bonn

Der deutschlandpolitische Vorstoß des CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Friedmann wird nach der Bundestagswahl in einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion diskutiert. Dies bestätigte der Parlamentarische Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig (CDU), gegenüber der WELT.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsident des Bundes der Mitteldeutschen, Bernd Wilz, begrüßte auf Anfrage der WELT die Empfehlung seines Fraktionskollegen Friedmann, die deutsche Frage „auch unter operativen Gesichtspunkten" aufzugreifen. Er wies allerdings darauf hin, daß

CDU und CSU der Wiedervereinigung ohnehin einen hohen Stellenwert einräumen.

Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuß, Bernhard Friedmann, hatte kürzlich erklärt: „Nach meiner Überzeugung muß jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitskonzept in die operative Politik eingeführt werden."

Unter dem Eindruck des Abrüstungs-Gipfeltreffens in Reykjavik gab Friedmann, der auch Berichterstatter für den Verteidigungshaushalt ist, vor der Bundestagsfraktion zu bedenken: „Ein wiedervereinigtes, freies Deutschland wäre die beste Sicherheitsgarantie für den Osten und für den Westen." Dabei sei für ihn sicher, daß dieses wiedervereinigte Deutschland aus freien und geheimen Wahlen hervorgehen müsse, „wobei die Bundesrepublik Deutschland und die DDR getrennt ein gemeinsames Parlament zu wählen hätten." Damit würde die bevölkerungsmäßig kleinere DDR von der größeren Bundesrepublik nicht überstimmt. Keinesfalls schwebe ihm ein neutralisiertes Deutschland vor. Ein wiedervereinigtes Deutschland hätte selbst zu bestimmen, wo bündnispolitisch sein Platz sei.

Es sei unverkennbar, daß die beiden Großmächte in Reykjavik nach neuen Sicherheitsstrukturen gesucht hätten. Auch in der Sowjetunion gebe es Überlegungen, wie man von der Überrüstung herunterkommen könne. Die Bevölkerung des Ostens verlange einen höheren Lebensstandard.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Jaumann sieht düstere Zukunft für Maxhütte

lz. München

Der Start des elften Bayerischen Landtags in die Alltagsarbeit begann gestern nachmittag mit einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde über ein altbekanntes, offenbar aber unlösbares Problem: die Sicherung und die Zukunft des Stahlwerkes Maxhütte.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte auf Drängen der CSU versprochen, der Maxhütte beim Überleben zu helfen. Doch die Fakten, die Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann gestern vorlegte, waren düster. Niedriger Dollarkurs und ausländische Billigstahlproduktionen drücken die deutschen Stahlexporte. Stahl aus dem oberitalienischen Bresciani überschwemmt den süddeutschen Raum, zurückgehende Erdölförderung mindert die Nachfrage nach Rohren. Die Maxhütte, die vor 20 Jahren noch knapp 10 000 Beschäftigte zählte, muß voraussichtlich bis 1988 um weitere 1500 auf unter 5000 schrumpfen.

Erschwerend kam eine Aktion aus Bremen hinzu, die Jaumann als „ausgesprochen unfreundlichen Akt gegenüber Bayern" bezeichnete: Als der Maxhütten-Eigner Klöckner das Kaltwalzwerk stillegen wollte, obwohl ein Großabnehmer für Flachprodukte in Sicht war, und Bayern deshalb die Stillegungshilfen verweigerte, zahlte die Hansestadt im Interesse der eigenen Stahlproduktion diesen Betrag.

187 Millionen Mark an Fördermitteln pumpte die Münchner Regierung seit 1983 in das Unternehmen in der strukturschwachen Region (15 Prozent Arbeitslosigkeit), dennoch sollen am europäischen Subventionskodex vorbei weitere Hilfen gewährt werden: Für wahrscheinlich 36 Millionen Mark werden brachliegende Maxhütten-Grundstücke aufgekauft, für Investitionen und Forschungen sollen weiter Millionen gewährt werden.

Darüber hinaus bat Jaumann gestern Opposition und Gewerkschaften, alles zu vermeiden, was diesem Raum ein negatives Image geben könnte. Was gegenwärtig in der politischen Diskussion um die Maxhütte geschehe, sei nicht geeignet, Investoren für diesen Standort zu gewinnen, mahnte der Minister.



Tote Aale bei Rastatt FOTO: DPA

Gifteinleitung durch weitere Firma

Große Verärgerung in Baden-Württemberg über verspätete Schweizer Nachricht

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Die im Oberrhein nachgewiesenen Giftstoffe stammen nicht nur aus dem abgebrannten Lagerhaus des Schweizer Chemiekonzerns Sandoz. Bereits am 31. Oktober hatte die benachbarte Firma Ciba Geigy rund 400 Liter des Pflanzenschutzmittels Atrazin in eine ufernahe Kläranlage eingeleitet. Wie das zuständige Gewässerschutzamt in Basel gestern mitteilte, ist dieser Schadstoff von dort aus in den Rhein gelangt.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Behörden in Baden-Württemberg von dieser zusätzlichen Einleitung aus der Schweiz keine Ahnung. Allerdings war man schon vor Tagen in verschiedenen Wasserproben auf Atrazinwerte gestoßen, die sich nach Angaben von Stuttgarts Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) „nicht allein auf den Brand bei Sandoz zurückführen lassen". Die erst jetzt erfolgte Benachrichtigung durch das Gewässerschutzamt Basel wurde in Stuttgart mit großer Verärgerung aufgenommen.

Kritik übte Baden-Württembergs Umweltminister auch am Verhalten der Firma Sandoz. So habe die Konzernleitung am 2. November, einen Tag nach der Brandkatastrophe, eine Lagerliste über nur acht Chemikalien bekanntgeben. Aufgrund dieser „Parameter" sei eine realistische Einschätzung der Folgen nicht möglich gewesen. Erst zwei Tage später habe Stuttgart von den eidgenössischen Wasserschutzbehörden eine umfassende Liste über 34 in den Rhein gelangten Chemikalien nachgereicht bekommen. Vor Ort, so Weiser, habe er am Montagvormittag sehr deutlich gesagt, daß „ich mit vielem nicht einverstanden bin". Jetzt allerdings gehe es in erster Linie um die Begrenzung und Regulierung des Schadens. Mehrere international besetzte Expertengruppen würden nun „alle Möglichkeiten der ökologischen Wiedergesundung des Rheins ausloten".

Über das Ausmaß des entstandenen Schadens gab es am Oberrhein immer noch kein zuverlässiges Bild. Nach ersten Erhebungen dürften 440 Tonnen Aale verendet sein. Außerdem muß, so Weiser, davon ausgegangen werden, daß die Wasserflöhe, ein Hauptnahrungsmittel der Fische, „ausgestorben" sind. Fliegen und Fliegenlarven wurden durch das Unglück zu 80 Prozent vernichtet, die Kleinkrebskolonien sind ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden. „Ökologisch", mutmaßte Weiser, „gibt es Nachwirkungen, die uns noch lange beschäftigen werden."

Unterdessen hat die Unternehmensleitung der Firma Sandoz ihre generelle Verpflichtung zur Schadensregulierung anerkannt (WELT v. 11. 11.). Wie Ersatzleistungen im einzelnen zu bemessen sein werden, muß nun von einer internationalen Arbeitsgruppe der Anliegerstaaten geprüft werden.

Verfassungsgericht: „Sitzblockaden" sind strafbar

Patt von vier zu vier Richterstimmen / Bundesregierung sieht ihre Rechtsauffassung bestätigt

dpa/DW. Karlsruhe

Sitzblockaden von militärischen Einrichtungen sind nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts grundsätzlich strafbar. Mit dem am Dienstag vom Ersten Senat verkündeten Urteil wurden sechs von sieben Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen, mit denen sich Mitglieder der Friedensbewegung gegen ihre Verurteilungen gewehrt hatten.

Die Bundesregierung sieht sich in ihrer Rechtsauffassung in wesentlichen Punkten bestätigt. Während auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Ergebnis begrüßte, jedoch unter Hinweis auf das Patt von vier zu vier Richterstimmen von „gravierenden Schönheitsfehlern" sprach, stieß der Spruch bei SPD und Grünen auf Kritik. Es bleibe zu prüfen, ob die angesichts der Stimmengleichheit verbliebene Unsicherheit durch eine neue Fassung des Nötigungsparagraphen im Strafgesetzbuch ausgeräumt werden müsse.

Die Rüstungsgegner hatten mit Sitzblockaden gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß protestiert und waren dafür wegen Nötigung verurteilt worden.

Bei der Bewertung der Verfassungsbeschwerden bestand zwischen den Auffassungen der acht Richter jedoch keine Übereinstimmung. Das Urteil erging mit Stimmengleichheit. In einem solchen Fall kann laut Verfassungsgerichtgesetz (§ 15 Abs. 2) ein Verstoß gegen das Grundgesetz nicht festgestellt werden. Strittig war unter anderem, ob die weite Auslegung des Begriffs der Gewalt im Nötigungsparagraphen (§ 240 Strafgesetzbuch) sich noch in den „Grenzen zulässiger Auslegung" bewegt. Nach Meinung von vier Richtern deren Auffassung das Urteil trägt, ist Gewalt im Sinne des § 240 gegeben, wenn die auf das Opfer „ausgeübte unausweichliche Zwangswirkung den Einsatz einer gewissen, wenn auch geringfügigen körperlichen Kraft durch den Täter" einschließe. Danach sei auch die Bildung einer „lebenden Barriere durch Niederlassen auf der blockierten Zufahrt" Gewalt im Sinne des Gesetzes.

Dem widersprachen die vier anderen Richter. Zwar sind auch nach ihrer Ansicht Sitzdemonstrationen nicht rechtmäßig, sondern nach geltendem Recht als Verletzung versammlungs- und verkehrsrechtlicher Vorschriften zu beurteilen. Nötigende Gewalt könne den Teilnehmern aber nicht zur Last gelegt werden. Diese hätten sich vielmehr – abgesehen von strafrechtlich irrelevanten Vorbereitungshandlungen (Betreten und Niederlassen auf der freien Fahrbahn) – „völlig passiv, also gerade nicht gewaltsam" verhalten.

Übereinstimmend vertraten die Karlsruher Richter die Auffassung, *das Grundgesetz gebiete es nicht*, Sitzdemonstrationen sanktionslos zu lassen. Geboten sei aber eine verfassungskonforme Auslegung und Anwendung des § 240 in dem Sinne, daß die Bejahung nötigender Gewalt im Falle einer Ausweitung des Begriffs nicht schon zugleich die Rechtswidrigkeit der Tat „indiziert". Vielmehr sei die vom Gesetzgeber als Korrektiv vorgesehene „Verwerflichkeitsklausel" des Nötigungsparagraphen, wonach die Tat nur rechtswidrig ist, wenn die Anwendung der Gewalt zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist, unter Berücksichtigung aller Umstände heranzuziehen.

„Verbrechen darf sich nicht bezahlt machen"

Zimmermann fordert besseren Zugriff auf Verbrechens-Vermögen

WERNER KAHL, Wiesbaden

Macht sich Verbrechen bezahlt? Der Gewinn aus gesetzwidrigen *Handlungen als Tatanreiz wird* in dieser Woche auf der traditionellen Herbsttagung im Bundeskriminalamt (BKA) untersucht. Angesichts des Trends der internationalen Entwicklung forderte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) eine ausreichende gesetzliche Handhabe, die es ermöglicht, Gewinne aus Verbrechen abzuschöpfen. Vermögen in der Hand organisierter Banden bedeute *nicht nur persönliche Bereicherung* auf Kosten des Sozialprodukts, sondern auch Macht.

Organisierte Verbrecher sind heute nach Erkenntnissen der Kriminalpolizei „deliktübergreifend in allen Bereichen tätig", in denen hohe Gewinne erwartet werden können, sagte Zimmermann vor in- und ausländischen Kriminalisten, Kriminologen, Richtern und Staatsanwälten. Die Sozialschädlichkeit ergibt sich *aus* Schätzungen: Gesetzwidriges Handeln macht in der Bundesrepublik jährlich etwa zehn Prozent des Bruttosozialproduktes aus.

Bei Wirtschaftsstraftaten wird der Gesamtschaden 1985 mit zwei Milliarden, der Schaden aus Betrug mit 2,4 Milliarden Mark beziffert.

„Stumpfe Gesetze"

Die Gewinne aus illegalem Drogenhandel wurden auf der BKA-Tagung in der Größenordnung von etwa einer Milliarde Mark jährlich errechnet. Welche Gewinne im einzelnen erzielt werden können, machte der Vergleich des Produktpreises im jeweiligen Anbauland mit dem Verkaufspreis in den Verbraucherregionen deutlich. Für ein Kilogramm Kokain, das in Peru etwa 10 000 Mark kostet, werden in der Bundesrepublik Deutschland 250 000 Mark bezahlt. Selbst der Transport eines Kilogramms Heroin von Holland nach Deutschland stellt eine Ertragssteigerung von 250 Prozent in Aussicht.

Dagegen ist das heutige Gesetzesinstrumentarium, das den Behörden zum Abschöpfen des Gewinns zur Verfügung steht, stumpf. In Baden-Württemberg konnte von 1970 bis 1980 bei rund 720 000 Verurteilungen lediglich in 104 Fällen der Vermögensverfall angeordnet werden. Diese Praxis gelte weitgehend heute noch, und zwar im gesamten Bundesgebiet, bestätigte Bundesinnenminister Zimmermann.

„Interessenausgleich"

Die derzeit geltenden materiell- und formellrechtlichen Bestimmun*gen hätten selbst dann kaum prakti*sche Bedeutung, wenn zum Beispiel bei Umweltdelikten Gewinne aus illegaler Abfallbeseitigung eingezogen werden sollen. Fälle der „Drittbegünstigung" durch Verbrechen, wie der Bereicherung von Personen, die im Hinblick auf die konkrete Tat nicht inkriminiert sind, können mit dem derzeitigen Rechtsinstrument des Verfalls und der Vermögenseinzie*hung nicht erfaßt* werden. Zumeist sind die relevanten Beträge dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden längst entzogen, bis diesen der Nachweis der entsprechenden Tatbestandsvoraussetzung gelingt. „Hier müssen Gesetzeslösungen gefunden werden, die diesen gerechten Interessenausgleich zwischen staatlichem Strafverfolgungsanspruch und den Interessen des Betroffenen gewährleisten", *sagte Zimmermann.*

Das Modellgesetz, das Raimund Wingenter vom Generalsekretariat der Internationalen Polizeiorganisation vortrug, sieht eine konzentrierte in- und ausländische Strafverfolgung mit Interpol vor. Unter den 142 Interpol-Mitgliedsstaaten besteht jedoch über die Maßnahmen, Verbrechensgewinne abzuschöpfen, keineswegs Einigkeit. Nur 25 Länder beantworteten einen entsprechenden Interpol-Fragebogen. Zwar seien Länder der Dritten Welt besonders daran interessiert, deutlich zu machen, daß Verbrechen sich nicht bezahlt macht, doch zu der Mehrheit, die schweigt, müssen rund 40 Staaten gerechnet werden, die sich als „Steueroasen" anbieten. An ihren Grenzen sind der Fahndung Schranken gesetzt.

Appell für die Volkszählung

gey. Bonn

Die wohnungswirtschaftlichen Spitzenverbände haben jetzt gemeinsam zur Unterstützung der Volkszählung im kommenden Jahr aufgerufen. Wie der Zentralverband der Haus- und Grundeigentümer mitteilte, wollen die Verbände mit verschiedenen Aktionen den „Boykott-Initiativen" entgegenwirken.

In einem gemeinsamen Flugblatt heißt es: „Kein anderes Industrieland der Welt weiß so wenig über sich selbst wie wir. Politik im Interesse aller Bürger braucht aber sichere Entscheidungsgrundlagen, wie sie nur eine *Volkszählung liefern kann."* Das Volkszählungsgesetz gewährleiste, daß keine Daten mißbraucht würden. Bund und Länder werden aufgerufen, die Zählung nicht wieder an finanziellen Erwägungen scheitern zu lassen und die Zuwendungen für Städte und Gemeinden zu erhöhen.

VDS droht mit Besetzungen

DW. Bonn

Die „Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS), deren Vorstand von marxistischen Gruppierungen gestellt wird, plant in diesem Semester eine „Studentenbefragung". In der Zeitschrift „rote blätter" des DKP-nahen MSB-Spartakus, der im VDS-Vorstand vertreten ist, heißt es dazu: „In der einen oder anderen Hochschule müssen vielleicht erst einmal 150 Kommilitoninnen und Kommilitonen drei Stunden das Rektorat besetzen, bevor der Rektor zustimmt." Der Bundesvorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Christoph Brand, hat die Jusos aufgefordert, gegen „kommunistische Agitation und Gewaltaufrufe klar Stellung zu beziehen". Die Jusos haben an mehr als einem Dutzend Hochschulen Koalitionen mit dem MSB-Spartakus geschlossen.

Molotow – der glückliche Gehilfe des Tyrannen Stalin

Von MICHAEL VOSLENSKY

Er hatte einen kalten, immer ernsten Blick. *Auch wenn er lächelte*, zeigte er bloß seine Zähne unter dem kurzen Schnurrbart; das runde Gesicht blieb wie versteinert. Molotow war *für uns immer ein Geheimnis*. Was hatte diesen rundlichen Mann, den Neffen des berühmten Komponisten Skrjabin, zur rechten Hand des blutigsten Tyrannen in der russischen Geschichte gemacht? Welche wilde, unersättliche Machtgier mußte in diesem unansehnlichen Bürokraten wüten, um ihn, nach außen hin ein Biedermann, in eine Shakespearegestalt zu verwandeln?

Molotow hat seine Memoiren geschrieben. Vor meiner Ausreise aus der Sowjetunion *sah ich ihn immer wieder im Professoren-Lesesaal der* Lenin-Bibliothek in Moskau. Er blätterte alte Jahrgänge der „Prawda" und machte sich Notizen – wie jeder politische Memorist. Es ist schwer zu sagen, ob wir jemals sein Memoirenwerk zu sehen bekommen. Aber sollte das dennoch geschehen, werden wir dort kaum den Schlüssel zum psychologischen Rätsel Molotows finden: Das muß sicher eine Apologie des Stalinismus sein. In seinem letzten Interview, das die Tass zu Molotows 96. Geburtstag verbreitete, hatte der Greis sich immer noch als eifrigen Leser der Leninwerke aufgespielt.

Selten war einem Menschen ein so langes politisches Wirken beschieden. Vor siebzig Jahren, im Jahre 1916, erklomm der 26jährige Student Wjatscheslaw Michailowitsch Skrjabin die erste Stufe der politischen Prominenz: Er wurde Mitglied des russischen Büros des ZK der bolschewistischen Partei. Das *vom später* liquidierten Bolschewiken Schljapnikow geleitete Dreier-Gremium hatte die Aufgabe, die Unter*grundpartei in Rußland* wiederzubeleben; sie war nämlich 1914 von den zaristischen Behörden zerschlagen worden. Der Zeitpunkt erwies sich *als günstig. Am 12. März 1917 wurde* der Zar in einem spontanen Aufstand gestürzt, und das ZK-Büro begann, im politischen Vakuum der ersten *nachrevolutionären Tage*, die Partei fieberhaft aufzubauen. Die „Prawda" erschien wieder. Ihr Chefredakteur wurde Molotow. Ohne jede Instruktion von *Lenin*, der im *Züricher Exil* war, proklamierte Molotow in seiner Zeitung eine bittere Feindseligkeit zur demokratischen Provisorischen Regierung Rußlands, was der Leninschen Einstellung völlig entsprach. Dann kam Stalin aus der sibirischen Verbannung nach Petrograd und übernahm die Leitung der „Prawda". Aber Molotow blieb fest in der Parteiprominenz.

Lenin kannte Molotow und schätzte seine bürokratische Effizienz. Er machte Molotow zum Sekretär des ZK der Partei. *Man nannte Molotow* „steinerner Hintern" – so unermüdlich hockte er über den Parteipapieren. Aber Lenins kurze Briefe an Mo*lotow* klingen trocken und distanziert: Der nützliche kalte Bürokrat sagte menschlich dem ständig bewegten Revolutionär nicht zu.

Anders Stalin. Der Architekt der Nomenklatura entdeckte in Molotow seinen Mann. Mehr als 30 Jahre lang blieb Molotow an der Seite des Diktators. „Unser Wjatscheslaw" nannte ihn Stalin mit unerwarteter Wärme. Molotow war jahrzehntelang die Nummer *zwei* im Kreml. *Sein offizieller* Titel lautete: „Der engste Freund und Kampfgefährte des Genossen Stalin". Seine offizielle Stellung war Regierungschef.

Wir sahen Molotow auf dem Lenin-Mausoleum am Roten Platz an sowjetischen Feiertagen. Er stand neben Stalin – am *1. Mai* im hellgrauen Mantel mit Hut, am 7. November im schwarzen Wintermantel mit Persianerschalkragen und mit Persianermütze. In diesem altmodisch gewordenen Mantel und mit derselben Mütze kam er Jahrzehnte später in die Lenin-Bibliothek, und die Besucher schauten auf ihn wie auf einen Spuk aus vergangenen Zeiten.

Molotow beteiligte sich an verschiedensten Verbrechen Stalins. Solschenizyn schrieb, daß Molotow „von unserem Blut getränkt" war. In der Tat: Sollten eines Tages die Historiker die auf Molotows Geheiß hingerichteten oder zu Tode Gemarterten zählen, wird man erschrecken. Was Wunder, daß im Jahre 1939 der inzwischen zum Außenminister gemachte Molotow so schnell seine Geistesverwandtschaft mit Ribbentrop und anderen Nazigrößen entdeckte. Die mit Molotows Unterschrift besiegelten geheimen Zusatzprotokolle zum Nichtangriffspakt und dem Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und dem Nazi-Reich bewirkten den Anschluß Litauens, Lettlands, Estlands, Bessarabiens, der Westukraine und Westbelorussien an die Sowjetunion und erlaubten Stalin, Finnland anzugreifen. Daß man dabei, obwohl es in keinem Protokoll stand, auch die Nordbukowina mitgehen ließ, war Molotows zusätzlicher Verdienst.

Nach Kriegsende begann Molotows Stern zu sinken. Im Zuge der antisemitischen Säuberung der Jahre 1948-49 wurde Molotows Frau, Polina Schemtschuzhina, ins Lager geschickt. Zwar nahm Molotow das ruhig hin, doch betrachtete ihn der mißtrauische Stalin mit Skepsis. Ein anderer avancierte zur Nummer zwei: Malenkow. Aber Molotow blieb unabkömmlich. Nach Stalins Tod wurde er Mitglied des kurzlebigen Führungstriumvirats neben Malenkow und Beria.

Die von Chruschtschow auf dem 20. Parteitag (1956) eingeleitete Entstalinisierung drohte, Stalins Günstlinge zu entmachten. Im Juni 1957 versuchten sie unter Molotows Führung, Chruschtschow zu stürzen. Der Coup schlug fehl: Die Nomenklatura wollte keine Rückkehr *zum stalinschen* Terror, der auch in ihren Reihen gewütet hatte.

Molotow wurde aus allen Führungsgremien verjagt und bekam den fürwahr bescheidenen Posten des Botschafters in der Mongolei. Dann wurde er in die Atombehörde *nach* Wien abkommandiert, aus der Partei ausgeschlossen und bald in Pension geschickt. Er blieb aber ein lebendiges Monument des Stalinismus und weigerte sich hartnäckig, sich von den „Fehlern" der Stalin-Politik zu distanzieren. Unter Tschernenko wurde *der* reuelose Greis in die Partei wieder aufgenommen. Das wurde zu Recht als Geste der Absolution an die Adresse aller Alt-Stalinisten empfunden.

In seinem Tass-Interview sagte der Greis, er sei glücklich, wolle 100 Jahre leben und bedauere bloß, daß er wegen seines Alters sich nicht an der Gestaltung der Sowjetpolitik beteiligen könne. Die Menschen in der Sowjetunion bedauern dies nicht.



Molotow auf der Außenministerkonferenz 1955 in Genf: Schon in Ungnade, aber noch unabkömmlich FOTO: AP

Ankara deckt Beteiligung Syriens am Terrorismus auf

Einzelheiten über Querverbindungen nach Damaskus

E. ANTONAROS, Rom

Ein von den türkischen Sicher*heitsbehörden festgenommener* Angehöriger der jordanischen Botschaft in Ankara hat jetzt gestanden, den Mord am jordanischen Geschäftsträger Zaid Saki im Juli 1985 im Auftrag des syrischen Geheimdienstes mitorganisiert zu haben. Gleichzeitig haben die Türken 27 Araber verschiedener Nationalitäten, unter ihnen auch die Nichte des PLO-Vertreters in Ankara, „wegen subversiver Tätigkeit" gegen die Türkei ausgewiesen.

Adnan Amerin, seit 21 Jahren Dolmetscher der jordanischen Botschaft in Ankara, hat den Türken gesagt, daß ein aus dem iranischen Aserbaidschan stammender Türke namens Ali Kernt in seinem Auftrag ein Auto beschafft habe. Kernt, inzwischen ebenfalls in den Händen der Polizei, hat gestanden, das Auto an den Palästinenser Naif el Nadi übergeben zu haben. Gegen Nadi und drei weitere Palästinenser hatte die Staatsanwaltschaft in Ankara letzte Woche Anklage wegen der Ermordung des jordanischen Diplomaten erhoben.

Kernt, Nadi und ihre Komplizen sollen inzwischen gestanden haben, Mitglieder der vornehmlich in Libanon aktiven und nach westlichen Geheimdiensterkenntnissen unter syrischer Kontrolle stehenden Terrororganisation „Islamischer Heiliger Krieg" zu sein. Amerin, der nach türkischer Ansicht die Rolle eines „Agentenführers" für die Syrer gespielt haben soll, hat ferner zugegeben, am 18. Juni 1986 einen Anschlag auf ein Munitionsdepot in Karikkale bei Ankara verübt zu haben. Dafür soll er von Abu Nidals Terrorgruppe einen Betrag von 17 Millionen Lira (etwa 50 000 Mark) erhalten haben. Bei seinem Verhör durch die Türken hat er ferner ein geplantes Bombenattentat auf einen US-General in Izmir sowie zwei ebenfalls geplante Anschläge auf den Atatürk-Damm und ein Kraftwerk in Ostanatolien aufgedeckt.

Diese Enthüllungen haben inzwischen eine Verstimmung zwischen dem türkischen Außenministerium und der PLO-Vertretung in Ankara ausgelöst, die einen vollwertigen diplomatischen Status genießt: Ein Palästinenser, der von den Türken zunächst als Tatverdächtiger im Zusammenhang mit dem Mord am jordanischen Geschäftsträger festgenommen, aber später wegen Beweismangels freigelassen worden war, berichtete der türkischen Polizei, daß der PLO-Vertreter in Ankara, Abu Firas, ihn mit vorgehaltener Pistole zu einer Tonbandaussage gezwungen habe, wonach die Türken angeblich sämtliche Geständnisse mit Foltermethoden erpreßt hätten.

Als Abu Firas daraufhin mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit trat und die Verwicklung der PLO und Abu Nidals kategorisch bestritt, wurde er ins türkische Außenministerium zitiert und wegen Einmischung in ein schwebendes Verfahren verwarnt. Kurz darauf ordnete das Innenministerium die Ausweisung der 27 unerwünschten Araber an.

Daß Ankara ausgerechnet jetzt seine Erkenntnisse über die syrische Connection freigegeben hat, interpretieren westliche Diplomaten als einen Wunsch der türkischen Regierung, sich am Tag nach der EG-Außenministertagung in London mit den Sanktionen gegen Syrien zu solidarisieren. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien sind seit Jahrzehnten gespannt. Gestritten wird über die türkische Provinz Hatay, über die Wassermengen des Euphrat und über syrische Hilfe an die Kurden. (SAD)

Amerikas Bischöfe im Streit über Haltung zum Vatikan

Konferenz in Washington / Liberale gegen Traditionalisten

FRITZ WIRTH, Washington

300 Bischöfe haben sich in diesen Tagen zu einer der wichtigsten und kritischsten Konferenzen in der Geschichte der katholischen Kirche Amerikas in Washington versammelt. Es geht um das Verhältnis ihrer Kirche zu Rom, und das heißt: zur Debatte steht der Konflikt zwischen wachsenden liberalen Strömungen in der katholischen Kirche der USA und dem Bemühen des Vatikan, die eigene Autorität und eine konservativer orientierte Lehrmeinung zu verteidigen. In der katholischen Kirche der USA, mit 52 Millionen Gläubigen die größte religiöse Gemeinschaft des Landes, läuft dieses Duell seit einiger Zeit unter dem Stichwort „Progressionisten gegen Traditionalisten".

Versuche einflußreicher Teilnehmer wie Kardinal O'Connor von New York, diesen Konflikt herunterzuspielen, wurden schon am ersten Tag der Konferenz vom scheidenden Vorsitzenden Bischof James Malone zunichte gemacht, der in seiner Eröffnungsrede gleich zum Thema kam: „Jeder, der in den letzten drei Jahren Zeitungen las, kann nicht mehr die wachsende Unzufriedenheit zwischen Elementen der katholischen amerikanischen Kirche und dem Heiligen Stuhl ignorieren. Einige meinen, die Kirche brauche mehr Freiheit, andere glauben, mehr Kontrolle sei gefragt. Wo immer man in diesem Konflikt auch stehen mag – diese Spaltung konfrontiert uns mit der sehr ernsten Frage: was kann geschehen, diese sich entwickelnde Entfremdung zu überwinden?"

Malone schlug zur Beilegung dieses Konflikts ein direktes Gespräch zwischen leitenden Würdenträgern der amerikanischen Kirche und dem Papst vor, das noch vor dem geplanten Amerika-Besuch des Papstes im nächsten Herbst stattfinden soll. Wie in Washington zu erfahren war, gibt es von seiten des Vatikan keine Einwände gegen ein derartiges Treffen in Rom.

Der Konflikt zwischen Rom und der katholischen Kirche der USA konzentriert sich vor allem auf Fragen des Schwangerschaftsabbruchs und der Scheidung, auf den Gebrauch von schwangerschaftsverhütenden Mitteln, die Rolle der Frau innerhalb der katholischen Kirche und das Verhältnis der Kirche zur Homosexualität.

Dieser Konflikt erreichte im August einen ersten Höhepunkt, als der Vatikan Charles Curran, der in sexualethischen Fragen einen liberalen Standort einnimmt, die Lehrbefähigung an der katholischen Universität in Washington entzog. Er spitzte sich weiter zu, als Rom dem ebenfalls liberalen Erzbischof Raymond Hunthausen eine Reihe seiner pastoralen Befugnisse entzog und sie in die Hände des Weihbischofs Würl von Seattle legte. Hunthausen wurde bekannt durch seine Anti-Nuklearkampagnen und machte kürzlich Schlagzeilen, als er seine Kirche einem Gottesdienst für Homosexuelle öffnete.

WELT-Interview / Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nimmt Stellung: zu Bangemann, zur Koalition, zur SPD, zu SDI ...

„Die FDP darf die Wende und ihre Erfolge nicht an die CDU verschenken“

Der Koalitionspartner der Unionsparteien sieht sich im Wähler-Schatten gemeinsamer Erfolgspolitik. Genscher geht in die Offensive: „Die FDP ist Initiator und Kernmannschaft des Erfolgs.“ Die Fragen stellte Manfred Schell.

Herr Minister, die Sozialdemokraten ringen nach ihrem Debakel in Bayern und in Hamburg um eine neue Strategie, die sie ihrem Kanzlerkandidaten Rau zumuten können. Haben Sie einen Ratschlag für die SPD?

Genscher: Ich habe der SPD keine Ratschläge zu geben. Die Entwicklung, die jetzt bei der SPD für alle sichtbar wird, war ja für die FDP der Grund, die alte Koalition zu beenden. Heute ist es so wie im Jahr 1982: Die widerstreitenden Kräfte in der SPD, auf der einen Seite diejenigen, die deutlich in Richtung der Grünen marschieren, auf der anderen Seite diejenigen, die einst an der Politik Helmut Schmidts festhalten wollten, bieten ein verwirrendes Bild. Die Erwartung der SPD, daß ihr Kandidat Johannes Rau diese Gegensätze überdecken kann, hat sich zwar bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1985 erfüllt, aber sie ist für die Bundestagswahl am 25. Januar nächsten Jahres schon jetzt gescheitert.

Welche Konsequenzen muß die FDP, die in Hamburg ja auch nicht so rosig abgeschnitten hat, ziehen?

Genscher: Hamburg bedeutet einen Schritt nach vorn, auch wenn wir das Wahlziel nicht erreicht haben. Die Wähler wählen den Erfolg auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die überwiegende Mehrheit der Bürger sieht eine allgemeine Aufwärtsentwicklung, sie spürt, daß sie auch persönlich gute Aussichten hat. Das schafft Vertrauen in die Politik der Bundesregierung, ebenso wie die Erkenntnis, daß wir eine Außenpolitik der ruhigen Hand und der Besonnenheit garantieren. Zur FDP: Für uns ist es wichtig, daß wir möglichst viele Wähler davon überzeugen können, daß wir einen entscheidenden Anteil an dieser Aufwärtsentwicklung haben. Die FDP hat unter meiner Führung die Wende durchgesetzt, gegen große Widerstände, und die Wirtschaftsminister Lambsdorff und dann Martin Bangemann verwirklichen mit großem allseits anerkanntem Erfolg die Wirtschaftspolitik, die wir mit der Wende erreichen wollten. Ich will es zugespitzt formulieren: Die FDP darf die Wende und ihre Erfolge nicht an die CDU verschenken.

Das ist ein sorgenvoller Unterton ...

Genscher: Nicht sorgenvoll, sondern aufmunternd, denn die FDP muß mit derselben Selbstsicherheit wie die Union über diese Erfolge reden und sie für sich in Anspruch nehmen. Die FDP hat diese Entwicklung überhaupt erst möglich gemacht, nicht die CDU, die hätte es 1982 aus eigener Kraft ja gar nicht gekonnt. Die FDP ist Initiator und Kernmannschaft des Erfolgs. Je mehr das ins Bewußtsein der Öffentlichkeit dringt, umso stärker wird die Unterstützung sein, die wir bei der Bundestagswahl finden. Wir haben keine leichten Jahre hinter uns, wir haben nach der Wende den Bürgern viel abverlangen müssen. Jetzt können die Bürger die Ernte ihrer eigenen Anstrengungen und dieser Politik in die Scheune fahren.

Aber in der FDP gibt es eine latente Stimmung der Unzufriedenheit mit Ihrem Nachfolger, dem Parteivorsitzenden Bangemann.

Genscher: Die gibt es nicht und die lassen wir uns auch nicht einreden. Die Partei hat eine große Geschlossenheit gefunden unter der Führung von Martin Bangemann, wir haben Landtagswahlen erfolgreich bestanden und selbst dort, wo es nicht geklappt hat, zugelegt. Diesen Erfolgskurs müssen wir fortsetzen. Das werden wir am besten schaffen, wenn wir uns geschlossen um den Parteivorsitzenden scharen. Was ich dazu tun kann, das werde ich tun. Und je lauter jetzt von der CSU nach der absoluten Mehrheit gerufen wird, um so mehr Gründe gibt es, die FDP zu wählen.

Die CSU-Forderungen schrecken Sie nicht?

Genscher: Nein, denn viele Bürger wollen keine Alleinherrschaft der CDU/CSU. Sie möchten, daß die FDP als Partei des Augenmaßes, der Vernunft und der außenpolitischen Berechenbarkeit, also als die Freiheits-, Fortschritts- und Friedenspartei großes Gewicht in der Koalition hat.

Die Position des Kanzlers ist ja, daß er zwar keine Stimme der Union verschenken will, aber die Koalition mit der FDP fortsetzen möchte ...

Genscher: Helmut Kohl weiß sehr genau, daß die absolute Mehrheit unter heutigen Verhältnissen – selbst, wenn man sie kriegen könnte – allenfalls einmal erreichbar ist. Er denkt langfristig, er weiß, daß diese Koalition noch viele Aufgaben zu lösen hat.



„Manchmal muß sich die FDP mit sich selbst herumbalgen“ FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Sie hat Bedeutendes geleistet, aber sie hat noch große Aufgaben vor sich. Ich will, auf die Innenpolitik bezogen, drei nennen:

1. Eine wirklich durchgreifende Steuerreform, verbunden mit einer Steuervereinfachung. Sie muß zu einer deutlichen Entlastung für Verbraucher und Investoren führen und, was die Vereinfachung betrifft, so muß sichergestellt werden, daß nicht nur Leute mit einer eigenen Steuerabteilung im Unternehmen die Möglichkeiten des Steuerrechts ausnützen können.

2. Notwendig ist ein drastischer Abbau der Subventionen, die ja nichts anderes sind als Wettbewerbsverzerrungen und ein Weiterschleppen von Problemen in die Zukunft. Wir müssen so die Mittel für die Zukunftsinvestitionen freibekommen. Die positive Grundstimmung in unserem Land muß dazu genutzt werden, das Zukunftsdenken zu stärken. Das müssen wir tun, wenn wir nicht im Wettkampf mit den USA und Japan zurückfallen wollen. Junge Menschen begreifen das zunehmend.

3. Die Entbürokratisierung bleibt eine vordringliche Aufgabe. Der Dschungel der Vorschriften muß aufgelöst werden. Das alles sind FDP-Themen, weil sie darauf ausgelegt sind, den Freiheitsraum des Bürgers zu erweitern.

Nochmals zurück zur CSU: Hat es zwischen Ihnen und Franz Josef Strauß einen Bruch gegeben? Oder trifft die Vermutung zu, die politische Auseinandersetzung sei ein abgekartetes Spiel, das beiden nütze?

Genscher: Weder das eine noch das andere ist richtig. An einem solchen Gesellschaftsspiel beteilige ich mich nicht und, soweit ich das feststellen kann, auch Herr Strauß nicht.

Sie beanspruchen für sich, eine Außenpolitik der Besonnenheit zu gestalten. Es gibt aber auch Kritik an Ihnen aus Teilen der Union. Manche werfen Ihnen unberechtigte Distanz zur amerikanischen Administration vor.

Genscher: Zunächst zum ersten Punkt Ihrer Frage: Daß sich Teile der Union außenpolitisch schwer tun, war ja nicht anders zu erwarten, weil die Union in der Außenpolitik einen langen Weg zurücklegen mußte, von der Ablehnung der Ost-Verträge, von der Ablehnung der Schlußakte von Helsinki bis hin zur vollen Nutzung dieser Möglichkeiten im nationalen und europäischen Interesse. Die FDP tut sich außenpolitisch leichter als CDU und CSU sowie die SPD, weil sie die großen Grundentscheidungen der deutschen Außenpolitik ja bewirkt hat: die Westbindung der Bundesrepublik mit der CDU/CSU, die Ost-Verträge mit der SPD. Wir sehen jetzt, wie schwer sich die SPD in der Sicherheitspolitik tut. Dort werden die Kräfte immer stärker, die bei formalen Bekenntnissen zur weiteren Mitgliedschaft in der NATO einen Kurs vertreten, der zu einem Abrükken von unserem Bündnis und zu einer nicht mehr berechenbaren Neutralisierungspolitik führen müßte.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Mir Distanz zu den USA zu unterstellen, ist töricht. Die Amerikaner wissen das besser. Vor allem wissen die Amerikaner zu schätzen, wenn jemand sich auf Dauer als ein verläßlicher Partner bewährt und im Interesse dieser Partnerschaft seine eigenen Auffassungen und Interessen zur Geltung bringt. Washington sieht auch die amerikanischen Interessen bei selbstbewußten europäischen Partnern besser aufgehoben als bei standpunktlosen Jasagern.

Haben Sie die Sorge, daß bei dem Gespräch der Großmächte europäische Sicherheitsinteressen zu kurz kommen?

Genscher: Nein, das könnte ja nur dann passieren, wenn sich die Europäer nicht zu Wort melden, wenn sie nicht ihr Gewicht durch Bündelung ihrer Interessen und ihrer Möglichkeiten bestimmen. Wir haben keine Angst vor Abrüstung. Wir haben uns auch von den Panikmachern nicht beirren lassen, die bereit waren, die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zu unterminieren, wenn ich an das Jahr 1983 denke. Wir werden uns auch nicht von denen beirren lassen, die Angst vor Abrüstung haben. Nur: Wir müssen sicherstellen, daß sich aus einer realer werdenden Möglichkeit der nuklearen Abrüstung keine Probleme für die europäische Sicherheit ergeben. Wir müssen sicherstellen, daß auch in Zukunft ein Krieg in Europa nicht wieder führbar wird, weder ein atomarer Krieg noch ein konventioneller Krieg. Deshalb haben wir zusammen mit Frankreich gefordert, daß mit dem Osten über die konventionelle Stabilität in ganz Europa verhandelt wird. Das Bündnis hat diese Forderungen übernommen, und der Westen hat inzwischen diesen Verhandlungen auch zugestimmt.

Sie haben, Herr Minister, in Wien den sowjetischen Außenminister Schewardnadse getroffen und dabei auch eine Erklärung zu dem umstrittenen Kohl-Zitat in „Newsweek“ abgegeben. Inzwischen hat Schewardnadse seine Kritik am Kanzler öffentlich ausgesprochen ...

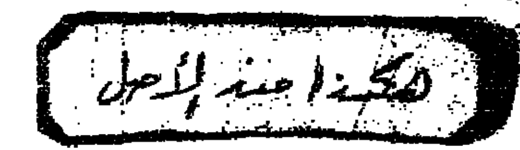
Genscher: Die Sowjetunion wird das, was ich dem sowjetischen Außenminister gesagt habe und die Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag richtig einzuordnen wissen. Die sowjetische Führung weiß auch um die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Auf dieser Grundlage sollte es möglich sein, diese Phase zu überwinden. Was die SPD betrifft, so sollte sie der Versuchung widerstehen, diese Interview-Angelegenheit innenpolitisch ausschlachten zu wollen.

Herr Minister, zurück zur FDP. Steht Ihre Partei – Stichwort: Kronzeugenregelung – vor einem schwierigen Parteitag?

Genscher: Die FDP macht es sich immer schwieriger, als andere Parteien das tun. Das macht übrigens auch ihre Attraktivität für viele ihrer Wähler aus. Die FDP ist nicht die Partei der einfachen Entscheidungen und der einfachen Antworten. Das würde ihrem liberalen Selbstverständnis widersprechen. Manchmal muß sie sich selbst mit sich herumbalgen. Was die Kronzeugenregelung betrifft, so ist die Diskussion jetzt in eine sehr rationale, in eine sehr sachliche Diskussion eingemündet, und ich gehe davon aus, daß dies auch auf dem Parteitag so sein wird. Es wird auch immer deutlicher, daß es Kronzeugenregelungen auch jetzt schon im deutschen Strafrecht gibt, daß es also nicht um eine gänzlich neue Frage geht. Ebenso deutlich wird, daß die liberale Grundfrage: mehr oder weniger Freiheit in diesem Zusammenhang nicht zur Debatte steht. Der FDP-Parteitag wird überdies ein klares Signal dafür geben, daß meine Partei die Koalition mit der CDU/CSU fortsetzen wird. Das heißt, die Wähler wissen, woran sie mit der FDP sind, in Sachfragen genauso wie in der Koalitionsfrage. Der gegenwärtige Zustand der SPD macht zudem hinreichend deutlich, daß diese Partei für die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben nicht als Partner der FDP in Frage kommt.

Für Sie gibt es keinen Zweifel, daß Sie auch nach der Bundestagswahl in Ihrem bisherigen Amt als Außenminister sein werden?

Genscher: Wir legen auch diese Entscheidung vertrauensvoll und zuversichtlich in die Hand der Wähler.



Die europäischen Atommächte und die Abrüstungspläne der USA seit Reykjavik

London beschwört die These der Abschreckung

SIEGFRIED HELM, London

Englands Premierministerin Margaret Thatcher hat sich in einer programmatischen Rede ungewöhnlich engagiert für die Beibehaltung des nuklearen Schutzschildes über Westeuropa ausgesprochen. Als Ergebnis eines Denkprozesses nach Reykjavik ist sie damit auf die Bonner Linie eingeschwenkt, wonach die Überlegenheit des Warschauer Pakts mit konventionellen Waffen bei den Verhandlungen Washingtons und Moskaus über einen Abbau der ballistischen Waffen voll berücksichtigt werden müsse. Frau Thatcher gab zu verstehen, daß sie bei ihren Gesprächen mit US-Präsident Ronald Reagan am Sonnabend in Camp David im Interesse der Europäer für ein solches Junktim eintreten will.

Wieder die harte Linie

In ihrer Rede bei dem Bankett zur Amtseinsetzung des neuen Lordoberbürgermeisters der Londoner City, ein traditionelles Forum für Grundsatzerklärungen englischer Premiers zur Außenpolitik, bezog Frau Thatcher somit wieder die harte Linie gegenüber Moskau, die ihr nach ihrer Wahl 1979 vom Kreml den Spitznamen „Eiserne Lady" eingetragen hatte. England sei zu einem Verzicht auf sein nukleares Abschreckungspotential nicht bereit.

Frau Thatcher warnte: „Wir können nie vergessen, daß die Grenze der Freiheit unseren Kontinent in der Mitte durchschneidet und Westeuropa für einen Angriff durch konventionelle Streitkräfte und chemische Waffen auf eine Weise verwundbar macht, wie das für die Vereinigten Staaten nicht gilt." Und weiter: „Es ist eine Tatsache, daß Nuklearwaffen Europa 40 Jahre lang nicht nur vor einem Nuklearkrieg, sondern auch vor einem konventionellen Krieg bewahrt haben. Deshalb verlassen wir uns auf unsere eigenen Atomwaffen und werden das auch künftig tun."

Um den ganzen Ernst ihrer Sorge vor einer Null-Lösung der ballistischen Waffen zu verdeutlichen, zitierte Frau Thatcher Churchills letzte Rede vor dem US-Kongreß: „Achtet vor allen Dingen darauf, die Atomwaffe nicht aus der Hand zu geben, bis Ihr sicher seid, mehr als sicher, daß Ihr andere Mittel zur Bewahrung des Friedens in der Hand habt." Da es noch keine anderen Mittel gebe, „sind wir gut beraten, auf seine Weisheit zu hören".

Frau Thatcher machte in beschwörenden Worten deutlich, daß man beim Umgang mit den Sowjets die europäischen Erfahrungen nicht aus dem Auge verlieren dürfe. Es wäre ein schwerer Fehler, würde man den Umgang mit den Sowjets ausschließlich auf der Grundlage der Rüstungskontrolle führen. „Es liegt eine Welt zwischen dem, was sie mit Frieden meinen, und unserem Verständnis von Frieden. Wir erinnern uns, was vor 30 Jahren mit den tapferen Männern und Frauen geschah, die an dem Aufstand von Budapest teilnahmen. Wir erinnern uns an die Berliner Mauer. Wir erinnern uns an Afghanistan. Wir erinnern uns an die gebrochenen Zusagen von Helsinki."

Frau Thatcher will zwar für eine Halbierung der strategischen Nuklearwaffen im Gefolge des Reykjavik-Gipfels eintreten, aber jeden Versuch zu einem Abbau des britischen Abschreckungspotentials ablehnen. Da *London sich auf die Übernahme der* Trident II durch die USA festgelegt hat, sind unterschiedliche Auffassungen zu Washington vorprogrammiert. Atomwaffen, so Frau Thatcher, seien nun einmal *erfunden* worden; sie könnten nicht „ent-funden" werden.

Hilfe bei Demokraten

Frau Thatcher kann bei ihrer harten Haltung nicht nur mit der Unterstützung der wichtigsten Partner in Kontinentaleuropa rechnen, sondern auch auf Hilfe aus dem jetzt von den Demokraten beherrschten US-Senat zählen. Senator Sam Nunn, der designierte Vorsitzende des Senatsausschusses für die Streitkräfte, hat Vorschläge zur Abschaffung aller ballistischen Waffen über die nächsten zehn Jahre schon als „schlecht beraten und gefährlich" kritisiert. (SAD)

Paris beschließt den Bau von Mittelstreckenraketen

PETER RUGE, Paris

Während Paris den Waffenstillstandstag 1918 feiert mit Veteranen-Umzügen und Kranzniederlegungen durch Staatspräsident Mitterrand und Premierminister Chirac, rüstet sich das Parlament zur großen Debatte über die französische Verteidigungsplanung für die Jahre 1987 bis 1991. Das von der bürgerlichen Mehrheit vorgelegte Programm *setzt* neue Akzente in der Nuklearbewaffnung Frankreichs, generell ist eine Erhöhung des unter den Sozialisten vernachlässigten Militär-Haushalts vorgesehen. Damit *löst* Jacques Chirac ein Wahlversprechen ein. Sein ehrgeiziges Verteidigungsprogramm aber stellt einen Kompromiß dar.

Nach der Verfassung teilen sich Staatspräsident und Premierminister die Führung der nationalen Verteidigung. Als Pläne Chiracs bekannt wurden, vorrangig auf die Entwicklung einer semi-mobilen ballistischen Mittelstreckenrakete S-4 *als zweite* französische Nuklear-Komponente zu setzen, drohte Mitterrand mit einem Veto. Seine Vorliebe gilt der nuklearen Unterseeboot-Flotte mit ihren strategischen Atomwaffen. Daran hat auch die Einschätzung der Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion von Reykjavik kaum etwas verändert. Chirac argumentierte, mit dem drohenden Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus Europa oder sogar der Null-Lösung, fehle in der Abschreckungsleiter eine Sprosse. Diese Lücke müsse Frankreich zu schließen versuchen.

Erst als die Zusicherung aus dem Hotel Matignon kam, die Priorität der Fost, der Force océanique stratégique beizubehalten und deren Modernisierung voranzutreiben, kam vom Elysée-Palais das Einverständnis zum Aufbau einer neuen terrestrischen Nuklearabschreckung im Mittelstreckenbereich. Die Kritik an der Umdeutung Chiracs zur Position der Kurzstreckenwaffen-Systeme Pluton und Hades blieb.

Nur der Präsident

Die Einsatzdoktrin der 5. Republik sieht vor, daß nur die Präsidenten die „oberste Entscheidungsgewalt" über die Anwendung der Atomwaffen besitzen. Dieses schienen die Gaullisten zumindest für den „prästrategischen" Nuklear-Einsatz in Frage stellen zu wollen. Es war Mitterrands Absicht, die fünf bisherigen Pluton-Regimenter den Armee-Corps zu entziehen, um einen Großverband unter seinem Oberbefehl zu bilden, weil nach seiner Ansicht die Kurzstreckenraketen eine „letzte Warnung" im Zusammenhang der gesamten französischen Nuklearabschreckung darstellen. Chirac dagegen hatte darauf bestanden, diese „Raketen-Artillerie" bei den Corps zu belassen, da das drohende konventionelle Übergewicht des Ostens nur durch eine enge Verknüpfung von konventioneller Verteidigung und der Drohung eines nuklearen *Gefechtsfeldschlages* ausgeglichen werden könne.

Die dem Parlament vorgelegte Verteidigungsplanung weist eindeutig wieder den Vorrang der atomaren Streitkräfte vor der herkömmlichen Rüstung aus:

– Strategische Atomwaffen: Die M-20 (3000 km, 1 Kopf) werden erneuert durch die M-4 (4000 km, 6 Mehrfachsprengköpfe), entwickelt wird eine M-5.

– Mittelstreckenraketen: Entwicklung der S-4 (3500 km, 1 Kopf), die die veralteten 18 Boden-Boden-Raketen auf dem Hochplateau Albion ersetzen sollen. Neu: In Krisengefahr transportabel.

– Kurzstreckenraketen: Die Pluton (weniger als 120 km) soll von der Hades (mehr als 350 km) abgelöst werden, voraussichtlich 1992, mögliche Bewaffnung mit Neutronen-Köpfen vorgesehen.

Wer soll es bezahlen?

Dazu will Frankreich den Flugzeugträger „Richelieu" auf Kiel legen, ein Flugzeugradarsystem anschaffen (Awacs, *Nimrod oder ein* umgerüsteter Airbus sind im Gespräch), mit einem neuen Kampfflieger Rafale die 250 Jaguar und 90 Crusader in den nächsten Jahren austauschen, sowie etwa 1400 Panzer des Typs Leclerc (57 t) einführen, den alten AMX 30 (37 t) bis zur Auslieferung 1991 mit neuen Kanonen und panzerbrechenden Raketen ausrüsten.

Diesem Verteidigungsprogramm Frankreichs stehen 474 Milliarden Francs zur Verfügung. Die französischen Militärpläne bis ins Jahr 2000 sind mit diesen Geldern einfach nicht zu finanzieren. Da die projektierten Vorhaben praktisch parallel, allenfalls zeitlich gestaffelt durchgezogen werden, stellt sich die Frage, wie dieser Finanzrahmen gerade für die „Force de frappe" ausreichen kann, wenn nicht darüber der konventionelle Bereich der Verteidigung ins Hintertreffen geraten soll.

In Gesprächen mit französischen *Militärs* wird daher ein *Gedanke* immer öfters diskutiert: Wir stehen mit der Bundesrepublik in einer Schicksalsgemeinschaft. Was wäre wenn wir den Deutschen als Ausgleich für eine eventuelle Lücke im amerikanischen Atom-Schirm nukleare Sicherheiten bieten würden. Da es der Bundesrepublik verwehrt ist, sich atomar zu bewaffnen, könnte sie quasi als Gegenleistung ihr Scherflein der konventionellen Rüstung Frankreichs zukommen lassen.

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen in Genf sowie des Generalkonsulats wird Dr. **Fredo Dannenbring**. Er wird in Genf Nachfolger von Botschafter Dr. **Hans Arnold**, der in Pension geht. Botschafter Dannenbring, Bremer, Jahrgang 1926, studierte Rechts- und Staatswissenschaften sowie Volkswirtschaft. Dem Auswärtigen Amt gehört er seit 1955 an. Er war auf Posten in Tokio und Ottawa, arbeitete an der deutschen Botschaft in Ankara und war von 1979 bis 1982 Ständiger Vertreter des Botschafters in Washington. Danach wurde er bis 1986 beurlaubt, um als stellvertretender Generalsekretär für politische Angelegenheiten beim NATO-Generalsekretariat in Brüssel zu arbeiten. Sein Nachfolger in Brüssel wird Dr. **Henning Wegener**, der bis vor einiger Zeit der deutsche Vertreter bei der Abrüstungskonferenz in Genf war.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Reinhard Burger** vom Institut für Immunologie und Serologie der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf die Stelle des Leiters der Abteilung Immunologie am Robert-Koch-Institut des Bundesgesundheitsamtes in Berlin erhalten.

*

Professor Dr. **Jürgen van de Loo**, Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Münster, wurde zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie gewählt.

VERANSTALTUNG

Asher Ben-Nathan, Israels erster Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, hat in Bonn während eines Empfanges in der israelischen Botschafterresidenz an seinen früheren Freund Axel Springer erinnert. Ben-Nathan, heute Vorsitzender der Israelisch-Deutschen Gesellschaft und Teilnehmer der Deutsch-Israelischen Konferenz in Bonn, gab 1967 seinen ersten Empfang in der Bundeshauptstadt, zu dem an die tausend Gäste kamen. In der Warteschlange hatte auch Verleger Axel Springer eine Stunde gestanden. Ben-Nathan: „Ich habe Springer damals gefragt, warum sind Sie nicht an den Wartenden vorbei sofort zu mir gekommen? Daraufhin sagte mir mein Freund Springer: Wir warten alle zusammen, um dem Botschafter die Hand drücken zu können." Ben-Nathan heute: „Das war Pionierzeit." Über die Pionierzeit sind, fast 20 Jahre später, die deutsch-israelischen Beziehungen längst hinausgewachsen. Israels heutiger Botschafter **Yitzhak Ben-Ari** kann inzwischen auf vielseitigem Vertrauen seine Diplomatie aufbauen. **Erik Blumenfeld**, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, dazu: „Die subtile Art seiner Diplomatie hat Botschafter Ben Ari so ganz besonders erfolgreich werden lassen."

EHRUNGEN

Zum Schluß des Internationalen Festivals der Filmhochschulen 1986 wurden in München die Preise verliehen. Die Jury unter dem deutsch-amerikanischen Regisseur **George Moorse** vergab vier gleichwertige Auszeichnungen, die diesmal nicht nach Kategorien aufgeteilt wurden: an „La Boule" (Der Ball) von **Simon Shor** (Royal College of Art London), „Seret Layala" von **Gur Heller** (Tel Aviv University), „Jeden minus Jeden" (Eins weniger eins) von **Natalia Koryncka** (Filmhochschule Lodz) sowie „Elso Konturok" (Erste Umrisse) von **Laszlo Kontur** (Budapest). Die Ausgezeichneten unter den Teilnehmern von 26 Filmhochschulen aus 14 Ländern erhielten Sachpreise, darunter Schnitt- und Kamerakoffer. Sonderpreise gingen nach dem einwöchigen Festival an „Les Slaggart" von **Joy Perino** (Royal College of Art London) für die beste Ausstattung sowie an „Zin" von **Paul Scholder** (Amsterdam). Als bestes Schulprogramm wurde das des Royal College of Art geehrt. Der Bayerische Rundfunk (BR) sowie das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), die das Festival unterstützen, kauften je vier Streifen an.

*

Monsignore **Jürgen Adam**, Domkapitular und Ausländerreferent der Diözese Rottenburg/Stuttgart, ist vom Erzbischof von Sarajewo, **Marko Jozinovic**, zum Ehrenkanoniker des Kathedralkapitels in Sarajewo ernannt worden. Der Erzbischof würdigte damit Adams Engagement für die über 90 000 kroatischen Katholiken, die im Bistum Rottenburg/Stuttgart leben.

WAHL

Die Delegierten der Bundeskonferenz '86 der Arbeiterwohlfahrt haben **Hermann Buschfort** (SPD) aus Bocholt zum Bundesvorsitzenden des Verbandes wiedergewählt. Buschfort (58) ist Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1965. Als früherer Parlamentarischer Staatssekretär bei dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie als ehemaliger Beauftragter für die Belange der Behinderten hat er sein Engagement seit Jahren der sozialen Ausgestaltung des Gemeinwesens gewidmet.

GESTORBEN

Der Nestor der Angewandten Psychologie und frühere Direktor des Instituts für Psychologie an der Universität Marburg, Professor Dr. **Heinrich Düker**, ist im Alter von 88 Jahren in Saarbrücken gestorben. Professor Düker war in der Zeit des Nationalsozialismus aus dem Hochschuldienst entlassen worden. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war er zunächst Oberbürgermeister von Göttingen, ehe er 1946 an die Universität Marburg berufen wurde und hier das Institut für Psychologie neu aufbaute.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Am deutschen Wesen ...?

„Demokratien, die sich einmischen": WELT vom 7. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

selbst bei jemandem, der von der „Lagevergessenheit" (Hans-Joachim Arndt) westdeutscher Politologie(n) nicht mehr überzeugt zu werden braucht, lösen die Auskünfte über die jüngste Jahrestagung der „Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft" Kopfschütteln, ja Entsetzen aus – auch wenn das, was berichtet wird, im Grunde Arndts Beurteilung auf unheimliche Weise geradezu bestätigt. Da haben sich vor einigen Jahren die Universitätspolitologen ideologisch und organisatorisch in – vergröbernd gesprochen – „Linke" und „Rechte" gespalten; und nun empfinden die „Rechten" nichts für erörterungsbedürftiger, als über Möglichkeiten einer demokratischen Weltrevolution – auf friedlichem Wege, versteht sich – „wissenschaftlich" nachzugrübeln.

Der von dieser Seite gerne in Anspruch genommene Max Weber hätte die ungeachtet jedweder politischen Verantwortung mit absolut gesetzten Werten und Feindbildern hantierenden Weltverbesserungsstrategen ihrer gefährlichen Gesinnungstäterschaft, d. h. ihrer Stellung als geistiger Weltbürgerkrieger, sicher unverblümt zu überführen gewußt. Werden wir Deutschen denn nie damit aufhören, die übrige Welt – in welch wechselvollen Geistesgewändern auch immer – unseres vermeintlichen sittlichen Wesens mit bestem Gewissen teilhaftig werden zu lassen?

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Schwickert,
Dudweiler/Saar

Zweimal Gewerkschaft

„Der DGB hätte sich viel Kritik ersparen können": WELT vom 2. November

Es ist schon etwas Merkwürdiges, ja zutiefst Beschämendes am Kurs gewisser Gewerkschaften im „kapitalistischen" Deutschland. Die bankrotte Neue Heimat brachte es an den Tag.

Nepotismus, Bereicherung, Manipulierung und Schiebung, Funktionärsarroganz und Bonzenkorruption – lauter Attribute, die bislang als typisch galten für die Staatsgewerkschaften im kommunistisch besetzten Europa. Greift diese Seuche nun nach Westen über, quasi als „grenzüberschreitendes", „blockübergreifendes" Dekadenzphänomen?

Polens Solidarność entstand im Kampf gegen Diktatur, Unterdrükkung, Volksausbeutung, Lüge und Fremdherrschaft: ein heroisches Kapitel der Arbeiterselbstbefreiung. Michnik, Kuron, Frasyniuk, Lis, Popieluszko, Bujak werden noch im 21. Jahrhundert Vorbildcharakter besitzen.

Und in der Bundesrepublik Deutschland? Eingetragen hat sich der DGB mit den Namen Vietor, Lappas, Hensche, Breit, Ferlemann & Co. in ein schmachvolles Geschichtskapitel der deutschen Arbeiterbewegung. Es gibt nicht wenige „Proletarier" hierzulande, die da fragen: Wann endlich erscheint unser Walesa?

Der Sumpf ist tief, deshalb tut eine deutsche „Solidarität" not.

Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Umstrittenes Interview

„Nicht so gemeint": WELT vom 3. November

Macht es sich Herr Kremp nicht etwas zu leicht, wenn er Generalsekretär Gorbatschow besondere Empfindlichkeit und sogar Bösartigkeit unterstellt, weil die Reaktion der Russen auf die äußerst unglückliche – vorsichtig ausgedrückt – Äußerung des Bundeskanzlers entsprechend scharf ausfällt?

Es ist schlimm, daß immer wieder Aussagen von Politikern nachträglich in der Presse „richtiggestellt", „erläutert" und als „nicht so gemeint" abgeschwächt werden müssen.

Wenn jetzt Regierungssprecher Ost den Journalisten von „Newsweek" mangelnde Fairness vorwirft, weil sie den bösen Satz nicht aus dem Interview herausgestrichen haben, so ist das der Gipfel der Peinlichkeit.

Liesel Schmieder,
Heidelberg

*

„Kohl: Ich wollte ihn nicht beleidigen": WELT vom 3. November

Unser Bundeskanzler bewies in den *letzten Jahren zweifellos seine* Fähigkeiten. Daß er sich aber auf internationalem Parkett wie der Esel auf dem Eis benimmt, wurde schon mehrfach deutlich. Weder reichen seine verbalen Fähigkeiten an die seines Vorgängers heran noch hat er die rhetorischen Voraussetzungen, um sich in das Licht der Weltöffentlichkeit in die vordere Reihe zu stellen.

Seine Entgleisung, Herrn Gorbatschow in einem Atemzug mit dem Propagandaminister des Dritten Reichs, Herrn Goebbels, zu erwähnen, ist jedoch weit mehr, als nur ein Fauxpas. Es ist einem Schlag mitten ins Gesicht des Vertreters des russischen Volkes gleichzusetzen.

Die derzeit unrühmliche Figur unseres Bundeskanzlers wird nur noch von seinem Regierungssprecher übertroffen. Es mag sein, daß der ehemalige Arbeitgeber des Herrn Ost um einen fähigen Mitarbeiter ärmer ist; eine Bereicherung der Regierung ist er jedenfalls nicht.

Bedauerlich und nicht minder gefährlich ist jedoch eine Tendenz, die leider auch von den Vertretern der Opposition zunehmend in der Weise gebraucht wird, daß einem selber mißfallende Dinge, die auf Recht und Gesetz basieren, immer einen Vergleich mit Geschehnissen aus dem Dritten Reich bedürfen.

Die deutsche Kulturgeschichte sowie die internationale bieten wahrhaft würdigere Vergleiche und Zitatsmöglichkeiten an.

Dr. Peter Sellenthin,
Berlin 51

*

Die Sowjetpresse hat das Thema ihren Lesern gar nicht vermittelt. In Kenntnis dessen macht der SPD-Fraktionschef Vogel im Bundestag Radau. Also gilt für ihn, die Kreml-Führung mehr zu schonen als die Regierung des eigenen Landes. Wer so handelt, hat sich als Oppositionsführer für unsere Demokratie disqualifiziert.

Die Grünen-Fraktionssprecherin Borgmann sollte den Rücktritt der Kreml-Führung fordern, wenn diese uns Bundesbürger pauschal als Revanchisten und Faschisten bezeichnet.

Hans Buchin,
Wennigsen/Deister

Sehr geehrte Damen und Herren,

was uns die öffentlich-rechtlichen Medien beim Breittreten des Kanzler-Interviews vorenthalten haben, ist die vielsagende Tatsache, daß Moskau die eigene Bevölkerung nicht darüber informiert hat. Die Gründe lassen sich nur vermuten. Wollte Moskau die Menschen erst gar nicht auf den Gedanken bringen, Vergleiche zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten selbst anzustellen? Oder sollte verheimlicht werden, daß deutsche Politiker, die in den östlichen Medien seit eh und je als „Nachfolger des Hitlerfaschismus" öffentlich verunglimpft werden, auch einmal aufmucken?

Mit freundlichen Grüßen
Christian Linden,
Brühl

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist in diesen Tagen wieder die Rede von der Aufgabe der Politiker, laut Amtseid, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden". Die gleiche Aufgabe haben aber doch wohl auch die Politiker der Opposition und eigentlich alle Bürger des Landes.

Glauben nun Herr Brandt und andere, daß ein Hochspielen des umstrittenen Vergleichs, im Sinne Moskaus, nicht uns allen zum Schaden gereicht?

Der Verdacht ist wohl berechtigt, daß hier Wahlkampf gemacht wird ohne Rücksicht auf Verluste des Ansehens der Bundesrepublik.

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. Gustav Imhof,
Essen 14

Sinneswandel

„Herzverpflanzung gilt nicht mehr als dekadent": WELT vom 1. November

Die erste Herztransplantation in der Sowjetunion fand nicht 1986, sondern 1970 statt, drei Jahre nach Barnard. Meines Wissens wurde sie durchgeführt von Professor Michail Kuzin, einem Bauernsohn von der Wolga, der damals Rektor des ersten Medizinischen Instituts von der UL Pirogovskaya war. Dieses Institut ist die größte medizinische Fakultät Rußlands.

Interessanterweise war der damalige All-Unions-Gesundheitsminister, Professor Petrowitsch, der Professor Kuzin stark unterstützte, gleichzeitig Direktor des Instituts für experimentelle Chirurgie an der Fakultät. Die Verbindung zwischen experimenteller Chirurgie und Herzverpflanzung ist evident.

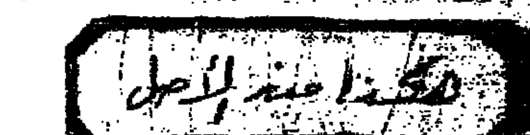
Richtig an Ihrem Beitrag ist, daß über die „Dekadenz" des Westens im Zusammenhang mit Herzverpflanzungen tatsächlich lange diskutiert worden ist. Man wollte sich aber offensichtlich auch den Rang nicht ablaufen lassen.

Dr. Karl Heinz Caspers,
Bad Füssing

Wort des Tages

» Die Freiheit ist ein Luxus, den sich nicht jedermann gestatten kann. «

Otto von Bismarck, deutscher Staatsmann (1815–1898)



TENNIS

Viermal Boris Becker

jan, Köln

Wenn es nach Ion Tiriac geht, dann hat die riesige Tennis-Gemeinde dieses Sports in der Bundesrepublik Deutschland bald „die einzigartige Gelegenheit", einen Nachholbedarf zu stillen. Da sich Wimbledonsieger Boris Becker mangels bedeutender Turniere in der Heimat so rar macht, veranstaltet sein Manager mit den Ford-Werken als Sponsor im Januar und Februar kommenden Jahres den „Boris Becker Challenge Cup".

Binnen fünf Wochen wird der dann 19jährige in vier deutschen Städten auf vier Gegner aus den Top-Ten der Welt treffen. Am 3. Januar spielt Bekker in der Berliner Deutschlandhalle gegen Henri Leconte (Frankreich), tags darauf in der Frankfurter Festhalle gegen Jimmy Connors (USA), am 7. Februar in der Dortmunder Westfalenhalle gegen Stefan Edberg (Schweden) und am 9. Februar in der Rudi-Sedlmeyer-Halle in München gegen Miroslav Mecir (CSSR).

Daß dabei „ausgewähltes und hochklassiges Tennis" zu sehen sein wird, versteht sich für Tiriac, der sich auch um Übertragung im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) bemüht, von selbst. Dies würden keine Schaukämpfe, sagte der Rumäne, „Boris fordert seine Gegner heraus".

STANDPUNKT

Der Protest gegen miese Winkelzüge

Gens una sumus („wir sind eine Familie") – dieses hübsche, aber auch verpflichtende Motto steht im Wappen des Internationalen Schachverbandes (FIDE). Am Samstag beginnt die Schach-Olympiade, die Mannschafts-Weltmeisterschaft und größte Veranstaltung unter dem Dach des Verbandes, im arabischen Emirat Dubai. Präsident Florencio Campomanes, ein Filipino mit vielen Freunden in Moskau, hat es offensichtlich so gewollt. Die absehbare Folge: Israel wurde gar nicht erst eingeladen. Der deutsche Großmeister Eric Lobron wird deshalb *nicht an den Spielen teilnehmen*. In einem offenen Brief, den die WELT nachfolgend abdruckt, begründet er seinen Standpunkt:

„Ich werde an der Schach-Olympiade nicht teilnehmen, wobei sich das Hauptgewicht meiner persönlichen Entscheidung wie folgt begründet:

Die Vergabe der Olympiade an Dubai durch das FIDE-Gremium, welches sicherlich auf Initiative des nicht immer gemeinnützig regierenden Campomanes gehandelt hat, ist schließlich ein Skandal. Und zwar, weil von vornherein klar war, daß die israelische Mannschaft keine Einladung erhalten werde. Dieses Vorgehen widerspricht sowohl dem allgemeinen olympischen Geist als auch dem Leitgedanken der FIDE ‚Gens una sumus'. Es handelt sich somit meines Wissens um einen Präzedenzfall, bei dem ein Ausrichter einen ansonsten zur Teilnahme berechtigten ordentlichen Staat boykottiert und nicht umgekehrt. Um dies zu ermöglichen, wurden sogar casuistische Änderungen in der FIDE-Satzung vorgenommen.

Auch der Deutsche Schach-Bund hält diesen Beschluß für falsch, sieht aber in einem Boykott ein ‚untaugliches Mittel', um dagegen vorzugehen.

Ich muß zugeben, daß mir mein Entschluß nicht leichtgefallen ist, da die doppeljährlich ausgetragene Olympiade nicht nur aus sportlicher, sondern auch aus gesellschaftlicher Sicht zu den herausragenden Ereignissen der internationalen Turnierarena zu zählen ist. Aber wie viele andere westliche Spitzenspieler auch sehe ich keine Alternative, um gegen die Willkür von Campomanes und seinen Gesellen vorzugehen, als diesmal zu verzichten."

ERIC LOBRON

SCHWIMMEN / Drastische Entscheidung wegen der Kritik von Harm Beyer

Sporthilfe stoppt die Unterstützung

dpa/sid, Frankfurt

Die Deutsche Sporthilfe hat drastisch auf die massive Kritik von Harm Beyer, Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), reagiert. Gestern beschlossen geschäftsführender Vorstand und Gutachterausschuß der Stiftung, die Förderungszahlungen an die Spitzenschwimmer mit Wirkung vom 1. Dezember „vorsorglich zu unterbrechen". Harm Beyer, der den Ausstieg seines Verbandes aus dem Leistungssport angekündigt hatte („*Olympiasieger oder lebensfähiger Mensch*") wurde zu einem „klärenden Gespräch" am 25. November aufgefordert. Danach soll entschieden werden, ob die Schwimmer weiter finanziell unterstützt werden. Auch der Bundesausschuß für Leistungssport trägt die Entscheidung der Stiftung mit. Der DSV wurde 1985 von der Sporthilfe mit 1 336 700 Mark gefördert, mehr erhielten nur die Leichtathleten (1,39 Millionen Mark).

Der Beschluß der Stiftung hat innerhalb des DSV heftige Reaktionen ausgelöst. Aktiven-Sprecher Dirk Korthals: „Das haben wir jetzt davon. Wenn es bei dieser Entscheidung bleibt, werden viele Sportler aufhören. Ich auch." Korthals („Ich glaube *nicht, daß die Sporthilfe uns fallen läßt*") hatte schon am Montag gesagt, zwischen den Aktiven und Harm Beyer gebe es keine Gemeinsamkeiten mehr. Marli Banz, als Jugendwartin Mitglied des DSV-Präsidiums, sagt dagegen: „Wenn eine berechtigte kritische Frage gestellt wird und die Sporthilfe derartig kindisch reagiert, hat die Arroganz und Selbstgefälligkeit von Sportfunktionären für mich eine Grenze der Eitelkeit und Selbstgefälligkeit erreicht, die kaum noch zu überbieten ist."

Harm Beyer selbst war nur zu einer kurzen Stellungnahme bereit: „Ich habe Herrn Dr. Neckermann inzwischen gebeten, die Aktiven nicht ausbaden zu lassen, daß ich mich – wie die Sporthilfe glaubt – falsch verhalten habe." Der DSV-Präsident hat sein Erscheinen zu dem Gespräch am 25. November zugesagt. Er hatte sich bei all seinen Aktionen in der letzten Zeit auf eine „Mehrheit im Deutschen Schwimmverband" berufen."

GALOPP / Hindernisrennen – der Abstieg einer einst attraktiven Disziplin

Müde Pferde, Jockeys über Lautsprecher gesucht . . .

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Der Hindernisjockey Dennis Victor Sherwood liegt immer noch im Koma. In der Universitäts-Klinik Düsseldorf wurde er nach einem Sturz am Samstag in Neuss am Gehirn operiert. Sherwood stürzte in einem Hindernisrennen. Tragischer Anlaß für eine deutsche Situationsbeschreibung dieser Turf-Disziplin, die sich hierzulande in einem tristen Zustand befindet.

Das Pferd heißt Glücksbube und hatte das Pech (oder das Glück?), am letzten Sonntag in Köln nicht starten zu können. Wallach Glücksbube war eigens aus München an den Rhein transportiert worden – zu einem Hindernisrennen. Doch es fand keinen Reiter. Mario Werning, als Jockey vorgesehen, hatte sich beim Ausladen eines Pferdes am Fuß verletzt. Nun wurde über Lautsprecher auf der Bahn in Köln-Weidenpesch verzweifelt ein Hindernisjockey gesucht. Hätte ja einer zufällig unter den Zuschauern sein können, war aber nicht. Chef-Rennleiter Peter Tasch: „Das war schon peinlich."

Im Westdeutschen Haupthürdenrennen vor zwei Wochen in Mülheim/Ruhr belegten zwei Pferde aus der Schweiz – *nicht gerade ein Paradies* des Galopprennsports – die ersten Plätze. Der Jockey des Siegers war Ben de Haan (27), ein Engländer, der 1983 mit Corbiere das Grand-National, das weltweit bedeutendste Hindernis-Spektakel, gewonnen hatte.

Nur zwei Beispiele, die die Situation auf den deutschen Galopprennbahnen widerspiegeln: Der Hindernissport bewegt sich derzeit wie noch nie in seiner Geschichte in einem Stadium der absoluten Hoffnungslosigkeit.

Der Herbst ist traditionell die Hochsaison dieses Sports, der für das Publikum so attraktiv ist. Aber für das Raab-Karcher-Jagdrennen über 6800 Meter am Sonntag hat der Veranstalter Mühe, überhaupt ein akzeptables Feld an den Start zu bringen. Die 20 000 Mark für den Sieger aus der Firmenkasse des Sponsors sind allerdings für eine derartige Strapaze auch nur geringer Anreiz.

Norbert Sauer (47) aus Dortmund, elfmal Champion der deutschen Hindernisreiter, sagt: „Wenn man einen Verantwortlichen der Rennvereine anspricht, winken doch alle sofort ab. Ich muß mit meinen Pferden durch die Gegend fahren, um ein einigermaßen vernünftiges Training durchführen zu können. Es hapert aber auch schon am Aufbau innerhalb des Rennsystems. Man kann mit einem Hindernispferd überhaupt nicht mehr unten anfangen und es in Ruhe an die Spitze führen. Mein Gefühl: es will gar keiner mehr Hindernisrennen haben."

Ein Gefühl, das durch Beispiele belegt werden kann: Der einst so beliebte Jagdkurs von Dortmund-Wambel wurde zugunsten der Winterbahn demontiert. Auch Köln trennte sich von seiner Jagdbahn und läßt nur noch Hürdenrennen laufen. Und die bieten dann teilweise auch noch ein Bild des Grauens – zuletzt am 29. Oktober, als sich die Pferde des Ferrari-Formula-Rennens entkräftet ins Ziel schleppten.

Dabei besitzt der deutsche Hindernisport mit Stefan Wegner (25) aus Bremen immerhin noch einen Mann, der sich im April 1985 im englischen Cheltenham den (inoffiziellen) Titel eines Weltmeisters der Hindernisjokkeys sicherte. Und Trainer Hein Bollow (66) hat mit dem Hengst Hakimi kürzlich sogar ein größeres Rennen im norwegischen Ovrevoll gewonnen. *Auch Fußball-Nationalspieler* Klaus Allofs ließ vor Jahren seinen Trupper in Belgien laufen und kassierte die Siegprämie. Derartige Widersprüche können noch durch eine weitere Tatsache belegt werden: Aus dem Kreis ehemaliger Hindernisreiter kommen etablierte Trainer. Aber sie scheuen heute teilweise ebenfalls das erhöhte Risiko, das mit Hindernisrennen nun einmal verbunden ist.

Ein Versuch des Union-Klubs, spezielle Hindernis-Renntage in Düsseldorf zu veranstalten, scheiterte schon nach dem zweiten Versuch. Düsseldorfs Geschäftsführer Enno Ferdinand Albert hat jetzt ein Konzept entwickelt, mit dem der Hindernissport wieder belebt werden könnte. Er will Trainer und Besitzer mit interessan*ten Sonderprämien locken*. Zu befürchten ist dabei aber, daß von ihnen nur die Trainer Uwe Stoltefuß, Norbert Sauer, Andreas Wöhler und Harald Grube angespornt werden. In diesem kleinen Kreis wird der Hindernissport betrieben – der Rest ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur Kulisse.

Championtrainer Heinz Jentzsch (66) aus Köln hat zum Beispiel seit Jahren kein Pferd mehr in einem Hindernisrennen vorgestellt. Wenn normale Flachrennen in so kleinen Orten wie Blieskastel-Webenheim, auf dem *Watt von Cuxhaven-Duhnen oder* dem Sportplatzkurs von Drensteinfurt nur ein wenig höher dotiert wären, Jentzsch würde seine Pferde eher dorthin schicken, bevor er an Hindernisrennen denken würde. Diese Sparte des Turfs scheint aus dem Gedächtnis des erfolgreichen Trainers von Acatenango gestrichen. Angeblich findet er keinen Jockey für die Rennen, die Besitzer wollten auch nicht so recht – der Trainer, so scheint es, ist ganz froh darüber. Sein nicht *minder renommierter Kollege* Sven von Mitzlaff (72) hält es ähnlich.

So wundert es nicht, wenn mit der neunjährigen, eher tapferen als schnellen Stute Ottilie hierzulande ein Pferd die großen Hindernisrennen gewinnt, das eher aus der Not heraus in dieser Disziplin an den Start geschickt wird. Die Stute ist dreimal vergeblich gedeckt worden und war auf der Flachbahn zu langsam. Ererbtes Springtalent und ungeheurer Kampfesmut reichen schon dafür aus, daß Ottilie zum zweiten Mal deutsches „Hindernispferd des Jahres" werden wird.

Und so ist die brave Stute auch die Attraktion des Raab-Karcher-Jagdrennens am Sonntag. Als dieses Rennen noch Underberg-Jagdrennen hieß, zählte es zu den Attraktionen des deutschen Turfs. Lang, lang ist es her.

NACHRICHTEN

Littbarski nach Berlin?

Berlin (sid) – Blau-Weiß 90 Berlin, Tabellen-Vorletzter der Fußball-Bundesliga, verhandelt mit Nationalspieler Pierre Littbarski, der zur Zeit nur *Reservist beim französischen Erstli*gaverein Racing Club Paris ist. Littbarski, so heißt es, wolle auf Leihbasis nach Berlin wechseln.

Schuster klagt

München (sid) – Fußballprofi *Bernd Schuster hat seinen* Klub, den FC Barcelona, auf vier Millionen Mark Schadensersatz verklagt. Wie die Illustrierte „Bunte" meldet, gehe Schuster gegen den Vorwurf vor, er leide an manischer Depression.

FC Bayern mit Gewinn

München (sid) – Der deutsche Fußballmeister FC Bayern München hat im Geschäftsjahr 1985/86 bei 22,3 Millionen Mark Umsatz einen Gewinn von 576 000 Mark erwirtschaftet. Dies wurde auf der Jahreshauptversammlung bekanntgegeben.

Langer auf Rang zwei

London (sid) – Golfprofi Bernhard Langer aus Anhausen belegt in der aktuellen Weltrangliste mit 1051 Punkten Rang zwei hinter dem Australier Greg Norman (1212).

ZAHLEN

FUSSBALL

Länderspiel „U 18": Bundesrepublik Deutschland – Holland 2:1 (0:1).

TENNIS

Grand Prix der Damen in Worcester (250 000 Dollar), Finals. Einzel: Navratilova (USA) – *Mandlikova (CSSR)* 6:2, 6:2. – Doppel: Navratilova/Shriver (USA) – Kohde-Kilsch/Sukova (Bundesrepublik Deutschland/CSSR) 7:5, 6:3. – **Schaukampf** in Kaarst: Tuslasne (Frankreich) – Lloyd (England) 6:2, 7:6, Leconte (Frankreich) – Mecir (CSSR) 6:1, 6:2.

GEWICHTHEBEN

***WM** in Sofia, Leichtgewicht (bis 67,5* kg): 1. Petrow 342,5 (Reißen 155/Stoßen 187,5), 2. Tupurow (beide Bulgarien) 337,5 (152,5/185), 3. Seweryn (Polen) 322,5 (145/177,5).

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 411 258,90, 2: 153 397,70, 3: 5292,20, 4: 110,30, 5: 8,90. – **Toto**, Elferwette: 1: 8621,30, 2: 287,10, 3: 25,80. – 6 *aus 49: 1: unbesetzt, Jackpot* 471 587,75, 2: unbesetzt, Jackpot 239 970,70, 3: 6625,80, 4: 158,00, 5: 14,50. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 93,10, 2: 27,40. – Rennen B: 1: 263,40, 2: 175,60. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 166 492,80. (ohne Gewähr)

Kanal der „Südschiene“ geht an SAT 1

lz. München

Das deutsche Privat-Fernsehen ist einen bedeutenden Schritt vorangekommen: Nach dem grundlegenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach private Funk- und Fernsehprogramme ausdrücklich gebilligt werden, entschied nun eine neunköpfige Kommission der drei Südländer Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, der Satelliten-Fernsehgesellschaft SAT 1 einen Kanal auf dem direkt strahlenden Satelliten TV-Sat zu überlassen.

Mit sieben zu zwei Stimmen wurde die erforderliche Mehrheit genau erreicht; zwei Kommissionsmitglieder aus Baden-Württemberg hatten ihre Zustimmung versagt. Über dieses am Montag abend in München getroffene Votum müssen jetzt die Medienzentralen der drei Länder abstimmen.

Die Kommission war durch den Staatsvertrag dieser Länder („Südschienen-Vertrag“) gehalten, unter den 13 Bewerbern allein denjenigen auszuwählen, der die „bessere Gewähr“ vor allem für Meinungsvielfalt und vielfältige Nutzungsinhalte bietet.

Die Auswahl erfolgte nach Mitteilung der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien auch deshalb sehr sorgfältig, weil der Bewerber, dem die Satellitennutzung zugesprochen wird, auch das Senderecht auf den terrestrischen Frequenzen erhält. Dies aber ist für die mögliche Zahl der Zuschauer bedeutend; denn während für den Satellitenempfang ein zusätzlicher Parabolspiegel notwendig ist, kann das terrestrische Programm, wie es in München probeweise läuft, über die normale Fernsehantenne bezogen werden.

Die Kommission verknüpfte ihren Beschluß jedoch mit einer Reihe von Auflagen. So darf keiner der sechs SAT 1-Partner eine Mehrheit oder einen beherrschenden Einfluß erhalten, ein Programmbeirat muß errichtet und die Grundstruktur des vorgelegten Programmangebots „unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt“ beibehalten werden.

Sollten die drei Landes-Medienanstalten dem Kommissionsvorschlag folgen, wird das SAT 1-Programm zuerst auf der Münchner Frequenz zu sehen sein. Wann weitere Städte folgen, hängt von Verhandlungen mit der Bundespost ab. Der TV-Sat wird voraussichtlich im nächsten Frühjahr gestartet.

Lambsdorff: Ein Täuschungsmanöver von DGB und SPD bricht zusammen

Bundesbauminister sieht in dem Rückkauf der NH den Irrweg der Gewerkschaften bestätigt

D.G./hrk. Bonn/Berlin

Die überraschende Wende in der Neue-Heimat-Affäre mit dem angekündigten Rückkauf durch die Gewerkschaften und der Gründung einer Auffanggesellschaft unter Beteiligung der gewerkschaftseigenen Finanzgesellschaft BGAG hat in Bonn zu heftigen Reaktionen geführt.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, sagte der WELT: „Wenn es tatsächlich dazu kommt, daß die BGAG alleine oder mit anderen die Neue Heimat von Herrn Schiesser zurückerwirbt – diesmal vielleicht für eine halbe Deutsche Mark –, dann sehe ich darin den Zusammenbruch eines großangelegten Täuschungsmanövers von DGB und SPD gegenüber der deutschen Öffentlichkeit.“

„Von Breit trennen“

Lambsdorff fügte hinzu: „Beide, die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten, tragen die Verantwortung für einen der schlimmsten Wirtschaftsskandale der Nachkriegszeit in Deutschland.“ Der frühere FDP-Wirtschaftsminister wiederholte seine Forderung nach Rücktritt des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. Dieser sei nämlich verantwortlich für den Verkauf der Neuen Heimat an Schiesser und die danach eingetretene dramatische Entwicklung des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens. Der DGB müsse sich endlich von solchen Leuten wie Breit und Lappas trennen, wenn er wieder glaubwürdig werden wolle.

Kritisch äußerte sich auch Wohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU). „Mit dem Rückkauf der Neuen Heimat hat die DGB-Führung deutlich gemacht, welchen Irrweg sie mit dem Verkauf an Herrn Schiesser beschritten hatte.“ Offenbar habe der DGB eingesehen, daß sein Versuch, sich aus der Verantwortung für Mieter und Mitarbeiter der Neuen Heimat zu stehlen, gescheitert sei. Der Minister versicherte, der Bund werde sich an einer Auffanggesellschaft für die Neue Heimat nicht beteiligen. Es wäre allerdings zu begrüßen, wenn potente Unternehmen der Wohnungswirtschaft in diese Gesellschaft einträten. Dann wären die Interessen der Mieter voll gewahrt.

Der Berliner Brotfabrikant Horst Schiesser, der bei den Gläubigerbanken mit seinem Sanierungskonzept für die Neue Heimat scheiterte, sagte gestern: „Unser Zahlenmaterial sah eindeutig so aus, daß die Neue Heimat zu sanieren ist und eine gute Zukunft haben kann. Wenn die Banken nicht mit uns zusammenarbeiten wollen, werden wir eine andere Entscheidung fällen.“ Schiessers Generalbevollmächtigter Gottfried Wurche versicherte der WELT auf die Frage nach möglichen Gewinnen für Schiesser aus der Transaktion: „Herr Schiesser wird die angekauften Anteile nicht so ohne weiteres freiwillig herausgeben.“ Im übrigen sei eine Schadensersatzpflicht der BGAG „in jedem Falle“ gegeben.

Risiko falsch eingeschätzt?

Von einer „Blamage erster Ordnung“ für den Deutschen Gewerkschaftsbund und für den Unternehmer Schiesser sprach der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger vor den Bundestagsabgeordneten der beiden Unionsparteien. Schiesser habe die mit der Übernahme der Neuen Heimat verbundenen Risiken offenbar völlig falsch eingeschätzt. Dregger forderte den DGB auf, zügig ein seriöses und tragfähiges Sanierungskonzept für die Neue Heimat zu erarbeiten. „Mit der fortlaufenden Verunsicherung der Mieter durch den DGB muß endlich Schluß sein.“

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel äußerte sich kritisch. Im Fall Neue Heimat könnte die SPD nur noch mit „zähneknirschender Solidarität“ zu den Gewerkschaften stehen. Diese hätten die Gesetze des Handelns in solchem Ausmaß aus der Hand gegeben, daß es schwer sei, die jüngsten Entscheidungen mit Gelassenheit zu verfolgen.

Sowjets mußten Fabrik schließen

rtr. Moskau

Eine drohende Umweltverschmutzung hat die sowjetischen Behörden gezwungen, eine Fabrik in der Nähe der Grenze nach Finnland zu schließen. Wissenschaftler erläuterten gestern in der Parteizeitung „Prawda“, es habe die Gefahr bestanden, daß die am Ladoga-See gelegene Fabrik für Papier-Rohmasse das Trinkwasser verseucht hätte. Daraufhin sei die Anlage Mitte Oktober geschlossen worden. Vom Ladoga-See hängt unter anderem die Wasserversorgung Leningrads ab. Die Wissenschaftler teilten mit, das zuständige Ministerium in Moskau habe sich gegen die Schließung gewehrt, weil dadurch die Erreichung der Planziele gefährdet sei.

Verfolgung wie im Fall Sacharow

KNA, Kiew/London

Die russische Dichterin Irina Ratuschinskaja und ihr Ehemann Igor Geraschtschenko sind erneut Pressionen ausgesetzt, die an die Maßnahmen gegen den Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow erinnern. Wie das britische Ostinstitut „Keston College“ jetzt erfuhr, wird auch bei Irina Ratuschinskaja und ihrem Ehemann der Empfang von Radiosendungen gezielt gestört. Außerdem hört der Geheimdienst KGB ihre Telefongespräche ab. Die Dichterin hat wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ eine zwölfjährige Haftstrafe verbüßt, weil sie als orthodoxe Christin religiöse Gedichte veröffentlicht hatte.

Unions-Programm mit CSU-Nuancen

rtr. Bonn

CDU und CSU haben sich auf ein gemeinsames Programm für die Bundestagswahl 1987 geeinigt. Die Generalsekretäre Heiner Geißler und Gerold Tandler wollen es morgen zeitgleich in Bonn und München der Öffentlichkeit vorstellen. Aus CSU-Kreisen in München verlautete, es gebe in einigen Punkten unterschiedliche Formulierungen und außerdem Ergänzungen der CSU. Genannt wurden hierzu die Bereiche Asylrecht, Südafrika, Europa- und Steuerpolitik. Bei den letzten beiden Punkten geht es offenbar um die Kompetenz der Bundesländer in der „Europäischen Akte“ sowie um eine steuerstundende Investitionsrücklage.

Börner kritisiert Zukunftsforscher Robert Jungk

dpa, Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat das Auftreten des Zukunftsforschers Robert Jungk während der Demonstration gegen die Hanauer Nuklearbetriebe am vergangenen Wochenende heftig kritisiert.

Wie der Regierungschef gestern in Wiesbaden deutlich machte, habe Jungk mit den Aufrufen zur Gewalt „seine moralische Autorität mißbraucht“. Die Steine, die dann geflogen seien, hätten auch das „eigene Denkmal“ des 73jährigen getroffen.

Der Wissenschaftler hatte den etwa 15 000 Demonstranten zugerufen: „Hauptsache Widerstand, egal ob friedlich oder militant“. Später fügte er hinzu: „Macht kaputt, was euch kaputt macht.“ Die Hanauer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Jungk wegen des Verdachts der Volksverhetzung und aufwieglerischen Landfriedensbruchs.

Die Grünen im Bundestag haben unterdessen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Zukunftsforscher gefordert. Wie die Fraktion erklärte, sei das Verfahren „ein Anschlag auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung“.

Fall Sommerhoff ist entschieden

rmc. Bonn

Das Verhalten des Amtschefs der Luftwaffe, Generalleutnant Sommerhoff, im „Fall Wachsoldat“ hat jetzt zu ersten Konsequenzen geführt. Wie die WELT erfuhr, hat der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Eimler, offensichtlich disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen Sommerhoff eingeleitet. Einzelheiten darüber wurden jedoch nicht bekannt.

Sommerhoff hatte am 16. Oktober bei einer routinemäßigen Sicherheitskontrolle an der Hauptwache des Bundesverteidigungsministeriums auf der Hardthöhe einem Wachposten im Dienstgrad eines Fahnenjunkers der Feldjäger seine geladene Dienstpistole so vorgezeigt, daß sich der Soldat dadurch bedroht fühlte. Durch die schriftliche Meldung, die der Wachposten seinen Vorgesetzten erstattete, war das dienstrechtliche Verfahren ins Rollen gebracht worden.

„Pax Christi“ und das Wort vom „Drohsystem“

GERNOT FACIUS, Bonn

Karl Braun, Bischof von Eichstätt, fragte mit allen Anzeichen der Irritation: Wo ist hier das eigentlich Katholische? Seinen Rücktritt vom Präsidentenamt der katholischen Friedensgruppe „Pax Christi“ im Sommer dieses Jahres begründete er offiziell mit Arbeitsüberlastung – er ist unter anderem Großkanzler der Katholischen Universität seiner Heimatstadt – in Wirklichkeit konnte sich aber auch Braun der Einsicht nicht verschließen, daß „Pax Christi“ längst zu einem Anhängsel der politischen „Friedensbewegung“ geworden ist.

Die jüngste Delegiertenversammlung von „Pax Christi“ auf Burg Feuerstein bei Bamberg ist die letzte Etappe der Hinwendung zur grün-alternativen Szene. Mit 135 gegen 14 Stimmen bei vier Enthaltungen wurde eine Erklärung mit dem Titel „Verweigerung der Kriegsdienste“ verabschiedet, die die Organisation nicht *nur auf Konfrontationskurs zu den* demokratischen Bundestagsparteien bringt, sondern auch einen Konflikt mit der Deutschen Bischofskonferenz heraufbeschwört.

„Was die Delegierten auf Burg Feuerstein in Richtung Bundeswehrsoldaten zündeten, ist in dieser Form auf katholischem Boden noch nicht zu Papier gebracht worden“, entrüstete sich die Katholische Nachrichtenagentur in einem Kommentar.

Konflikt mit den Bischöfen

Sie zitiert: Der Bundeswehrsoldat versehe heute einen Dienst im Rahmen eines Abschreckungssystems, „das die permanente Aufrüstung vorantreibt, die Kriegswahrscheinlichkeit erhöht und der Förderung von Gerechtigkeit entgegensteht“. Und weiter: Mit seinem Dienst stütze der Soldat in besonderer Weise ein „Drohsystem, dem Pax Christi jede Legitimation abspricht“. Jeder Wehrpflichtige, Reservist, Berufs- und Zeitsoldat sollte, so der Rat von „Pax Christi“, sich selber prüfen, ob nicht auch für ihn die Kriegsdienstverweigerung eine „gebotene Handlungsweise“ ist. Der Kriegsdienstverweigerer bezeuge mit seinem Handeln eindeutig die Gewaltfreiheit, die „Pax Christi“ im Evangelium begründet sieht.

Im Friedenswort der Bischöfe aus dem Jahre 1983 wird der Waffendienst als Friedensdienst gewürdigt. Und die Abschreckungsdoktrin ist nach übereinstimmender Meinung der Bischöfe noch hinnehmbar; allerdings müsse nach Möglichkeiten ihrer Überwindung gesucht werden. In diese Richtung gehen auch Erklärungen des Papstes. Ein Appell an das Gewissen des *einzelnen* hat hier durchaus seinen Platz. Aber noch kein repräsentativer Sprecher des deutschen Katholizismus ist so weit gegangen, von einem „Drohsystem“ zu sprechen, den Dienst der Soldaten quasi als zu verteufelndes Handwerk hinzustellen. „Pax Christi“ hat hier eine neue Qualität in die Diskussion gebracht.

Die schwierige Klärung

Die Bischofskonferenz hat für den ausgeschiedenen geistlichen Präsidenten Braun keinen Nachfolger berufen. Der Trierer Bischof Hermann Josef Spital fungiert als „Beauftragter“ des Episkopats, bis der „Klärungsprozeß“ über Profil und Standort von „Pax Christi“ ein befriedigendes Ergebnis gebracht hat. Spital soll dafür Sorge tragen, daß die theologische Dimension der Friedensarbeit wieder zur Geltung kommt. Das „Protest“- und „Demonstrationselement“ dominierte bisher. „Pax Christi“ versteht sich weitgehend als „voll vernetzt mit der Friedensbewegung“; teilweise bestimmen die „Christen bei den Grünen“ die Richtung. Die „Friedensgruppen“ haben sich verselbständigt und sich damit fast zwangsläufig von den Diözesanbischöfen entfernt.

Der Trierer Oberhirte soll als der derzeitige Hauptansprechpartner für „Pax Christi“ das Kunststück fertigbringen, die tiefe Vertrauenskrise zu überwinden. Spital war auf Burg Feuerstein nicht zugegen. Er befand sich, so die offizielle Mitteilung, auf einer Firmungsreise. Von ihm kam auch gestern keine Stellungnahme zu den Beschlüssen vom Sonntag. Aus seiner Umgebung verlautete lediglich, die Erklärung zur „Verweigerung“ werde den „Klärungsprozeß“ auf keinen Fall erleichtern.

Der Kommentar der Katholischen Nachrichtenagentur schloß mit dem vieldeutigen Satz eines Delegierten aus Eichstätt während einer Diskussion über die Perspektiven von „Pax Christi“: „Wir sind gegen Abschreckung, aber die Crux ist, daß wir selber abschrecken.“

WELT DER WIRTSCHAFT



Die Stahlproduzenten der EG, die im Dachverband Eurofer zusammengeschlossen sind, wollen nochmals rund 12 Mill. Tonnen Walzstahlkapazitäten abbauen. (S. 12) FOTO: MANFRED VOLLMER

MÄRKTE & POLITIK

CBI: Im großen und ganzen konform geht der englische Industrieverband mit der Strategie der Regierung Thatcher. (S. 12)

Kartell: Die Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat gestern Eckwerte für eine Kartellnovelle festgelegt. (S. 12)

Spanien: Die Investitionen der EG-Mitgliedsländer nehmen zu. Insgesamt investierten sie 1986 (bis August) rund 152,2 Mrd. Das entspricht einer Steigerung um 114,3 Prozent.

Energie: Für die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik auf der Basis von Kohle und Kernenergie tritt die Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK) ein. Bei einem Ausstieg aus der Atomenergie komme es unvermeidlich zu einer Stromverteuerung.

FÜR DEN ANLEGER

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: *272,40 (273,92)*; Chemie: *163,31* (164,08); Elektro: 337,06 (337,84); Auto: 714,25 (723,33); Maschinenbau: *153,81 (154,53)*; Versorgung: 165,95 (166,57); Banken: 394,12 (396,46); Warenhäuser: 182,89 (183,70); Bauwirtschaft: 539,19 (542,67); Konsumgüter: 179,80 (179,43); Versicherung: 1368,49 (1369,28); Stahl: 138,56 (140,85).

Kursgewinner:	DM	+ %
Machine Bull	15,35	8,10
Thorn Emi	14.60	5,80
Parkbräu	*346,00*	4,82
Balcke Dürr	288,00	4,73
Frankf. Bankg.	756,00	4,28

Kursverlierer:	DM	– %
Leifheit	450,00	7,02
Nippon Kokan	2,85	5,00
Mauser	93,20	4,90
VW	439,50	4,83
Nippon Shinpan	12,30	4,65

(Frankfurter Werte)

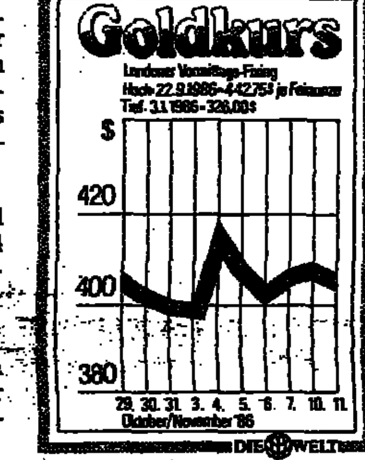
Nachbörse: Leichter

WELTWIRTSCHAFT

USA: Die Stahlbranche bewegt sich mit Verlusten von fast 2 Mrd. Dollar allein im vergangenen Jahr am Rande des Ruins. R. Milton Dealer übernimmt zum Jahresbeginn 1987 das schwere Amt des Präsidenten des Eisen- und Stahlinstituts. (S. 12)

Saudi-Arabien: Das Opec-Land will den Rohölpreis von derzeit 14 Dollar je Barrel auf 18 Dollar erhöhen. Gleichzeitig wird eine Erhöhung des Marktanteils angestrebt.

Japan: Mit einem Rückgang von 11 Prozent ging im Oktober der Auftragseingang der Maschinenbauer erneut zweistellig zurück.



Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	10. 11. 86	7. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	151,25	151,25	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	71,50	71,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	124,50	123,50	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Versicherung: Die Dividende der Münchener Rückversicherungsgesellschaft ist trotz negativer *Währungseffekte nicht gefährdet.* (S. 13)

VW: Der Konzern steuert mit 1,93 Mill. ausgelieferten Automobilen ein besseres Absatzergebnis als 1979 an. Auf Grund der Dollarschwäche ging der Umsatz um 3,2 Prozent auf rund 37,4 Mrd. DM *zurück.* (S. 13)

Nixdorf: Zum führenden Systemhaus in Europa will das Unternehmen mit Investitionen von rund 600 Mill. DM werden. (S. 13)

NAMEN

Albrecht Düren: Der langjährige Hauptgeschäftsführer (1960 bis 1971) des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), ist jetzt in Bonn gestorben. In der Kammerorganisation wird der Verlust dieser markanten aber auch kantigen Persönlichkeit beklagt. Er war ein engagierter Verfechter der Marktwirtschaft. Der Auf- und Ausbau der zahlreichen deutschen Auslandshandelskammern ist mit seinem Namen eng verbunden.

WER SAGT'S DENN?

Zu mancher richtigen Entscheidung kam es nur, weil der Weg zur falschen gerade nicht frei war.

H. Krailsheimer

Stoltenbergs Finanzkurs zielt auf persönliche Einsatzbereitschaft ab

Zwischenbilanz des Ministers vor Steuerberatern: Keine wirtschaftspolitische Hektik mehr

tb. **Berlin**

Die Bundesregierung wird an ihrer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik festhalten. Eine Rückkehr zur „Stop-and-go-Politik", einen Rückfall in den Dirigismus oder in Unsicherheit verbreitende wirtschaftspolitische Hektik wird es nicht mehr geben. Das versicherte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gestern auf dem Deutschen Steuerberatertag in Berlin. Verläßlichkeit und Stetigkeit hätten weiter oberste politische Priorität. Das gelte auch für die Steuerpolitik.

In einer Zwischenbilanz der neuen Finanzpolitik wies Stoltenberg auf die Erfolge der Bundesregierung hin. Die Bedingungen für mehr Investitionen seien so günstig wie lange nicht mehr: *„Wir haben stabiles Geld. Die Zinsen sind gesunken."* Nachdem der neue Kurs für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung – Sanierung der öffentlichen Haushalte, der sozialen Sicherungseinrichtungen und der Volkswirtschaft – in *wichtigen Teilen vollzogen sei, gelte* es jetzt, Staat und Gesellschaft für die Zukunftsaufgaben zu rüsten.

Die wirtschaftspolitische Situation habe sich seit 1982 grundlegend geändert. In weiten Bereichen herrsche *wieder Optimismus. Wachstum und* Stabilität bestimmten das Geschehen, und es sei wieder lohnender, in Sachkapital zu investieren als in risikolose Staatspapiere. Das schlage sich auch am Arbeitsmarkt nieder. Ende des Jahres werde es in der Bundesrepublik *600 000* Arbeitsplätze mehr geben als Anfang 1984.

Die Aufgaben der künftigen Finanzpolitik stellte der Minister so dar: Die Gesundung der öffentlichen Haushalte muß fortgeführt, der Staatsanteil weiter zurückgeschraubt, und die Steuern müssen in einer umfassenden Reform gesenkt werden. Dabei geht es Stoltenberg nicht um „kurzsichtige Augenblickseffekte", sondern um eine langfristige Weichenstellung zu einem Steuersystem, das eine dauerhafte Strukturverbesserung bewirkt.

Die Tarife müssen gesenkt, das System muß vereinfacht werden. *Anstrengungen, persönlicher Einsatz* und Wagemut müssen sich lohnen. Erste Weichenstellungen für ein leistungsgerechtes Steuerrecht seien schon vorgenommen worden, etwa mit der Rückführung der Gewerbesteuerbelastung oder der Senkung der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen sowie mit dem Steuersenkungsgesetz 1986/88.

In der kommenden Wahlperiode soll das Steuerrecht, so der Minister, noch leistungs-, wachstums- und familienfreundlicher werden. Im Mittelpunkt der künftigen Steuerpolitik müsse wieder die Lohn- und Einkommensteuer – das Kernstück des Steuersystems – stehen.

Für neun von zehn Betrieben sei die Einkommensteuer wichtigste Unternehmenssteuer. Um ausreichend finanziellen Spielraum für nachhaltige Tarifsenkungen zu bekommen, *müssen auf der anderen Seite Son*derregelungen abgebaut werden. Allerdings sieht Stoltenberg einen Subventionsabbau allein nicht als Quelle zusätzlicher Finanzmittel. Er will dem Steuersystem ein neues Profil geben: Mehr Gerechtigkeit durch *mehr Einfachheit, mehr Leistungs-* und Risikobereitschaft durch dauerhaft niedrige Steuerprogression.

Aufschwung für Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer

Stü. **Bonn**

Die betriebliche Vermögensbeteiligung für Arbeitnehmer ist auf dem Vormarsch. Gegenwärtig gibt es 1353 Unternehmen, die ein solches Modell praktizieren. Im Jahr 1983 waren es erst 980 und 1977 sogar nur 770 Firmen. Auch das Beteiligungskapital hat sich erhöht: Insgesamt 1,1 Millionen Arbeitnehmer halten betriebliche Anteile im Wert von 14,2 Mrd. Mark. Vor drei Jahren waren es erst 5,5 Mrd. Mark.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine gemeinsame Erhebung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und der Gesellschaft für Innerbetriebliche Zusammenarbeit (GIZ). Vorurteile, daß Arbeitnehmer an Risikokapital nicht interessiert seien, müssen nach Ansicht der Autoren revidiert werden. Rund zwei Drittel der Arbeitnehmer hätten die Beteiligungsangebote ihres Arbeitgebers angenommen. 1983 waren es erst gut die Hälfte.

Die Studie führt diese Zunahme vor allem auf die Anreize des Vermögensbeteiligungsgesetzes von 1984 zurück. Als wirkungsvolles Instrument habe sich der Paragraph 19a Einkommensteuergesetz erwiesen, der allen Mitarbeitern, die Zuwendungen in Form von Beteiligungskapital erhalten, bis zur halben Höhe der Vermögensbeteiligung oder maximal 300 Mark im Jahr Steuer- und Abgabenfreiheit gewährt.

AUF EIN WORT

„Unsere internationale Kundschaft interessiert sich nicht dafür, welche Arbeitszeiten wir in Deutschland haben. Nur Kosten und Preise sowie Qualität im Produkt und im Service sind ausschlaggebend für unsere Beschäftigung."

Franz Köhne, Mitglied des Vorstandes der BMW AG, München. FOTO: DIE WELT

Weniger Steuern wegen erfreulicher Preisentwicklung

HH. **Bonn**

Nach der neuen Steuerschätzung müssen die öffentlichen Hände ihre Einnahmeerwartungen für 1986 und 1987 um je 2,9 Milliarden Mark zurückschrauben. Auf den Bund entfallen 900 und 800 Millionen. Die Koalitionsabgeordneten im Haushaltsausschuß werden durch Ausgabenkür*zungen im Haushaltsentwurf* 1987 sicherstellen, daß die mit 24,3 Milliarden Mark angesetzte Nettokreditaufnahme dennoch wenigstens auf das Niveau des 86er Haushalts mit 23,7 Milliarden zurückgeführt wird.

Finanzminister Stoltenberg erklärte zu der Schätzung, „daß die Preisentwicklung noch erfreulicher verläuft als erwartet". Dies bedeutet steigende *Realeinkommen für alle,* aber auch geringere Steuereinnahmen. Die Bundesregierung werde konsequent an ihrer Stabilitätspolitik festhalten. An die Adresse von Ländern und Gemeinden gerichtet betonte er die „Notwendigkeit, die Ausgabenzuwächse zu begrenzen".

Die Steuereinnahmen insgesamt werden für 1986 auf 455,2, für 1987 auf 478,3 Milliarden Mark veranschlagt. Die Einnahmen liegen damit um 4,1 und 5,1 Prozent über dem jeweiligen Vorjahr. Durch die Steuersenkung 1986 liegt die Steuerquote mit 23,12 (1986) und 23,15 (1987) unter dem 85er Ergebnis mit 23,67 Prozent.

Bescheidene Lockerung rückt näher

Minister Dollinger glaubt an EG-Beschluß über liberaleren Luftverkehr im Dezember

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die EG-Regierungen tun sich noch schwer mit der Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs. Trotz eingehender *Beratungen* konnten sich die Minister gestern auch im zweiten Anlauf nicht auf eine schrittweise Lockerung der derzeitigen starren Kapazitäts- und Tarifregelungen verständigen, die nach Meinung der meisten Mitgliedsländer im Gegensatz zum geplanten einheitlichen europäischen Binnenmarkt stehen.

Bundesverkehrsminister Dollinger äußerte sich gleichwohl *zufrieden mit* den Verhandlungen. Er meint, daß dabei so viele Fortschritte gemacht wurden, daß in der Dezember-Sitzung des Rates mit einem Beschluß zu rechnen ist. Der Wille zur Verständigung sei auch bei den Delegationen deutlich geworden, die sich bisher noch einem Kompromiß verweigert hätten. Alle Regierungen müßten jedoch sowohl die Interessen ihrer Luftfahrtgesellschaften wie ihrer Verbraucher berücksichtigen.

Nach dem letzten Stand der Gespräche gibt es weitgehende Einigung darüber, daß an die Stelle der bisherigen gleichmäßigen Aufteilung des Platzangebots auf einer bestimmten Linie zwischen zwei Gesellschaften zunächst einmal eine Verteilung im Verhältnis von 45 zu 55 treten soll. Vom dritten Jahr an wollen zehn Regierungen ihren nationalen Gesellschaften nur noch einen Mindestanteil von 40 Prozent sichern.

Gegen diese Regelung haben vorerst noch Griechenland und Dänemark Bedenken. Die Dänen erweisen sich überhaupt als schwierige Partner, da sie bei allen Entscheidungen an die Fluggesellschaft SAS denken müssen, die den Bestimmungen der Nordischen Union unterliegt.

Umstritten sind weiterhin die Bedingungen, unter denen die Gesellschaften künftig bei Linienflügen Tarifverbilligungen gewähren dürfen, ohne eine Genehmigung der Regierung einholen zu müssen. Ziel ist dabei weniger ein größerer Preiswettbewerb, *sondern eine bessere Kapazi*tätsauslastung durch neue Flugkunden. Zu klären ist noch, was zum Beispiel unter „verkehrsarmer Zeit" *zu verstehen ist,* für die die Sondertarife möglich sein sollen. „Superrabatte" (Deep Discounts) werden darüberhinaus wohl nicht nur an eine Vorausbuchung gebunden, sondern an eine zusätzliche Bedingung wie eine bestimmte Altersgruppe.

Die Frage ist, ob die EG-Kommission die sich abzeichnende bescheidene Liberalisierung als ausreichend betrachten wird, um ihre Verfahren gegen die Luftfahrtgesellschaften wegen Verstoßes gegen die europäischen *Wettbewerbsvorschriften einstellen* zu können. Sie selbst hat ihre Vorschläge bereits erheblich zurückgeschraubt.

Moseltaler Irrwege

Nea. – Der Mehrheit der Winzer *an der Mosel* geht es bekanntlich miserabel. Ihre Einkommen sinken. Aber der Kurswert ihrer Wählerstimmen ist stabil. So drängen sich also ein halbes Jahr vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz die Parteien in bewährter Manier mit ihren *Angeboten.*

CDU-Fraktion und Landesregierung sind entschlossen, aus der *Staatskasse 300 000 Mark zu* spendieren, um die neugeschaffene Qualitätsweinsorte „Moseltaler" mit der nötigen Werbe-Starthilfe auszustatten. Die SPD zieht sofort nach mit der Forderung nach einer „flexibleren Handhabung der Lesetermine *für Spätlesen an der Mosel".*

Beides sind geradezu exemplarische Irrwege. Daß der Staat für eine bestimmte Weinsorte wirbt, ist ein Unding, nicht nur aus gesundheitspolitischen, sondern auch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen. Und die Forderung der SPD nach mehr Flexibilität bei den *Leseterminen* bedeutet nur, daß an der Mosel mehr Spätlesen zugelassen werden sollen als normalerweise und anderswo üblich. Die Methode freilich, statt des Weins das Weinetikett zu „pflegen", ist genau das Rezept, *nach dem die Moselwinzer selber* ihren Beitrag zur Talfahrt des Moselweins geleistet haben.

Eigentlich müßten Regierung und Opposition jetzt gegenseitig vernichtende Kritik üben. Aber das *Wahlkampfkartell des Schweigens* funktioniert. Wenn die Parlamentarier doch begreifen würden, wie viele Stimmen sie so etwas bei anderen, nämlich besser informierten Wählern kosten kann.

Parole Binnenmarkt

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Als die Staatsmänner von der EG noch fasziniert waren, beschlossen sie die schrittweise Errichtung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Davon ist heute *nur noch bei* feierlichen Anlässen die Rede. Die neue Parole lautet: Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Gemeint ist besonders der Abbau der technischen und steuerlichen Handelshemmnisse, der freie Kapitalverkehr und die ungehinderte Freiheit für Verkehrs-, Versicherungs- und Bankleistungen.

Auf den ersten Blick ist diese Zielsetzung bescheidener geworden als früher. Schließlich haben schon die Väter der Römischen Verträge über den Abbau der Binnenzölle und die *Schaffung* eines gemeinsamen Außentarifs hinausgedacht. Bei näherem Hinsehen wird indes deutlich, daß es sich nicht nur um Freihandelsprobleme handelt, sondern um die Integration von autonomen Volkswirtschaften und Rechtssystemen. Wer es mit der Forderung nach dem europäischen Binnenmarkt ernst meint, muß zumindest teilweise auf einzelstaatlichen Gestaltungsspielraum verzichten und sich darüber klar sein, daß er mitverantwortlich ist für ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Konvergenz. Denn ein zu großes regionales und soziales Gefälle stellt eine ständige Gefahr für den Bestand der Gemeinschaft dar.

Wer es mit der Forderung nach dem EG-Binnenmarkt ernst meint, muß auf einzelstaatlichen Spielraum verzichten und mitverantwortlich sein für ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Konvergenz.

In ihrem jüngsten Jahreswirtschaftsbericht hat die EG-Kommission Zahlen über die Unterschiede in der Entwicklung des Lebensstan*dards und der Arbeitslosigkeit in* der Zwölfer-Gemeinschaft vorgelegt: Sie stimmen um so nachdenklicher, als sie mit Angaben über eine weitgehend gleichgerichtete Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, über reduzierte Inflationsraten, aus*geglichenere Zahlungsbilanzen und* beachtliche Erfolge bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte einhergehen.

Anders als in den „Gründerjahren" der EG ist der reale Konvergenzprozeß innerhalb der Gemeinschaft zum Stillstand gekommen oder hat sich in letzter Zeit sogar umgekehrt. Während die vier ärmsten Länder (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) zusammengenommen seit 1974 ein Wirtschaftswachstum unter dem EG-*Durchschnitt* verzeichneten, liefen die Bundesrepublik und Dänemark den Partnern im Pro-Kopf-Einkommen noch weiter davon als zuvor.

Das Wohlstandsgefälle konnte früher noch eingeebnet werden, weil die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums groß genug war. Heute reichen die Wachstumskräfte nicht aus, um den Zurückgebliebenen den Anschluß zu sichern. Die *Kommission kommt deshalb zu* dem Schluß, daß neben der Schaffung eines dynamischeren Umfelds für das allgemeine Wachstum in der Gemeinschaft vor allem die Rahmenbedingungen für Unternehmen in den zurückgebliebenen Regionen und in den vom Niedergang betroffenen alten Industriegebieten verbessert werden müssen. Daneben sei es jedoch unerläßlich, die gemeinschaftlichen Finanzierungsinstrumente und Strukturfonds zu verstärken.

Einer Aufstockung des Regional- und Sozial*fonds steht die* Tatsache entgegen, daß der Finanzrahmen der EG ausgeschöpft ist und daß der Löwenanteil (70 Prozent) der Gemeinschaftsressourcen zur Finanzierung der Agrarüberschüsse benötigt wird. Um so dringlicher ist es, die Reform des „Grünen Europas" voranzubringen und sich Gedanken über eine sinnvollere Aufteilung der EG-Ausgaben zu machen.

Es gehört ja zu den paradoxen Erscheinungen in der EG, daß die Agrar-Milliarden weniger den armen Mitgliedsländern zugute kommen als vielmehr einer Reihe von exportorientierten nördlichen Staaten, die ihre Landwirtschaftspolitik selbst finanzieren könnten.

Ein Ausweg wäre eine Finanzreform, die eine Plafondierung der Agrarausgaben ermöglicht. Nur dann könnte auch guten Gewissens eine Erhöhung der EG-Einnahmen aus der Mehrwertsteuer empfohlen werden. Freilich werden die Umverteilungseffekte durch eine Aufstockung der Strukturfonds gering bleiben. *Dazu ist das Finanzvolumen* zu klein. Während in den Mitgliedsstaaten die Staatsquote am Sozialprodukt zwischen 30 und 50 Prozent liegt, macht der EG-Haushalt erst etwa ein Prozent aus.

Bonn sollte sich jedenfalls darüber im klaren sein, daß der europäische Binnenmarkt seinen Preis hat. Ohne einen größeren Beitrag zur *wirtschaftlichen Solidarität in* der EG wird ein größerer Zugang der deutschen Wirtschaft zu den Nachbarmärkten schwer zu verwirklichen sein. Deutsche Qualität ist weithin bekannt. Daß die EG-Partner bereit sein werden, ihre Märkte nur wegen deutscher Exportinteressen zu öffnen, ist ziemlich unwahrscheinlich.

Eine Wirtschaftsform zuviel

Neue Minister treten in Ägypten ein schweres Erbe an

PETER M. RANKE, Kairo

Trotz der jüngsten Neubesetzung des Ministerpräsidenten- und Finanz- und Wirtschaftsministerpostens geht es im Land am Nil vermutlich weiter bergab. Denn nicht nur Mubarak, auch die ehemaligen und neuen Minister wissen im Grunde, daß die „Krankheiten" Ägyptens kaum noch heilbar sind.

Auch neue Kredite und Umschuldungen können die Krise nicht grundsätzlich lösen. Eine wirkliche Reform wurde von Präsident Sadat nach dem Friedensschluß mit Israel 1979 versäumt, als westliche Kredite sprudelten, als die Bevölkerung begeisterungswillig und opferbereit war und als alle Zeichen für einen neuen Anfang auch in der Wirtschaftspolitik günstig standen. Die Öleinnahmen und die Überweisungen der zwei Millionen Gastarbeiter vom Golf erreichten Milliarden-Höhen.

Ägypten leidet daran, daß es sich zwei Wirtschaftsformen leistet, die sich gegenseitig ausschließen. Die freie Privatwirtschaft blüht, die sozialistische Staatswirtschaft aber belastet mit Subsidien, einer schwerfälligen Bürokratie und einer viel zu teuren Produktion das Land.

Die sozialistischen Gesetze aus der Nasser-Zeit treiben das Land immer tiefer in die Krise. Umfangreiche Staatssubventionen sichern der Bevölkerung billige Grundnahrungsmittel. Auch Benzin, Elektrizität und Wohnungsbau werden subventioniert, die Preise liegen weit unter Weltmarkt-Niveau. Und da die Bevölkerung rapide wächst, werden auch die Staatslasten immer größer. Hinzu kommt, daß der Staat jedem Universitätsabsolventen einen Platz in der Staatswirtschaft und Verwaltung sichert. Das hat zu Ministerien mit bis zu 40 000 Angestellten geführt, die praktisch nichts zu tun haben und nur stundenweise anwesend sind.

Das Mit- und Gegeneinander von Privat- und Staatswirtschaft hat die Bevölkerung in zwei Gruppen gespalten, die sich gegenseitig beneiden und beargwöhnen. Während der Staat einem Lehrer 60 Pfund (120 Mark) monatlich zahlt, einem Oberstleutnant 200 Pfund (400 Mark) oder einem Minister 300 Pfund (600 Mark), kann eine dreisprachige Sekretärin in einer privaten oder ausländischen Firma auf 600 Pfund (1200 Mark) kommen. Die Taxifahrer sind neben den Angestellten westlicher Firmen die Leute mit den höchsten Einkommen in Kairo. Schwarzmarkt, Bakschisch-Wesen oder Bestechung und Korruption sind unter diesen Umständen nicht zu vermeiden. So müssen Taxifahrer, die nebenher oft Ministeriumsangestellte sind, den Polizisten vor den Touristen-Hotels zwei Pfund pro Woche zahlen, damit sie überhaupt vorfahren dürfen.

Neben dem unreparablen Wirtschafts- und Sozialsystem ist die zweite „ägyptische Plage" die ungeheure Überbevölkerung. Früher war Ägypten ein Agrar-Exportland, heute muß es 60 Prozent der Lebensmittel einführen (täglich für 9 Mill. Dollar). Nur die amerikanisch-europäische Finanzhilfe von über 2 Mrd. Dollar jährlich, zu niedrigsten Kreditzinsen gewährt, hat dem Nil-Land bisher das Überleben und eine maßvolle Entwicklung gesichert. (SAD)

Mit dem Thatcher-Kurs sehr zufrieden

Britische Unternehmer fordern sofortigen Beitritt zum Europäischen Währungssystem

SIEGFRIED HELM, London

Englands Unternehmerverband CBI ist auf seiner zehnten Jahreskonferenz von der Tradition abgegangen, Distanz zu den politischen Parteien zu halten. Da die Konferenz in Bournemouth mit großer Wahrscheinlichkeit die letzte des CBI vor den nächsten Parlamentswahlen sein wird, bekannten sich Englands Arbeitgeber jetzt ungeniert als Wahlhelfer von Frau Thatchers Konservativen.

Das trug ihnen prompt den Vorwurf „politischer Heuchelei" von Labours Sprecher für Handel und Industrie, John Smith, ein, der der Konferenz als Beobachter beiwohnte. In den Augen von Labour hat der Wolf in Bournemouth nur seinen Schafspelz abgeworfen. „Kein Zweifel", sagte Smith, „Frau Thatcher hat die Parole zum Sammeln ausgegeben, und der CBI tanzt nach ihrer Pfeife."

Diese Jahreskonferenz war unbestreitbar die unkritischste gegenüber den regierenden Tories seit sieben Jahren. Nicht einmal über hohe Zinsen, den Klotz am Bein der Industrie, wollten die Arbeitgeber murren. Das 21-Punkte-Manifest, das der CBI zum Konferenzbeginn vorlegte, zielt auf Bewahrung der politischen Errungenschaften der Konservativen ab. CBI-Präsident David Nickson sagte: „Das Klima für die Unternehmen ist in unserem Lande jetzt besser als seit vielen Jahren, und wir gehen im großen und ganzen mit der derzeitigen Strategie der Regierung konform."

Die erklärte Absicht von Labour, die Steuern zu erhöhen, „würde die Aussichten für Großbritanniens wirtschaftliche Gesundung für immer torpedieren". Die Steuerlast müsse vielmehr spürbar gesenkt werden. Allerdings sei ein Anheizen der Nachfrage durch die öffentliche Hand (deren Wachstum der CBI auf ein Prozent jährlich begrenzt sehen möchte) kein Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zumal das die Inflation treiben, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie untergraben und damit langfristig zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen würde.

Die größte Sorge des CBI ist, daß eine Labourregierung die Arbeitsgesetzgebung der Konservativen rückgängig machen könnte. Damit würde die „englische Krankheit" wieder akut werden. Eine Gesetzgebung, die den Gewerkschaften ihre alte Macht zurückgibt, würde „die Uhr um zehn Jahre zurückstellen. Dann wären wir wieder von Arbeitskonflikten gelähmt." Der scheidende CBI-Generaldirektor, Sir Terence Beckett, betonte, eine Labourregierung würde einen Rückfall in „das Chaos der 70er Jahre" bringen.

In einem Punkt ging der CBI erwartungsgemäß auf Kollisionskurs mit der Regierung. Ein Resolutionsantrag, der Englands Beitritt zum Europäischen Währungssystem forderte, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Kein Zweifel: Englands Industrielle würden den für ihren Export derzeitig günstigen Pfundkurs gerne festgeschrieben sehen. Doch Frau Thatcher hat schon abgewinkt.

CDU/CSU will Kartellnovelle

Arbeitsgruppe legt Eckwerte für Gesetzesänderung fest

hg. Bonn

Die Unionsparteien sind fest entschlossen, in der kommenden Legislaturperiode das Kartellgesetz zu novellieren. Wie Hansheinz Hauser, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der WELT auf Anfrage bestätigte, hat die Arbeitsgruppe „Wirtschaft" der Fraktion gestern Eckwerte für eine Novelle festgelegt. Damit sei die Marschroute für künftige Koalitionsverhandlungen vorgegeben.

Im Mittelpunkt steht die Handelskonzentration und damit verbunden die Frage, wie kleine und mittlere Handelsunternehmen in die Lage versetzt werden können, sich gegenüber den großen erfolgreich zu behaupten. Dabei spielt die Verbesserung des Schutzes gegen unbillige Behinderungen – etwa durch Untereinkaufspreis-Angebote des mächtigen Konkurrenten – eine wichtige Rolle. Hier sei eine präzisere Formulierung nötig, betonte Hauser. Außerdem solle dem Betroffenen die Möglichkeit zu einer Zivilklage gegen seinen Wettbewerber eingeräumt werden – mit Schadenersatzanspruch –, die es im Kartellrecht bisher nicht gibt.

Ein Dorn im Auge ist den Unionspolitikern auch die Tatsache, daß beispielsweise Selbstbedienungswarenhäuser unter bestimmten Voraussetzungen Markenartikler per Kartellgesetz dazu zwingen können, sie zu beliefern. Künftig dürfe das Gesetz kein Instrument mehr sein, mit dessen Hilfe marktstarke Handelsunternehmen kleine verdrängen können, sagte der Politiker.

Die Union will darüber hinaus die Stellung der mittelständischen Einkaufskooperationen verbessern und Zusammenschlüsse im Handel erschweren. Dabei müßten vor allem die regionalen Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden als bisher, unterstrich Hauser. Schließlich überlege man, ob nicht an den vom Kartellgesetz ausgenommenen Bereichen – beispielsweise Energiewirtschaft, Versicherungen und Banken – etwas geändert werden könne.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: „Bommi-Billig" Sonderpostenmarkt GmbH i. Gr. i. L., Bargteheide; **Bielefeld:** Knobloch, Branding u. Sibbel Bedachungs-Fassadenbau- u. Abdichtungs-GmbH; **Bonn:** Karl u. Josef Brenig GmbH & Co. KG, Bonn 2-Bad Godesberg; **Braunschweig:** MEOMAN Verwaltungsges. mbH; **Dortmund:** SFB Sport-Fitneßcenter-Betriebs-Ges. mbH i. Duisburg; Nachl. d. Gerhard Herbert Tesch; **Gütersloh:** Julius Sprick GmbH & Co. KG; Julius Sprick Fahrradfabrik GmbH; **Hamburg:** Haller-Meurer-Werke-AG; **Helmstedt:** Krafft-Wirtschaftsberatungsges. mbH, Königslutter; **Mannheim:** H & H. Teppichboden u. Tapeten Fachhandels GmbH, Weinheim; **München:** WGM-Wirtschaftsberatungs- u. Vermögensanlagen-Vertriebsges. mbH; Orhan Taskiraner; Nachl. d. Werner Viktor Scherer; Nachl. d. Walter Peter Oswald; **Nürnberg:** Nachl. d. Roland Heinz-Werner Reichelt; **Oldenburg:** Visa Video-Film-Verleih GmbH; **Osnabrück:** Konrad Griefingholt, Melle 1; **Pinneberg:** G.I.P.S. Bau-GmbH, Appen; **Rheine:** Emsdettener Gebrauchtwagen-Markt, Theo Czekalla GmbH & Co. KG, Emsdetten; **Villingen-Schwenningen:** Seemann Bau GmbH; Seemann GmbH & Co. KG Bauunternehmung, Stadtbezirk Villingen.

Konkurs beantragt: Lörrach: Hans-Georg Krisch, Weil am Rhein.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bocholt: Rebo-Bedachungen GmbH, Reken; **Bingen:** Bretz GmbH & Co. KG, Gensingen; **Hamburg:** Korromag Korrosionsschutz u. Malerei GmbH; **Karlsruhe:** Elba Beteiligungs GmbH, Ettlingen; **Rendsburg:** *Werft Nobiskrug* GmbH; **Schwäbisch Hall:** BBZ Bedachungs-Ges. mbH, Öhringe-Cappel.

Vergleich eröffnet: Nürnberg: Air-Jet Modelltechnik-Fernlenkmodelle GmbH, Schwarzenbruck.

Vergleich beantragt: München: Anton Hobmaier, Landhandel & Transporte, Lengdorf Lkrs. Erding; **Offenburg:** Gerhard Nußbaum, Neuried-Dundenheim; **Schwäbisch Hall:** GROSSAG Ges. mbH; **Tuttlingen:** Augustin Weinmann Nachfolger GmbH; **Wittlich:** Paul Peter Ulmen, Wittlich-Neuerburg; Dieter Haubrich, Bullay.

Eurofer: Kapazität weiter abbauen

Ha. Brüssel

Die im Dachverband Eurofer zusammengeschlossenen Stahlproduzenten der EG haben ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, in eigener Verantwortung nochmals elf bis zwölf Millionen Tonnen Walzstahlkapazität abzubauen. Ein entsprechender Grundsatzbeschluß wurde der Brüsseler Kommission übermittelt, die ihn noch in dieser Woche mit Vertretern der Mitgliedsregierungen erörtern will. Wie am Sitz der EG verlautete, sind die Stahlerzeuger mit ihrem Angebot erheblich über das hinausgegangen, was bisher als freiwilliger Beitrag zur Reduzierung der auf die Preise drückenden Überkapazitäten im Gespräch war.

Die Kommission schätzt den bis 1990 erforderlichen Abbau auf 21,7 Millionen Tonnen. Trotzdem tritt sie für eine schnelle Ablösung des gegenwärtigen Produktionsquotensystems ein. Die wirtschaftliche Situation der Branche habe sich so weit verbessert, daß die weitere „Gesundschrumpfung" dem Markt überlassen werden kann. Die Industrie möchte dagegen den Krisenmechanismus nach Art. 58 des Montanvertrages beibehalten. Das „Angebot" auf freiwillige Kapazitätseinschränkungen dürfte den Wirtschaftsministern am 18. November die Entscheidung für eine vorläufige Beibehaltung des Quotensystems leichter machen. Allerdings ist keineswegs sicher, daß die versprochenen Stillegungen auch tatsächlich verwirklicht werden können. Es sei offensichtlich, daß ein Programm dieser Art nur mit der vollen Unterstützung der Kommission und der Regierungen zu realisieren sei, ließ Eurofer verlauten.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Warnung vor Importen

Düsseldorf (Py.) – Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung befürchtet, daß die gesamten Einfuhrsteigerungen von Textilien und Bekleidung in die Bundesrepublik höher sein werden als im neuen Welt-Textilabkommen vorgesehen. Dies zeichne sich nach Abschluß der zweiseitigen Verträge mit den Lieferländern ab. In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat der IG Textil-Vorsitzende, Berthold Keller, vor allem gegenüber Taiwan „eine härtere Gangart" gefordert.

McDonald's in Ungarn

Wien (rtr) – Vom nächsten Jahr an können auch die Ungarn Hamburger von McDonald essen. Der Vizepräsident des Imbiß-Unternehmens McDonald's, Steven Barnes, und der Generaldirektor des ungarischen Landwirtschaftskombinats Bablona, Robert Burgert, unterzeichneten nach einer Meldung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI einen Joint-venture-Vertrag, nach dem in der ersten von mehreren Stufen fünf Restaurants in der ungarischen Hauptstadt eingerichtet werden sollen.

Ferienreisen 1987 billiger

Budapest (dpa/VWD) – Ferienreisen ins Ausland sollen im kommenden Sommer billiger werden. Das kündigte der Deutsche Reisebüro-Verband gestern auf seiner Jahreshauptversammlung in Budapest an. Grund dafür seien die günstigen Wechselkursrelationen und die Kalkulationspolitik der Veranstalter. Preissenkungen habe es seit vielen Jahren nicht mehr gegeben.

BankAmerica verkauft

New York (dpa/VWD) – Die finanziell notleidende BankAmerica Corp., Amerikas zweitgrößtes Geldinstitut, will bis Sommer 1987 Vermögensteile im Wert von 7 bis 8 Mrd. Dollar abstoßen, um ihre Kapitalbasis zu verbreitern. Damit sollen nach Angaben der Bank Verluste im Kreditgeschäft ausgeglichen und gleichzeitig eine Abwehr gegen den Übernahmeversuch durch die First Interstate Corp. aufgebaut werden.

600 Mill. Dollar für China

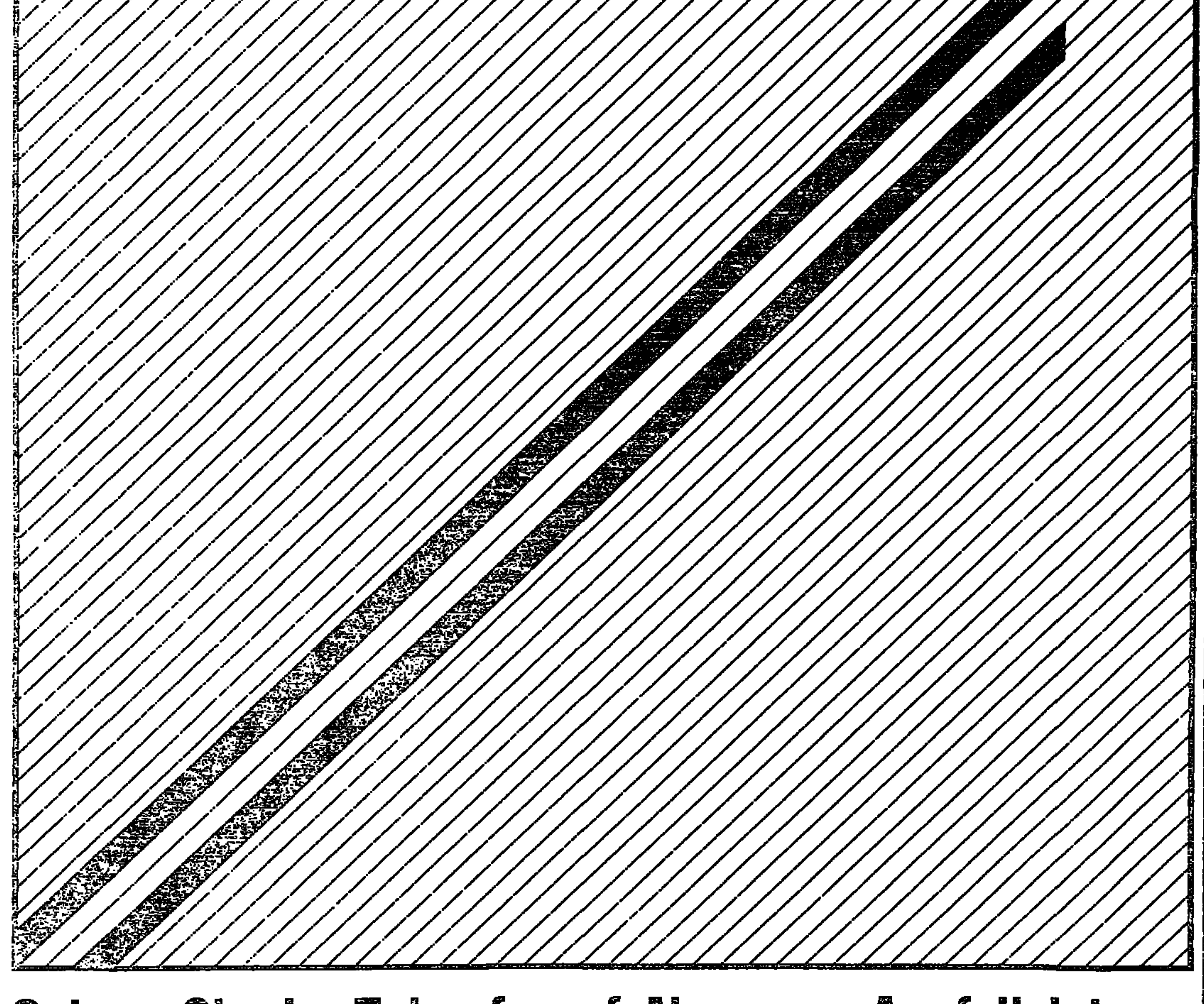
Peking (AP) – China erwartet in diesem Jahr nach einer Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua ein Darlehen des IWF in Höhe von 600 Mill. Dollar. Allerdings müsse der IWF-Vorstand dem Darlehen noch zustimmen. China habe 930 Mill. Dollar von dem IWF geliehen und davon 550 Mill. zurückbezahlt.

Mammutkonsortien

Mailand (dpa/VWD) – Die führenden privaten italienischen Firmen im Bau- und Anlagebau haben sich zu zwei Mammutkonsortien zusammengeschlossen, mit denen sie im internationalen Konkurrenzkampf ihre Positionen verteidigen wollen. Die neuen Mammutkonsortien mit Sitz in Rom sind die Firmen ARGO SpA und Grandi Opere SpA.

Tauschzwang

Belgrad (dpa/VWD) – Nach dem Willen der Regierung sollen Ausländer in Zukunft bei Reisen nach Jugoslawien an der Grenze einen bestimmten Devisenbetrag in Dinar tauschen.



US-Stahlbranche am Rande des Ruins

Im vergangenen Jahr summierten sich die Verluste auf fast zwei Milliarden Dollar

G. BRÜGGEMANN, Washington

R. Milton Dealer (62) übernimmt am 1. Januar 1987 eine schwere Aufgabe. Er wird Präsident des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts, des Spitzenverbandes einer Branche, die einst zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen der Vereinigten Staaten gehörte, sich seit einigen Jahren aber in einer Phase scheinbar unaufhaltsamen Niedergangs befindet. Dealer selbst, der ein Kenner der Branche ist, in der er seit 40 Jahren arbeitet, nennt die Lage katastrophal. Aber andere Sachverständige meinen, daß er die Situation damit noch zu rosig darstellt.

Auch in anderen Ländern macht die Eisen- und Stahlindustrie schwere Zeiten durch, in Europa und selbst in Japan. In Frankreich und Italien zum Beispiel wird sie künstlich am Leben gehalten durch Subventionen, die zum Teil höher liegen als die Arbeitskosten. Aber nirgends war der Fall so tief wie in den Vereinigten Staaten. Viel zu spät merkten ihre Manager sowohl bei den Unternehmen wie bei den Arbeitnehmern, daß das selbst proklamierte Jahrhundert des Stahls schneller zu Ende ging, als sie es wahrhaben wollten.

Das gehätschelte Bewußtsein, die wichtigste Branche der Wirtschaft zu sein, machte sie unfähig, rechtzeitig den Wandel zu erkennen, den andere Werkstoffe und neue Produktionsmethoden bewirkten. Heute steht die einst so mächtige, ebenso selbstbewußte wie unerschütterliche US-Stahlindustrie wirtschaftlich am Rande des Abgrunds.

Gewinne gab es zuletzt 1981

Die Rohstahlkapazität ist am Ende der 70er Jahre von knapp 160 Mill. Tonnen pro Jahr auf unter 130 Mill. Tonnen gefallen, und sie ist immer noch viel zu hoch. Die Zahl der Beschäftigten sank im gleichen Zeitraum von 450 000 auf etwa 200 000. Gewinn gab es zuletzt 1981. Im vergangenen Jahr summierten sich die Verluste auf fast 2 Mrd. Dollar. Und es gibt keine Anzeichen der Besserung. Der größte Stahlhersteller des Landes, USX Corporation, die bis zum Sommer dieses Jahres noch US Steel Corporation hieß, meldete im dritten Quartal 1986 einen Verlust von 183 Mill. Dollar. Das zweitgrößte Unternehmen, die LTV Corporation, begab sich im Juli unter den Schutz des Konkursgesetzes. Und das drittgrößte Stahlunternehmen, die Bethlehem Steel Corporation, mußte in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Verlust von 187 Mill. Dollar hinnehmen.

Die Anlagen der Branche sind zur Zeit mit etwa 57 Prozent ausgelastet. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres sank die Produktion um 6,3 Prozent. Schuld an dieser fatalen Entwicklung wird vor allem der ausländischen Konkurrenz gegeben, die angeblich unter dem Schutz des starken Dollars den Amerikanern erfolgreich ihre Märkte streitig gemacht hätte. Auch Milton R. Dealer vertritt diese Ansicht, wenngleich er einräumt, daß es auch andere Ursachen für den Niedergang gebe.

Tatsächlich waren Importe nie ein so bedrohliches Problem, wie es die Branchenlobby immer wieder dargestellt hat. Die wirklichen Probleme entstanden durch neue Werkstoffe und übermäßig hohe Kosten. Das Bewußtsein, im Jahrhundert des Stahls zu leben, verleitete uneinsichtige Gewerkschaftsführer zu unvernünftigen Forderungen und ebenso uneinsichtige Industriemanager dazu, ihnen zuzustimmen.

Zwischen 1950 und 1980 stiegen die Löhne der Stahlarbeiter um 40 Prozent schneller als der Durchschnitt der amerikanischen Industrie. Bei US-Steel gab es einen Tarifvertrag, der den Arbeitern Stundenlöhne von 40 Dollar garantierte. Die hochmütige Annahme, es werde immer so weitergehen, versperrte den Blick auf die Wirklichkeit.

Seit 1950 sank nämlich der Stahlverbrauch pro Kopf der Bevölkerung um drei bis zwölf Prozent. Die Anwendung anderer Werkstoffe stieg dagegen um das Sechzehnfache. Von 1974 bis 1985 sank der Umsatz der großen Stahlunternehmen um 40 Prozent. Etwa die Hälfte des Rückganges ist auf geringere Nachfrage zurückzuführen. Von der anderen Hälfte entfielen rund 50 Prozent auf die vielbescholtenen Importe, und der Rest ging an neue, kleine Unternehmen, sogenannte Mini-Mills, die sich die mangelnde Beweglichkeit und Ineffizienz der Großunternehmen zunutze machten.

Inzwischen hat die Regierung von Präsident Ronald Reagan erkannt, daß die vielen Schlachten auch mit der EG an der Importfront die Probleme der eigenen Stahlindustrie nicht lösen können. Auf sehr hoher Ebene wurde eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse zum Jahresende erwartet werden. Sie soll herausfinden, mit welchen, notfalls auch staatlichen Maßnahmen ein Zusammenbruch der US-Stahlindustrie verhindert werden kann.

Kapazitätskürzungen in großem Umfang nötig

Nach Informationen, die jetzt in Washington durchsickerten, soll Handelsminister Malcom Baldrige davon ausgehen, daß die gegenwärtige Kapazität von 128 Mill. Tonnen um etwa 40 bis 50 Mill. Tonnen zurückgenommen werden müsse, um die Branche wieder wettbewerbsfähig zu machen. *Was die Administration bisher davon* abgehalten hat, in größerem Maße aktiv zu werden, sind offenbar die Kosten eines solchen Kapazitätsabbaus.

Hinzu kommt freilich, daß ein solcher massiver Eingriff in das Marktgeschehen der Wirtschaftsphilosophie des Präsidenten deutlich zuwiderläuft. Aber nach Ansicht maßgeblicher Experten sind die Wahlmöglichkeiten der Regierung schon jetzt stark eingeschränkt. Entweder, so heißt es, gebe die Regierung den Unternehmen Hilfestellung, die überschüssige Kapazität geordnet zurückzunehmen, oder aber der Markt zwinge die Unternehmen in den Bankrott, was für die Wirtschaft des Landes nach einhelliger Ansicht die schlechtere Lösung wäre.

Das ist offenbar auch die Ansicht von R. Milton Dealer. Er meint, die Vereinigten Staaten brauchten auch künftig ihre eigene Stahlindustrie. Aber er fügt hinzu: „Über ihre Größe steht ein Urteil noch aus."

Zu viel Hilfe wird vergeudet

Warnke erläutert Neuorientierung der Entwicklungspolitik

HH. **Bonn**

Ein Mindestmaß an Leistungsanreizen und dezentraler Steuerung ist nach Meinung von Entwicklungsminister Jürgen Warnke überall, auch in der Dritten Welt, „Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft". Auf einer Veranstaltung des Nord-Süd-Forums gestern in Bonn, auf der er die „Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik" erläuterte, sprach Warnke von „marktwirtschaftlichen Elementen" und nicht von „sozialer Marktwirtschaft". Diese habe zwar die Bundesrepublik zu nie gekanntem Wohlstand geführt, sollte aber dennoch nicht zu einem weiteren Exportartikel „Made in Germany" werden.

Allerdings wertet es Warnke als Ausdruck eines wachsenden Pragmatismus, wenn immer mehr Entwicklungsländer Staatsbetriebe als Entwicklungshemmnis erkennen. Positiv beurteilt er den Politik-Dialog: „Der Politik-Dialog gehört heute zum Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wie das Gespräch über Fragen der Wirtschaftspolitik zu den Beziehungen unter den Industriestaaten." Diesem sei es mit zu verdanken, wenn immer mehr Entwicklungsländer ihre Wechselkurse den Marktverhältnissen anpaßten, Haushaltsdefizite ausglichen, unrentable Staatsbetriebe stillegten und ihren Landwirten Anreize statt ideologischer Parolen böten.

Aufgabe der Industrieländer sei es, den Staaten der Dritten Welt die Anpassung an veränderte Marktsituationen zu erleichtern. Dauerhafter Fortschritt in den Entwicklungsländern sei aber bei geschlossenen Handelsschranken in den Industrieländern nicht möglich. Daher sei „der Kampf gegen den Protektionismus ... eine zentrale Aufgabe auch der Entwicklungspolitik". Die Bundesrepublik stehe hier, seit Ludwig Erhard, traditionell in der ersten Reihe.

Zur Neuorientierung in der Entwicklungspolitik gehöre auch die Steigerung der Wirksamkeit deutscher Hilfe. Noch immer werde international zu viel vergeudet. Einstellung der Hilfe, wie manchmal resignierend gefordert, sei aber keine Antwort hierauf.

Volkswagen steuert auf Absatzrekord zu

Dollar-Schwäche kürzt Konzern-Umsatz – Ergebnis nur in der AG weiter verbessert

D. SCHMIDT, **Wolfsburg**

Der Volkswagen-Konzern ist auf dem besten Wege, das Rekordergebnis aus dem Jahre 1979, als weltweit über 2,5 Millionen Fahrzeuge verkauft wurden, im Geschäftsjahr 1986 zu übertreffen. In den ersten neun Monaten wurden 1,93 Millionen VW- und Audi-Modelle ausgeliefert, 6,7 Prozent mehr als in der gleichen Zeit 1985 und 2,1 Prozent mehr als 1979.

Wie es im Zwischenbericht heißt, haben vor allem die kräftigen Zuwachsraten im Inland (plus 13,6 Prozent) und in Brasilien (plus 36 Prozent) diese Entwicklung begünstigt. Leicht über dem Niveau des Vorjahres lagen im Berichtszeitraum auch die Verkäufe im europäischen Ausland (plus 2,4 Prozent), während in Nordamerika ein Rückgang um 2,3 Prozent auf 251 192 Wagen hingenommen werden mußte.

Für die nähere Zukunft zeigt sich der VW-Vorstand weiter zuversichtlich. Die Auftragseingänge deuteten auf ein Anhalten der positiven Absatzentwicklung hin. In besonderem Maße gelte das für das Inland. Vor diesem Hintergrund sei das Produktionsvolumen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen weltweit um 5,5 Prozent auf knapp 1,86 Millionen Einheiten erhöht worden. VW hatte erst vor kurzem mitgeteilt, daß in den Werken Emden (Passat) und Hannover (Transporter) Zusatzschichten gefahren werden.

Die günstige Geschäftsentwicklung schlägt sich allerdings in den Umsatzzahlen des Konzerns nicht nieder. Als Folge der Dollarschwäche, die sich nach Angaben von VW auch auf die Umrechnung der Umsätze in Lateinamerika auswirkt, verringerten sich die Konzernerlöse um 3,2 Prozent auf 37,4 (38,6) Mrd. DM. Anders sieht es für die AG aus, die einen um 5,2 Prozent auf 30,1 Mrd. DM erhöhten Umsatz verzeichnet.

In der Tendenz ähnlich ist das Bild der Ertragsrechnung. Während der Konzerngewinn im Berichtszeitraum mit 369 Mill. DM unter dem der gleichen Vorjahreszeit (424 Mill. DM) liegt, nahm der AG-Überschuß auf 344 (314) Mill. DM zu. Neben der Dollarschwäche wirkten sich die staatlichen Preiskontrollen in Brasilien und die unverändert schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in Mexiko negativ auf das Konzernergebnis aus, heißt es in dem Bericht. Zur Entwicklung bei VW of America werden keine Angaben gemacht. Im Inlandskonzern galt es, die Anlaufkosten für den neuen Audi 80 zu bewältigen.

Gewaltig angestiegen sind die Investitionen. Der Zuwachs auf 3,91 (2,15) Mrd. DM ist allerdings wesentlich bestimmt von dem mehrheitlichen Erwerb der spanischen Seat. Auf dieses Engagement entfiel der wesentliche Teil der Finanzinvestitionen von 1,38 Mrd. DM. Die Gesellschaft wird erst später in die Konsolidierung einbezogen. Die Abschreibungen stehen mit 1,83 (1,3) Mrd. DM zu Buche. Die Zahl der Beschäftigten im Konzern erreichte Ende September gut 258 400 Mitarbeiter, 1,3 Prozent mehr als zur gleichen Vorjahreszeit. Die Ergebnisverschlechterung im Konzern spiegelt sich in der Position „Steuern" wider. Der Aufwand dafür verringerte sich auf 1,2 (1,7) Mrd. DM. Der Cash-flow allerdings erhöhte sich auf 2,82 (2,7) Mrd. DM. Die Konzernrücklagen stehen mit 6,4 (6,2) Mrd. DM zu Buche.

Keine eigene Chip-Produktion

Nixdorf will in Europa das führende Systemhaus werden

HEINZ HILDEBRANDT, **Paris**

Als „Generalunternehmer für die Integration der Datenverarbeitung und Kommunikation im internationalen Rahmen" sieht sich die Nixdorf Computer AG, Paderborn. Nahziel ist dabei, „in Europa das Systemhaus Nummer eins zu werden", stellte Vorstandsvorsitzender Klaus Luft in Paris heraus. Luft präsentierte an der Seine die Aktivitäten des Unternehmens in der EDV-integrierten Fertigung (CIM). Nixdorf tritt auch in diesem Bereich zunehmend als Anbieter von anwenderorientierten Lösungen auf, bei denen bisher weitgehend getrennt entwickelte Systeme für kaufmännische und technische Anwendungen miteinander verbunden werden. Ein Pilotsystem im eigenen Hause zieht bereits Lieferanten in diesen Verbund ein.

Die derzeitigen Investitionen des Unternehmens zeigen deutlich die Stoßrichtungen künftiger Aktivitäten auf. So werden jährlich 200 bis 300 Mill. DM in neue Arbeitsplätze investiert und monatlich rund 200 neue Mitarbeiter eingestellt. Allein in 1986 werden 600 Mill. DM in Sachanlagen investiert. Nach Angaben von Luft ist dies einer der Gründe für die gegenwärtig durchgeführte Erhöhung des Grundkapitals um nominell 120 Mill. DM, „denn wir zahlen lieber Dividende an unsere Aktionäre als Zinsen an die Banken".

Ein Teil der Investitionen geht in eigene Gebäude, so derzeit in eine neue Niederlassung in Paris, die wie alle solche Außenstellen als Softwarefabrik in Kundennähe gesehen wird. Aufgebaut wird auch ein Video-Konferenz-System, das die Firmenstandorte Berlin, München und Paderborn verbindet, „um Informationen anstelle von Menschen zu transportieren". Erhebliche Mittel fließen ferner in den Ausbau der Produktionsstätten in Berlin und in Singapur, wobei sich letztere als am Dollar orientierter Standort bei der derzeitigen Kursentwicklung als besonders vorteilhaft erweist.

In diesem Zusammenhang betont Luft, daß Nixdorf keine Chips herzustellen gedenke, sondern dies anderen als Zulieferer überlasse: „Uns interessieren die Inhalte der Chips, nicht ihre Produktion." Interessenschwerpunkt für die Zukunft bleibt dagegen die weitgehende Vernetzung der EDV-Systeme, wie es im Bankenbereich bereits zur Selbstverständlichkeit wurde und sich auch im Handel durchsetzt. Durch den Ausbau von Breitband-Netzwerken wandele sich auch das Telefon zunehmend zum preiswerten Terminal. Die Weiterentwicklung von integrierten Kommunikations-Systemen gebe der europäischen und besonders der deutschen Industrie neue Chancen.

Obwohl der Nixdorf-Vorstandsvorsitzende zugibt, daß in seiner Branche kein Hersteller groß genug ist, um alleine Innovationen zu betreiben, lehnt er die Kooperation mit anderen Anbietern im Bereich der Nachrichtentechnik jedoch entschieden ab: „Im Mittelpunkt unserer Interessen steht nicht das Postnetz, sondern die freie Wirtschaft mit ihren vielen tausend privaten und Firmenkunden, und die versprechen uns bestes Wachstum."

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Vertrag mit „DDR"

Düsseldorf (Py.) – Die Automobiles Citroën, Paris, hat mit der „DDR"-Staatsgesellschaft Industrie Anlage Import die Lieferung von Werkzeugmaschinen und Ausrüstungen für das Gelenkwellenwerk Zwickau vereinbart. Die Lieferungen im Wert von rund 72 Mill. FF (22 Mill. DM) sollen Flexibilität und Produktionsbreite der Werks vergrößern sowie größere Exporte in die UdSSR, nach Jugoslawien und an die Einkaufsgesellschaft der Peugeot PSA-Gruppe ermöglichen. Seit 1980 hat Citroën rund 6000 Pkw in die „DDR" geliefert.

Höhere Stromabgabe

Stuttgart (nl) – Die Kraftwerk Altwürttemberg AG (Kawag), Ludwigsburg, eine Vertriebstochter des RWE, setzte in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1986/87 (30. 6.) gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres 6,4 Prozent mehr Strom ab. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 war die nutzbare Stromabgabe der Kawag um 2,7 Prozent auf 1,31 Milliarden kWh angestiegen. Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 7,8 Prozent auf 284 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 3,4 (3,1) Mill. DM werden unverändert 14 Prozent Dividende auf 15,75 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet (HV am 10. Dezember).

Unveränderte Dividende

Düsseldorf (Py.) – Der HV der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, am 16. Dezember wird für das Geschäftsjahr 1985 erneut eine Dividende von 18 DM je 100 DM-Aktie (zuzüglich 10,13 DM Steuergutschrift) auf 40 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. Die Dividendensumme beträgt wieder 7,2 Mill. DM. Den Rücklagen werden 4,5 (0) Mill. DM zugeführt. Die Aktionäre sollen ferner einem genehmigten Kapital von 10 Mill. DM zustimmen, das bis zum 15. Dezember 1991 genutzt werden soll.

Langfrist-Kredite gefragt

Düsseldorf (Py.) – Das Wachstum der DSL Bank, Bonn, hat sich auch in den ersten 3 Quartalen dieses Jahres fortgesetzt. Der Bilanzsummenzuwachs um 11 Prozent auf 38,9 Mrd. DM resultiert ausschließlich aus dem Anstieg des im Wettbewerb betriebenen Eigengeschäfts, dessen Anteil inzwischen 83,2 (80,9) Prozent erreicht hat. Das Auftragsgeschäft des Bundes und der Länder verringerte sich um 194 Mill. DM. Die Ertragslage der DSL Bank hat sich nach einem Zwischenbericht weiter zufriedenstellend entwickelt, wenn auch die prozentuale Steigerung des Zinsüberschusses die des Vorjahres voraussichtlich nicht voll ereichen wird. Insgesamt wurden in den ersten 3 Quartalen 5,58 (3,51) Mrd. DM an neuen Krediten, zu 70 Prozent an Banken und Kommunaldarlehen, zugesagt. Der Darlehnsbestand erreichte 26,24 (23,86) Mrd. DM.

Gemeinsame Handelsbank

München (sz.) – Zur Förderung des deutsch-bulgarischen Handels und für die Durchführung von Sondergeschäften mit Drittländern haben die Bayerische Vereinsbank AG, München, und die Bulgarische Außenhandelsbank jetzt einen Vertrag zur Gründung einer „Bayerisch-Bulgarische Handelsbank GmbH" mit Sitz in München geschlossen. Ausgestattet ist das Institut, das voraussichtlich im Frühjahr 1987 seine Geschäftstätigkeit aufnehmen wird, mit einem Grundkapital von 20 Mill. DM, an dem die Vereinsbank mit 51 Prozent und die Außenhandelsbank mit 49 Prozent beteiligt sind. Aufsichtsrat und Geschäftsführung sollen paritätisch besetzt werden.

Höherer Zinsüberschuß

Frankfurt (cd.) – Der Gesamtzinsüberschuß der Deutschen Hypothekenbank Frankfurt-Bremen (Dresdner Bank-Konzern) erhöhte sich in den ersten neun Monaten 1986 um 6,8 Prozent auf 110,2 Mrd.DM bei einer Bilanzsummensteigerung von 18,3 auf 20,0 Mrd.DM. Die Hypothekenzusagen sind von 1,29 auf 2,29 Mrd. DM geradezu explodiert, im Kommunalkreditgeschäft sanken die Zusagen von 1,29 Mrd.DM auf 946 Mill.DM. Prolongiert wurden 535 Mill.DM Darlehen.

Colonia in Luxemburg

Düsseldorf (Py.) – Die Colonia Versicherung AG, Köln, hat die Zulassung zum Geschäftsbetrieb in Luxemburg erhalten. Die Gesellschaft, die jetzt in 13 Ländern mit Tochtergesellschaften oder Niederlassungen vertreten ist, will im Industrie- und Gewerbegeschäft des Großherzogtums tätig werden.

Beiersdorf wächst weiter weltweit

dfh. **Hamburg**

Die Hamburger Beiersdorf-Gruppe konnte in den ersten neun Monaten dieses Jahres ihre Umsätze weltweit um 2,5 Prozent auf 2,29 (2,23) Mrd. DM erhöhen. Wie aus dem Aktionärsbrief hervorgeht, waren an der Steigerung im Inland alle Sparten beteiligt. Überdimensionale Zuwachsraten gab es in den Sparten cosmed und medical. Die Entwicklung im Ausland verlief dagegen weiterhin uneinheitlich. Teils erhebliche Erhöhungen in den europäischen Märkten und in Japan wurden durch in DM rückläufige Umsätze in den USA und anderen überseeischen Ländern ausgeglichen. Tatsächlich wurde im Ausland jedoch ein nennenswertes Mengenwachstum erreicht.

Das Schwergewicht der Investitionen (105,4 nach 83,3 Mill. DM) lag weiterhin bei Bauten und maschinellen Einrichtungen im Inland. Der Ertrag des Geschäftsjahres 1986 dürfte, so schreibt der Vorstand weiter, ungefähr dem des Vorjahres entsprechen.

Mehr Mut zum Kauf auf Kredit

Ratenkreditbanken spüren rege Investitionstätigkeit

Py. **Düsseldorf**

Eine mit dem Bruttosozialprodukt nahezu gleich verlaufende Zunahme der Ratenkredite an Verbraucher von 3 Prozent auf 7,35 Mrd. DM in den ersten drei Quartalen 1986 geben den Ratenkreditbanken Grund zu optimistischen Prognosen für die Geschäftsentwicklung im kommenden Jahr. Die im Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKG) zusammengeschlossenen Institute erwarten noch bis zum Jahresende eine Belebung vom Weihnachtsgeschäft, bei dem erfahrungsgemäß Ratenkredite stark in Anspruch genommen werden.

Für 1987 gehen die über 60 Spezialbanken bei weiter steigenden Einkommen und stabilen Preisen davon aus, „daß die Verbraucher wieder mehr Mut zum Kaufen, auch zum Kauf auf Kredit haben werden". Für die Belebung des privaten Kreditgeschäfts sprächen auch die gefallenen Zinsen, die bei den Ratenkreditbanken bei rund 13 bis 14 Prozent lägen und sich damit seit dem Zinsgipfel vor fünf Jahren nahezu um zehn Prozent verringert hätten.

Die in Anspruch genommenen gewerblichen Investitionskredite der BKG-Mitglieder stiegen in den ersten neun Monaten um rund 10 Prozent auf 6,2 Mrd. DM. Erfreulich entwickelten sich auch die bei dieser Bankengruppe angelegten Spargelder auf insgesamt 14,8 Mrd. DM. Damit refinanzieren sich die Ratenkreditbanken zu über 50 Prozent bei Nichtbanken, was sich auch in günstigeren Konditionen für die Kunden niedergeschlagen habe. Freiwillig haben die Institute den Kunden das Recht eingeräumt, innerhalb einer Woche kostenfrei von Ratenkreditverträgen zurückzutreten, selbst wenn der Kreditbetrag bereits ausgezahlt worden ist.

PERSONALIEN

Dr. Klaus D. Zimmermann ist mit Wirkung vom 1. April 1987 zum Mitglied des Vorstandes der Varta Batterie AG, Hannover, bestellt worden.

Hans Fluri (34) und **Lauro Peukkert** (41), bei der Münchner Philip Morris GmbH verantwortlich für den Bereich Finanzen/Informationsverarbeitung beziehungsweise für den Bereich Operations, sind zu Geschäftsführern berufen worden.

Die Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen erweitert ihren Vorstand. Ab Januar gehört ihm unter Vorsitz von **Frank Niethammer** neben **Karl-Hermann Krauss** auch **Dieter Schlossleitner** an, bisher im Vorstand der zur Agiv-Gruppe gehörenden Kraftanlagen AG, Heidelberg.

Gerhard Lobing, Repräsentant der Dresdner Bank AG, Frankfurt, in der Volksrepublik China, wurde durch **Johannes Graf von Ballestrem** abgelöst. **Lobing** wird neue Aufgaben in der Zentrale übernehmen.

Helmut Cloos, Geschäftsführer und Mitgesellschafter der Carl Cloos Schweißtechnik GmbH, Haiger, feiert am 15. November seinen 60. Geburtstag.

Ergebnis wird erheblich belastet

Negative Währungseffekte, aber Dividende der Münchener Rück ist nicht gefährdet

DANKWARD SEITZ, **München**

Nur auf den ersten Blick erscheint es verwunderlich: Trotz eines wieder deutlichen Umsatzwachstums um 4,5 Prozent im Inland und gar zehn Prozent im Ausland wird die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, aller Voraussicht nach für 1986 ein Beitragsminus ausweisen müssen. Verursacht wird dieser (optisch) negative Effekt durch die Kursveränderungen vor allem von Dollar und Pfund, denn nach Umrechnung in D-Mark wird sich das Auslandsplus in ein Minus von etwa sechs Prozent umkehren.

Doch auf die Ertragsentwicklung des größten Rückversicherers der Welt wird dies nach Überzeugung von Vorstandsvorsitzendem Horst K. Jannott nicht durchschlagen. Von bisher weit weniger Großschäden und Naturkatastrophen belastet, dürfte sich das versicherungs-technische Ergebnis kaum verschlechtern. „Die Dividende ist nicht gefährdet," erklärte Jannott.

Bereits im Abschluß 1985/86 (30. 6.) haben die Währungsveränderungen „ganz erhebliche Spuren" hinterlassen und mit etwa 1,3 Mrd. DM zu Buche geschlagen. Eine in der Unternehmensgeschichte, so Jannott, bisher nie zu verkraftende Belastung. Denn statt der letztendlich nur bescheidenen 4,8prozentigen Prämiensteigerung im Ausland auf rund 5,89 Mrd. DM hätte die Münchener Rück in Originalwährungen gerechnet ein Plus von 28 Prozent erzielt. Und insgesamt wäre man dann auf ein Beitragswachstum von 19,4 (7,9) Prozent gekommen. Die DM-Ziffern spiegelten also die tatsächliche Geschäftsausweitung nur teilweise wider.

Die Verschlechterung des versicherungs-technischen Ergebnisses begründete Jannott zum einen mit den Belastungen aus dem Erdbeben von Mexiko, für das über 100 Mill. DM aufgewendet werden mußten, und 14 (5) Schadensereignissen im Bereich Luftfahrt. Doch noch übertroffen worden seien diese von den Aufwendungen in der Haftpflichtsparte.

Vor allem die Probleme in den USA führten allein in diesem Bereich zu einem Verlust von fast 423 (272) Mill. DM und hätten damit, so Jannott, die teilweise „recht beachtlichen" Ergebnisverbesserungen in anderen Sparten wie beispielsweise bei Feuer (minus 45,5 nach 132,0 Mill. DM) und Kraftfahrt (minus 184 nach 190 Mill. DM) voll überlagert.

Unter Berücksichtigung des allgemeinen Geschäfts war 1985/86 für die Münchener Rück durchaus ein wiederum recht gutes Jahr. Immerhin überdeckten die Brutto-Kapitalerträge von 1,55 (1,2) Mrd. DM nicht nur erheblich den versicherungs-technischen Verlust, sondern führten neben dem höheren Prämienaufkommen zu einem um 9,2 Prozent auf 329,7 (302) Mill. DM verbesserten Rohüberschuß. Ein Ergebnis, das es erlaubte, ohne zu Lasten des Jahresüberschusses von 56,5 (44,6) Mill. DM die innere Reservekraft weiter zu verstärken. So wurden den Schwankungsrückstellungen 107,9 (119,2) Mill. DM und den Schadenrückstellungen erneut 40 Mill. DM zugeführt. Das (bereinigte) Ergebnis je 50-DM-Aktie verbesserte sich auf 14,40 (12,73) DM.

Der Hauptversammlung am 5. Dezember wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von 57,18 (44,82) Mill. DM erneut eine Dividende von 9 DM auszuschütten, wobei die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung im April um 115 auf 590 Mill. DM voll dividendenberechtigt sind. Desweiteren werden die Aktionäre gebeten, wieder ein genehmigtes Kapital in Höhe von 160 Mill. DM zu schaffen, das jedoch nach Jannotts Worten in nächster Zeit nicht in Anspruch genommen werden soll.

Münchener Rück	1985/86	±%
Bruttoprämie (Mill. DM)	11 804	+ 7,1
Auslandsanteil (%)	50	(51)
Netto-Prämie [1]	10 323	+ 6,9
Selbstbehalt (%)	87,5	(87,6)
Aufw. f. Vers.-Fälle	6918	+ 4,5
Vers.-techn. Ergebnis [2]	590	(–565)
Kapitalanlagen [3]	14 413	+ 12,6
Kapitalerträge [4]	1055	+ 0,7
in % der Nettoprämie	**1985/86**	**1984/85**
Vers.-techn. Ergebnis	– 5,7	– 5,9
Vers.-techn. Rückst.	202,8	202,6
Garantiemittel	217,0	212,4
Betriebskosten	30,5	31,5
Eigenkapital	13,2	9,8

[1] Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2] nach Zuführung von 107,89 (119,2) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen und vor Abzug d. Aufwendungen f. eigene Verwaltung; [3] ohne Depotforderungen; [4] netto.

VW-Ergebnis verstimmte

Aktien verbreitet unter Druck

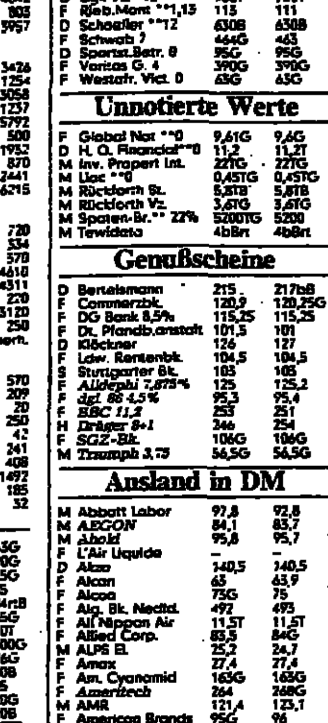
DW. – Der sich beim VW-Konzern abzeichnende Gewinnrückgang führte nicht nur bei den VW-Aktien zu Kursverlusten; auch andere Standardaktien verloren an der Dienstagbörse. Es wird befürchtet, daß durch die Währungsverschiebungen empfindliche Ertragsschmälerungen eintreten werden.

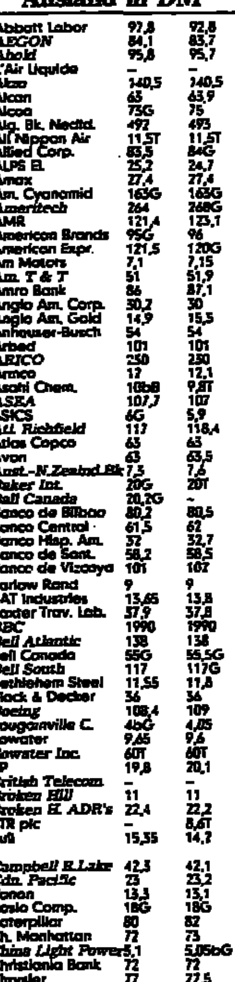
VW-Aktien gaben um weitere 10 bis 15 DM nach. Auch BMW wurden zurückgenommen. Dagegen erwies sich Daimler als widerstandsfähig. Die Hoffnungen, das Arrangement der Banken mit der BGAG in Sachen Neue Heimat würde zu einem Auftrieb bei den Bankaktien führen, haben sich bisher nicht erfüllt. Weiterhin Nachfrage bestand nach Mannesmann-Aktien, die sich leicht verbesserten, aber auch nach Nixdorf wo weiterhin Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen. Meinungskäufe beim RWE. Da aber nach den jüngsten kräftigen Kurssteigerungen gleichzeitig Glattstellungen vorgenommen wurden blieben am Dienstag Kursgewinne aus. Der Einstieg von Gevaert bei Hapag Lloyd ließ den Kurs der Reederei um knapp 6 DM anziehen. Bei Puma zeichnete sich zunächst eine neue Spekulationswelle ab. Aber auch sie wurde schließlich durch Gewinnmitnahmen gedämpft. Stabil blieb Beiersdorf. Der neue Zwischenbericht macht deutlich, daß sich das Ergebnis trotz Währungseinflüsse nicht verschlechtern wird. Dagegen bröckelten Großchemieaktien weiterleicht ab.

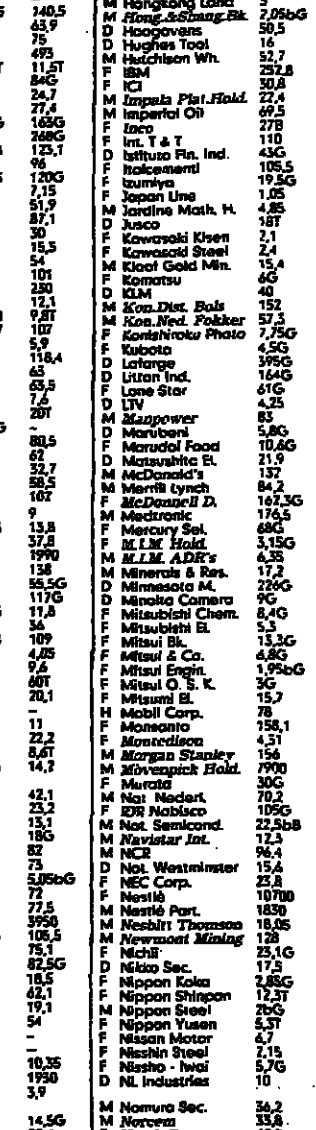
Nachbörse: leichter

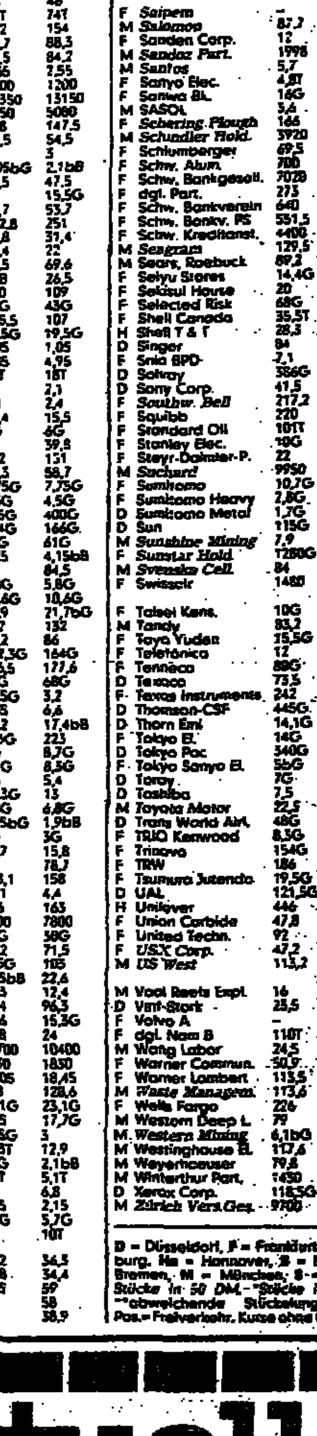
DW-Ak.ind.: 272,40 (275,92)
DW-Ums.ind.: 3229 (3180)
Adv.-decline-Zahl: 79 (107)
58-Tg-Linie: 271,16 (271,05)
200-Tg-Linie: 277,90 (277,99)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze









D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM, *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= Freiverkehr. Kurse ohne Gewähr.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hartzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Oslo

	11.11.	10.11.
Bergen Bank	200	203
Den Norske Cred.	185,5	182,5
Elkem	101	98
Kreditkassen	219	228
Norsk Data	217,5	214,5
Norsk Hydro	144,5	144
Orkla/Borregaard	–	396
Storebrand	312	310
OSE Ind. Index	380,04	378,01

Optionshandel

Frankfurt: 11. 11. 1986
1493 Optionen = 82 150 (77 850) Aktien, davon 215 Verkaufsoptionen = 11 650 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 1-300/22G; 320/10; 340/7B; 360/4,9B; 400/2,5B; 4-300/40B, 320/26G; 340/16, 380/8G; 7-300/45B; 320/30B; 340/20G; **Agiv** 1-460/10B; **BASF** 1-260/24; 270/18B; 280/10,9; 290/6; 300/4; 310/1,5; 4-260/36B; 280/19; 300/11; 320/6,2; 340/4,5; 7-260/44B; 280/28B; 300/12,1; 320/6B; **Bayer** 1-260/47; 280/31G; 290/22; 300/17; 310/10; 320/5,5; 330/4,5; 340/3,2; 4-280/40; 300/26G; 320/14,5; 340/7; 360/5B; 7-300/56B; 320/23; 340/10; 360/6; **BBC** 1-320/9,4B; 4-300/30G; 7-300/45G; **BHF** 1-500/29G; 4-500/32G; 550/9G; **Bay. Hypo** 1-600/10G; 4-600/21; 7-600/37G; **Bekula** 1-150/15G; 140/7B; 150/2,6G; 4-130/20B; 140/12B; 150/8B; 7-140/16,5B; 150/12B; **BMW** 1-460/10B; 500/65G; 550/31G; 600/15B; 650/9; 700/2,1G; 4-550/50G; 600/26G; 650/12B; 700/8G; 7-550/70B; 600/45B; 650/30B; **Bay. Vereinsbk.** 1-550/12; 600/7B; 4-550/30G; 600/10G; **Commerzbk.** 1-280/3B, 280/45B; 300/25; 320/11; 340/6,5; 360/4B; 4-280/49; 300/35; 320/20; 340/14; 360/10; 380/8B; 7-300/47,5; 320/21B; 340/24; 360/16,5; **Conti** 1-275/60B; 295/40B, 300/35B, 315/25B; 320/21; 340/10; 4-320/39; 340/28B; 360/20B; 380/11B; 7-340/41B; 380/15B; **Daimler** 1-1100/180G; 1200/100G; 1300/44; 1400/17G; 1500/6G; 4-1100/209G; 1200/155; 1300/85G; 1400/46; 1500/28G; 1600/19B; 7-1200/160; 1300/100G; 1400/75; 1500/43; **Daimler cum BA** 1-1300/142G; 1385,50/67G; 1400/55G; 1485,50/22G; **Dt. Babcock St.** 1-200/13B; 220/6; 4-180/38B; 200/21; 220/11,6; 7-180/45B; 200/26B; **Dt. Babcock Vz.** 1-180/15; 200/6B; 4-180/24B; 200/12B; 7-180/31B; **Deutsche Bk.** 1-750/55; 800/26; 850/10,6; 900/7,9; 4-750/70; 800/59B; 850/30; 900/20; 950/9,4; 7-800/75B; 900/23; **Degussa** 1-500/10; 4-500/20G; 550/16; **Dresdner Bk.** 1-380/35; 400/24,9; 420/12; 440/6,5; 4-400/37,9; 420/24; 440/17,7; 460/14B; 7-400/60B; 440/28; **GHH St.** 1-240/14B; 260/6B; 4-260/18G; 7-260/26B; **GHH Vz.** 1-200/15B; 220/7B; **Harpener** 1-340/2,2G; 7-340/15G; **Hoechst** 1-250/25B; 260/17; 270/10; 280/5; 300/3,55; 310/2; 4-260/24,9; 280/13; 300/7,5; 320/5B; 7-280/17,2G; 300/12G; **Hoesch** 1-130/7,5B; 140/4; 150/1,5; 4-130/8,5; 140/8; 150/5,9; 160/4,5; 7-130/19B; 140/12B; 150/10B; 160/8; **Karstadt** 1-460/30; 4-500/20; **Kaufhof** 1-543/15B; **KHD** 1-20/5; 200/9G; 4-220/12; 7-200/18G; 220/15B; **Klöckner** 1-65/10G; 70/5B; ...

... 1-200/2; 4-220/10B; 240/25B; 7-220/13,5B; **Kali & Salz** 1-260/8B; 270/14,2; 280/24B; 4-260/15,5G; 300/48G; **Siemens** 1-650/9,9B; 700/20; 4-650/18G; 700/38G; 7-650/20G; 700/50G; **Thyssen** 1-140/2,7; 150/7; 160/15; 170/25; 180/35; 4-140/5G; 150/11; 160/16; 170/27,5B; 7-140/8B; **Veba** 1-280/10B; 290/12,9B; 4-280/13; **VEW** 1-150/2,6B; 4-150/6,7B; 160/12,9B; **VW** 1-420/7; 440/8,5; 460/20,2; 469/29G; 479/39; 480/40; 500/60; 519/81B; 4-420/18G; 460/25,8; 480/45G; 500/65G; 7-420/20; 440/30G; 460/40G; 480/50G; 500/70G; **Alcan** 1-60/3B; 65/5B; 75/13,5B; **Chrysler** 1-75/3B; 80/5B; 85/8B; 4-75/7,5B; 7-70/2,5B; 75/8,5B; 80/11B; **Eli** 1-100/10,5B; **General Motors** 4-1250/15; **IBM** 1-260/14; 280/38B; 4-240/9G; 7-240/7G; **Norsk Hydro** 1-40/2,5B; 45/7B; 4-40/3B; 7-40/4B; **Philips** 1-40/2,3; 4-40/3; 45/6.

... 700/56; 750/28G; 800/16G; 850/8; 7-700/70B; 750/51,25B; 800/20G; 850/10; **Thyssen** 1-130/20; 140/15; 150/6; 160/3,8; 170/2; 180/1,5B; 190/0,80B; 4-150/13,5; 160/9,7; 170/6,9; 180/4; 7-150/17; 160/15; 170/10B; 180/7B; 190/5B; **Varta** 1-360/35B; 380/20; **Veba** 1-260/32B; 280/16B; 300/6; 320/5G; 4-260/36B; 280/29B; 300/13B; 320/8B; 7-280/38B; 300/20B; 320/14B; **VEW** 1-160/6B; 4-160/9B; 7-160/14B; **VW** 1-400/55; 429/50B; 440/30B; 460/20; 479/13B; 480/14; 500/7; 550/4,4; 600/2,5; 4-440/45; 460/35; 480/30; 550/10; 600/9; 650/7; 7-440/70B; 460/60; 480/50B; 500/40B; 550/25B; 600/15; **Alcan** 1-60/4,5G; 65/3B; 70/2B; 75/1,2B; 4-65/4B; 70/3B; 75/2B; 7-60/11B; 65/6,8B; 70/4,5B; **Chrysler** 1-70/9,5G; 80/5B; 4-80/7B; 7-80/12B; 85/10B; **Eli** 1-100/5B; 4-90/16B; 100/1G; 7-90/24B; 100/12B; **General Motors** 1-140/17B; 150/8G; 160/2G; 4-160/8G; **IBM** 1-240/20; 260/9B; 280/4B; 300/2; 4-280/10; 300/6B; 7-280/16G; 300/12; **Norsk Hydro** 1-35/6,1B; 40/1,7; 45/0,65B; 4-35/7G; 40/3G; 45/2; 50/1,05G; 7-35/9B; 40/5B; 45/3B; 50/2; **Philips** 1-40/3,1; 45/0,90B; 4-35/8,5; 40/5; 45/2,5; 50/1,5; 7-30/16B; 35/9,4; 40/16; 45/3,1B; 50/2,5; **Royal Dutch** 1-176/14,5B; 180/14B; 186/120B; 190/9B; 200/3G; 4-180/16,6B; 180/20B; 190/12B; 7-180/25B; 190/15B; 200/10B; **Sony** 1-39,70/5,8B; 44,70/3B; 4-39,70/8B; 40/7B; 7-45/7B; **Xerox** 1-110/12,5B.

Verkaufsoptionen: AEG 1-280/3,2B; 300/9B; 320/15G; 4-260/4,5G; 300/13,4G; 320/20G; 7-300/21B; **BASF** 1-260/4B; 270/9B; 280/13B; 290/17G; 300/27; 4-260/6; 280/12G; **Bayer** 1-280/3G; 290/6,7B; 7-300/18B; **BHF** 1-500/5G; **Bekula** 1-140/7B; **BMW** 1-550/7; 4-500/12B; 550/15G; 600/35G; 7-500/15G; 550/20G; 600/50G; **Bay. Vereinsbk.** 1-500/17B; **Commerzbk.** 1-300/5,9; 312/9; 320/12G; 4-280/7; 300/12; 320/20G; 7-300/20G; **Conti** 1-280/4B; 300/7B; 4-320/14G; **Daimler** 1-1200/25B; 1300/60B; 4-1100/18B; 1200/50B; **Deutsche Bk.** 1-700/7,9B; 750/10B; 800/25G; 4-750/29; 7-800/60; **Dresdner Bk.** 1-380/9; 4-360/8G; 380/18; 400/28; 7-400/45B; **Harpener** 1-280/2,4G; **Hoechst** 1-260/7,5B; 290/30; 4-260/12; 7-240/8B; 260/16B; **Hoesch** 1-120/2; 130/5,2; 140/14; 150/25; 155/30; 4-120/5G; 130/8,6B; 140/15,1; 150/25,5; 160/35; 7-120/4G; 130/10B; **Karstadt** 4-420/6G; 440/16B; **Kaufhof** 4-500/18; **KHD** 1-180/6G; 4-200/20G; 7-180/14B; **Klöckner** 1-70/1,2G; 75/4; 80/8,5; 90/18; 95/23; 100/28; 4-70/4; 75/8,5G; 80/10G; 90/19; 95/24; 7-65/3,2G; **Lufthansa St.** 1-170/6G; 180/19B; 190/25G; 4-160/7,1G; 170/8G; 180/22G; **Lufthansa Vz.** 1-180/30G; 4-180/35B; **Linde** 4-800/40G; **Mercedes** 1-1000/10; ...

Rentenoptionen

Frankfurt: 11. 11. 1986
Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-106/2G; 108/0,5G; 110/0,6B; OKT87-106/1,7G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-106/1,5B; 108/0,3G; OKT87-106/1,7B; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/1,5G; 112/0,3G; OKT87-110/1,7G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/0,8G; OKT87-112/0,8G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/1,5G; 108/0,3G; OKT87-106/1,8G; 108/0,5G; 8 Bund 85 (95): APR87-108/1,5G; 110/0,3G; OKT87-108/2G; 110/0,5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/1G; OKT87-110/1,3G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-104/2,5G; 106/0,8G; OKT87-104/3G; 106/1,3G; 108/0,3G; 7 Bund 85 I (95): APR87-102/1,8G; 104/0,3G; OKT87-102/2,3G; 104/0,8G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/1,5G; 106/0,3G; OKT87-104/2G; 106/0,5G; 108/0,3G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-100/2,7G; 102/0,8G; 104/0,3G; OKT87-100/3G; 102/1,3G; 104/0,3G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-100/1G; 102/0,3G; OKT87-100/2G; 102/1,5B; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/1,5G; 104/0,3G; OKT87-102/1,8G; 104/0,5G; 7 Post 85 (97): APR87-100/1,2G; OKT87-100/1,8G; 102/1,8G; 104/0,5G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-108/1,7G; 110/2,7G; OKT87-108/3,3G; 110/4G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-106/1,7G; 108/2G; OKT87-106/3,5G; 108/3,8G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/2G; 112/2,5G; OKT87-110/4,3G; 112/4,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/2,3G; 114/3G; OKT87-112/4,8G; 114/5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/1,8G; 108/2,2G; OKT87-106/3,8G; 108/4G; 8 Bund 85 (95): APR87-110/2,5G; 112/3,5G; OKT87-110/4,5G; 112/5,5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/2G; 112/2,8G; 114/4,2G; OKT87-110/4,3G; 112/4,8G; 114/5,8G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-104/1G; 106/2,3G; 108/3,2B; OKT87-104/4G; 106/4,5G; 108/5G; 7 Bund 85 I (95): APR87-102/2G; 104/2,3G; 106/3,5G; OKT87-102/3,8G; 104/4,2G; 106/5G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/2G; 106/2,5G; 108/3,8G; OKT87-104/4G; 106/4,5G; 108/5,3G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-100/1,8G; 102/2G; 104/3G; OKT87-100/1,3G; 102/4G; 104/4,5G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-102/2,5G; 104/3,8G; 106/5,5G; OKT87-100/3,8G; 102/4,2G; 104/5G; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/2G; 104/2,5G; OKT87-102/3,2G; 104/4,5G; 7 Post 85 (97): APR87-102/2,3B; 104/2,5G; 106/4,2G; OKT87-102/4,5G; 104/4,8G; 106/5,9G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2600B. **Düsseldorf:** BMW 542, Goldschm. 237, Lehnkering 206G, O & K 116, Thüga 440. **Frankfurt:** BMW 550, Frankona 600, Fuchs St. 170bG, Fuchs Vz. 157bG, Goldschm. 234, Magdeburger Feuer NA 480G, Magdeburger Feuer 1100G, Mainkraft 539G, Mercedes 1140, Thüga 445G, Ymos Vz. 187. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1122, Stumpf 123,5, VAB 2600bB. **Stuttgart:** BMW, 560G, Fuchs St. 168G, Fuchs Vz. 160G, Goldschm. 230G, Mercedes 1115.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Allianz entf., Nixdorf entf. **Frankfurt:** Allianz entf., Nixdorf entf. **Stuttgart:** Mineralbr. Überk. 14.

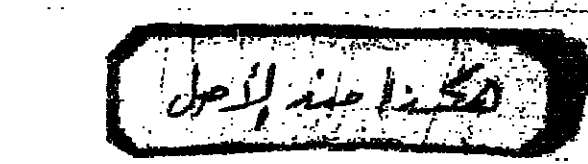
Devisenmärkte

Ein weiteres Abbröckeln des Dollar am 11. November vollzog sich bei mäßigen Umsätzen. Die ersten Kurse von 2,0450 wurden deutlich unterboten. Die amtliche Notiz von 2,0547 entsprach in etwa dem Tagestiefststand. Die Abwärtsbewegung vollzog sich kontinuierlich, jedoch nicht aggressiv. Allgemein werden die kommenden US-Daten wieder etwas negativer gesehen. Der mit 4,4 Prozent zugeteilte neue Zinstender wirkte sich ebenfalls nicht förderlich aus. Die D-Mark erfuhr auf breiter Front eine höhere Bewertung. Auch das Englische Pfund kam mit einem Rückgang um 0,75 Prozent wieder kräftig ins Schlingern. Weiter erholen konnte sich jedoch der Schweizer Franken. Er stieg um 30 Pfg. auf 120,59. Dollar in: Amsterdam 2,301; Brüssel –; Paris –; Mailand 1406,20; Wien 14,356; Zürich 1,6859; Ir. Pfund/DM 2,729; Pfund/Dollar 1,438; Pfund/DM 2,926.

Devisen und Sorten

11.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Frankf. Brief	Devis. Ank.-Kurs[1]	Wechs.Sorten* Ankauf	Wechs.Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0507	2,0587	2,055	1,99	2,09
London[2]	11,0	2,919	2,935	2,893	2,88	3,03
Dublin[2]	12,0	2,722	2,736	2,668	2,63	2,78
Montreal[1]	8,59	1,4607	1,4687	1,4584	1,41	1,52
Amsterd.	4,50	88,38	88,60	88,32	87,50	89,25
Zürich	4,00	120,59	120,79	120,60	119,80	121,75
Brüssel	8,00	4,805	4,825	4,785	4,68	4,87
Paris	9,50	30,505	30,665	30,36	29,75	31,60
Kopenh.	7,00	26,41	26,53	26,19	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,10	27,22	26,59	26,25	28,00
Stockh.	7,50	29,15	29,31	28,99	28,25	30,00
Mailand[3]**	12,0	1,4415	1,4515	1,4255	1,41	1,49
Wien	4,00	14,19	14,23	14,167	14,10	14,51
Madrid	8,00	1,488	1,498	1,455	1,435	1,555
Lissabon**	14,5	1,356	1,376	1,327	0,90	1,50
Tokio	3,00	1,2525	1,2555	1,256	1,215	1,275
Helsinki	8,50	41,06	41,26	40,495	40,00	42,00
Belgrad* **	–	–	–	–	0,18	0,58
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,438	1,492	–	0,80	1,55
Ankara* **	–	–	–	–	0,18	0,37
Sydney*	–	1,3015	1,3205	–	1,26	1,38
Johannbg.*	10,0	0,885	0,917	–	0,71	0,96
Hongkong *	–	25,92	26,28	–	23,50	30,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder - Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Rentenmarkt ohne Linie

Am Rentenmarkt fehlte es an Anregungen. Die langlaufenden öffentlichen Anleihen zogen bis zu 0,40 Prozentpunkte an. Dagegen gaben kürzere Laufzeiten um die gleiche Spanne nach. Der von der Bundesbank aufgelegte Zinstender wird diskutiert. Einige erkennen in den Konditionen die Absicht, eine Diskontsenkung vorzubereiten, andere ein Mittel, die Geldmengenausweitung in den Griff zu bekommen. Die nächste Bundesanleihe soll wieder auf Inlandserfordernisse zugeschnitten werden.

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kaffee schloß in den vorderen Terminen schwächer, Kakao beendete das Geschäft bruchteilig fester.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	10.11.	7.11.
Dez.	282,75-282,50	286,75-288,25
März	270,75-270,00	272,25-273,50
Mai	255,50-256,00	257,00-257,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif

St.L. 1 CW	201,98	201,98
Am Durum	199,76	199,76

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez	99,50	99,00
März	104,50	103,50
Mai	104,50	103,70

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Dez	85,20	83,00
März	82,70	82,50
Mai	82,30	82,50

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	147,00	144,00
März	146,00	141,25
Mai	145,50	139,50

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	172,50-172,00	173,25-173,00
März	181,25-181,00	182,50-182,25
Mai	187,75-187,50	188,25-188,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Dez.	85,90	85,00
März	84,60	84,50
Mai	84,70	84,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	10.11.	7.11.
Dez.	172,00-172,49	175,60-176,00
März	166,50-167,20	168,75-169,00
Mai	165,10-166,00	167,50-167,75

KAKAO New York ($/t)

	10.11.	7.11.
Dez.	1896-1898	1835-1892
März	1935-1940	1927-1938
Mai	1966-1968	1967-1969
Umsatz	2131	-

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	6,57-6,64	6,60
März	7,08-7,10	7,16-7,19
Mai	7,20-7,21	7,29-7,30
Juni	7,31	7,42-7,44
Sept.	7,40-7,44	7,52-7,59
Umsatz	6958	6251

Iso-Preis fob karibische Hafen (US-c/lb) 6,17 6,10

KAFFEE London (£/t) Robusta

	10.11.	7.11.
Nov.	2579-2380	2377-2580
Jan	2280-2285	2525-2530
März	2155-2158	2188-2190
Umsatz	4674	3286

KAKAO London (£/t)

Dez.	1462-1465	1477-1478
März	1495-1496	1508-1509
Mai	1517-1518	1530-1531
Umsatz	2958	2146

ZUCKER London ($/t) Nr 6 (fob)

	10.11.	7.11.
Dez.	146,60-147,20	149,00-149,40
März	158,80-158,80	161,00-161,20
Mai	161,40-161,80	163,60-164,00
Umsatz	2887	1572

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	11.11.	10.11.
schw		
Saraw.spez.	952,50	952,50
weiß Saraw	1355,00	1355,00
weiß Munt.	1370,00	1370,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	10.11.	7.11.
Nov.	121,90-122,10	120,60
Jan.	122,40	120,90
März	122,30	121,00
Mai	122,10-122,30	121,00-121,20
Juli	121,80	121,00
Umsatz	700	400

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	10.11.	7.11.
	30,50	31,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 21,25 21,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	15,42-15,41	15,41-15,42
Jan.	15,57-15,60	15,55-15,59
März	15,88	15,85
Mai	16,08	16,05
Juli	16,25	16,20-16,25
Aug.	16,30	16,25-16,35
Sept	16,20-16,21	16,20

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk. 16,25 16,25

SCHMALZ Chicago (c/lb) loco lose 14,50-15,50 14,50; Choise white hog 4 % fr. F 10,50 10,50

TALG New York (c/lb)

top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	9,25	9,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	52,75-52,65	52,00-52,10
Febr.	49,15-49,00	48,20-48,30
April	43,50-43,40	43,00-42,80

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	66,50-66,20	64,85-64,87
März	64,85-65,20	63,87-63,87
Mai	64,40-64,65	63,95

HÄUTE Chicago (c/lb) 10.11. 7.11.
Ochsen einh. schwere River Northern 66,00 66,00
Kühe einh. schwere River Northern 60,00 60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov	495,5-495,75	497,25-497,0
Jan	500,5-500,0	500,5-500,0
März	505,75-505,5	505,5-505,75
Mai	510,75	509,5-509,25
Juli	513,25	512,25
Aug	511,0	510,5
Sept	502,5	501,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Dez.	150,2-150,0	150,2-150,4
Jan.	149,6-149,7	149,6-149,5
März	149,8-149,5	149,5-149,7
Mai	150,0	150,0
Juli	150,0	150,0-149,8
Aug	150,5	150,3
Sept.	149,5	149,0-149,3

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	10.11.	7.11.
Okt.	231,90	232,60
Dez.	240,50	240,60
März	245,50	245,40

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk 10.11. 7.11. 18,00 18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. 11.11. 10.11. cif 570,00 570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 370,00 370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 317,50 325,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 74,00 75,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 400,00 410,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif - -

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2

	10.11.	7.11.
Dez.	49,90-50,00	48,15-48,35
März	50,10-50,15	48,35-48,40
Mai	50,40	48,65-48,75
Juli	50,50	49,01
Okt.	51,20-51,30	49,60-49,65
Dez.	51,55	49,95-50,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 45,00 45,375

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.

	11.11.	10.11.
Dez.	558-559	564-567
Jan.	547-550	552-554
März	547-550	552-554
Umsatz	2498	2489

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	11.11.	10.11.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	-	-

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	11.11.	10.11.
Dez.	661,00-670,00	661,00-670,00
-	-	-
-	-	-
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	11.11.	10.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	11.11.	10.11.
Nov	12530	12510
Dez.	12250	12211

KAUTSCHUK London (p/kg)

	10.11.	7.11.
spot	65,00-68,00	65,50-68,50
RSS 1 Dez.	63,25-64,25	63,75-64,75
RSS 2 Dez.	62,25-63,25	62,75-63,75
RSS 3 Dez.	61,25-62,25	61,75-62,75

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	11.11.	10.11.
Dez.	225,00-227,00	225,00-227,00
Jan.	226,00-228,00	226,00-228,00
Nr 2 Dez.	222,50-223,50	223,00-224,00
Nr. 3 Dez.	218,50-219,50	219,00-220,00
Nr. 4 Dez.	214,50-215,50	215,00-216,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	11.11.	10.11.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	11.11.	10.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd Mon.	233,76-233,91	234,48-234,63
dritt. M.	234,64-234,79	235,66-235,81
BLEI: Basis London		
lfd Mon.	94,15-94,30	95,74-95,89
dritt. M.	92,54-92,68	93,08-93,23
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	733,25-734,72	756,48-757,96
dritt. M.	746,45-747,04	768,30-768,60
ZINK: Basis London		
lfd. Mon	159,85-162,78	159,57-162,55
Prod.-Pr.	187,56	188,87
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg) 11.11. 15,45 10.11. 15,49

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	11.11.	10.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	270,28-272,33	270,97-273,04
BLEI in Kabeln	101,75-102,75	103,50-104,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	11.11.	10.11.
MS 58, 1.VS	263-265	264-266
MS 58, 2.VS	313-314	313-317
MS 63	291-295	291-295

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	11.11.	10.11.
Leg. 225	240-260	240-260
Leg. 226	242-262	242-262
Leg. 231	277-292	277-292
Leg. 233	287-307	287-307

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	11.11.	10.11.
PLATIN (DM/g)	38,458	39,308
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	31008	31550
Rückn.-Pr.	26400	26700
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27330	27620
Rückn.-Pr.	26600	26880
verarbeitet	286708	289808
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26800	27050
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	385,50	391,40
Rückn.-Pr.	373,70	379,40
verarbeitet	402,408	408,608

Internationale Edelmetalle

	11.11.	10.11.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	407,40	409,90
15.00	406,00	410,75
Zürich mitt.	407,40-407,90	410,30-410,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	geschl.	88450
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	398,60	401,65
3 Mon.	409,25	412,30
6 Mon.	420,05	422,85
12 Mon.	440,80	444,30
PLATIN (£/Feinunze) London	11.11.	10.11.
fr. Markt	382,05	394,50
PALLADIUM (£/Feinunze) London	11.11.	10.11.
f. Händl.-Pr.	89,55	90,35

New Yorker Metallbörse

	10.11.	7.11.
GOLD H & H Ankauf	410,75	408,20
SILBER H & H Ankauf	581,00	575,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	566,00-568,00	560,00-563,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	130,00-133,00	129,00-131,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Dez.	407,10-407,80	410,50-410,80
Febr.	409,10	412,20
Apr.	410,00-410,70	413,50-414,30
Juni	413,90	417,10
Aug.	417,20	420,30
Umsatz	42000	24000
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	575,00-576,50	577,00
Jan.	578,60	577,50-578,00
März	582,50-584,00	581,60
Mai	589,00-589,50	586,50-587,50
Juli	592,00-596,00	592,10
Sept.	600,10	597,70
Dez.	610,50-611,00	605,60
Umsatz	13000	16500

KUPFER (c/lb)

	10.11.	7.11.
Dez.	58,80-58,90	59,10-59,20
Jan.	59,00	59,25
März	59,35	59,60-59,65
Mai	59,85	60,15
Juli	60,25	60,50
Sept.	60,45	60,80
Dez.	61,10	61,35
Umsatz	3400	4200

Londoner Metallbörse

	11.11.	10.11.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	797,00-797,50	795,00-796,00
3 Mon.	800,00-800,50	799,50-800,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	321,00-321,50	322,50-323,00
3 Mon.	315,50-316,50	315,00-315,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	903,00-903,50	898,50-899,00
3 Monate	925,50-926,00	921,50-922,50
ab. Kasse	-	901,00-902,00
3 Monate	-	924,50-925,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	879,50-880,00	879,00-879,50
3 Monate	905,00-907,00	904,50-906,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	585,00-586,00	574,00-576,00
3 Monate	566,00-567,00	564,00-565,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	-	150-170
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	10.11.	7.11.
Dez.	43,18-43,95	43,30-43,50
Jan.	44,85-44,95	44,35-44,60
Febr.	45,40-45,45	44,80-45,10
März	43,95-44,10	43,60-43,85

GASÖL – London ($/t)

	10.11.	7.11.
Nov.	-	124,50
Dez.	130,50-130,75	129,25
Jan.	133,75-134,00	133,25-133,50
Febr.	135,25	135,25-136,00
März	129,50-130,75	130,00-131,50
April	127,50-128,50	130,00-130,50
Mai	121,00-127,50	126,00
Juni	128,50	137,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)

	10.11.	7.11.
Dez.	41,55-41,75	41,20-41,30
Jan.	41,90-42,05	41,70-41,85
Febr.	42,55-42,70	42,40-42,50
März	43,45-43,50	43,05
April	44,00	44,85

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	10.11.	7.11.
Dez.	15,31-15,35	15,12-15,20
Jan.	15,40-15,45	15,28-15,35
Febr.	15,37-15,40	15,28-15,36
März	15,30-15,33	15,30
April	15,25	15,27

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	10.11.	7.11.
Arabian Lg.	11,91	11,76
Arabian Hv.	11,63	11,47
Iran Lg.	14,05N	14,05N
Forties	14,10	14,00
North Brent	14,35	14,30
Bonny Light	13,85N	13,85N

Kartoffeln

London (£/t)

	10.11.	7.11.
Nov.	-	105,00
Febr.	119,00	125,00
April	163,00	166,60
Mai	181,00	185,50

New York (c/lb)

	10.11.	7.11.
Nov.	4,56-4,60	4,60
März	4,75-4,77	4,75
Mai	5,69	5,73
-	-	-

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	10.11.	7.11.
Nov.	193,70-193,90	190,60-191,70
Jan.	172,50-172,60	172,50
März	170,50	169,30
Mai	170,30	169,50

Devisenterminmarkt

Am 11. 11. waren leicht erhöhte FF-Deports und Sfr-Deports zu beobachten

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,22	0,75-0,63	1,45-1,25
Pfund/Dollar	0,62-0,60	1,74-1,71	3,30-3,25
Pfund/DM	2,30-0,90	5,20-3,60	9,20-7,80
FF/DM	-15-p	33-17	61-45

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.11.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 11.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 11.11.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4½-4⅝	3-3⅛
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4¾	3¾-4
6 Monate	6-6¼	4⅝-4¾	3¾-4
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4¾	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 11.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,50; Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 13,00, Verkauf 16,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 11.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1670	198,00	254,22	35,46
20 fr. Napoleon	5,8070	148,00	197,36	33,96
20 sfr Vreneli	5,8070	161,00	212,04	36,51
1 Sovereign Neu	7,3220	185,00	237,12	32,38
1 Sovereign Alt	7,3220	185,00	239,40	32,70
100 Kronen Öster	30,4880	765,00	940,50	30,85
20 Kronen Öster	6,0980	151,00	194,94	31,97
10 Kronen Öster	3,0480	80,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster.	13,7700	369,00	454,86	33,07
1 Dukaten Öster.	3,4420	84,00	116,28	33,78
10 Rubel Tscherw.	7,7423	199,00	255,56	32,98
Krugerrand 1 Uz	31,1035	811,00	964,44	31,01
Krügerrand ½ Uz	15,5517	428,00	510,72	32,84
2 Rand Südafrika	7,3220	181,00	234,84	32,07
1 Rand Südafrika	3,6610	84,00	118,56	32,36
50 C.S Mapl.L.1 Uz	31,1035	840,00	997,50	32,07
5 C.S Mapl 1/10 Uz	3,1103	87,00	110,58	35,55
20 US-$ Dol. Eagle	30,0930	1000,00	1288,20	42,81
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	848,00	1006,62	32,36
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1160,00	1368,80	43,98
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	119,00	151,62	48,75

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 11.11.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,10	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,70
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,25	6,85
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	140,00	9,18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,64	5,52
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,21	5,52
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,69	6,72
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,55	7,16
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,09	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,70	7,05
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,63	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,59	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,46	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,09	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,87	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,00	6,55
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,95	6,64
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,00	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,70	7,13
WestLB 500	176,86	16.2.89	114,50	4,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,05	5,20
WestLB 504	141,85	1.10.91	106,80	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,60	5,73
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,00	6,87
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,34
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	36,10	8,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,35	7,87
Prud Realty	$ 100	15.1.99	72,90	9,04
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,625	7,66
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	66,375	8,14
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,52
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	66,625	8,34
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	65,125	8,40
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,75	8,27
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,25	9,36
Penney (A+)	100,00	17.2.94	53,625	8,94
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,25	8,70
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	52,25	8,94
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,625	8,52

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,72 (4,72)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,05 (5,05)	99,90	101,6	103,5	105,3	107,2	109,0
3	5,40 (5,40)	98,65	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,80 (5,79)	96,90	100,7	103,8	107,5	110,8	114,5
5	6,00 (6,00)	95,40	100,0	103,8	108,0	112,2	116,4
6	6,20 (6,19)	93,65	99,00	103,4	108,3	113,2	118,0
7	6,51 (6,50)	91,20	96,65	102,2	107,6	113,1	118,5
8	6,81 (6,80)	88,55	94,55	101,2	106,6	112,5	118,5
9	6,92 (6,92)	86,85	93,35	100,5	106,4	112,9	119,4
10	6,95 (6,94)	85,65	92,65	100,4	106,7	113,7	120,7
15	7,20 (7,20)	79,45	88,40	98,20	106,3	115,2	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,033 (112,055)
Performance-Rentenindex: 248,584 (248,571)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	10. Nov.	5,875-5,945
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,88
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,875
	60 Tage	5,800
	90 Tage	5,775
Certificates of Deposit	1 Monat	5,90
	2 Monate	5,85
	3 Monate	5,85
	6 Monate	5,85
	12 Monate	6,15
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,41
	26 Wochen	5,54
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,34
	30 Jahre	7,62
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	27. Okt.	704,3 Mrd. $ (+1,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Dez.	142,10	141,50
März	142,45	141,90

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	10.11.	7.11.
9¾ EEC 90	105,5	105,875
11¼ dgl. 90	111	111,375
10¾ EIB 93	110,125	110,5
11 dgl. 91	113,25	113,75
11½ dgl. 90	114,375	114,625
11½ dgl. 93	120,875	121,25
12 dgl. 95	122,5	123,125
12¼ dgl. 90	116,625	116,875
12¾ dgl. 93	127,375	128,375
13 dgl. 96	120,625	121
10¼ Wld. Bk 95	112,5	113,5
10¾ dgl. 88	105,25	105,25
10¼ dgl. 90	110,5	111
10¾ dgl. 93	115,375	116,125
11 dgl. 92	114,375	115,125
11¼ dgl. 88	108,75	108,75
11¼ dgl. 90	113,75	114,125
11½ dgl. 87	109	109,25
11½ dgl. 90	113,625	114,125
12 dgl. 93	123,375	125
12¼ dgl. 94	125,25	126,125
12½ dgl. 94	128,375	129,5
6¼ Sears 91	104,25	104,25
6¾ Swed.Ex.91	102,625	102,5
7 TRW 94	101,375	101,625
6¾ Un.Tech.92	102,625	102,75
6¾ W.Disn.96	102,125	102,125
6½ World Bk96	103	103,125
6¾ dgl. 90	104	104
6¾ dgl. 94	104,5	104,25
7 dgl. 94	106,75	106,5

Euro-Yen

	10.11.	7.11.
6¾ Al.Corp 91	102,125	102,25
6¾ Alt.Sign93	101,75	101,875
7¼ ADB 94	108,5	108,5
7 Austria 95	105,75	105,75
7 BP 92	106,25	106,125
6¾ Denmark 97	104,5	104,25
7 Denm.Bk. 92	105,375	105,375
7 Dow Chem. 94	101,875	102,125
6½ EDF 95	104,875	105,125
6¾ Eurofima95	101,625	101,625
6¾ dgl. 92	102,75	102,75
6¾ dgl. 93	102,5	102,5
7¾ dgl. 94	105,5	105,375
6¾ Fannie 97	104,5	104,5
6¾ Finl.Rep95	104,375	104,375
6¾ GMAC 90	102,125	102,25
7¼ Goodyear95	102,5	102,5
6¾ dgl. 94	100,625	100,75
6¾ ITT 97	105,375	103,5
6¾ McDonal.97	102,5	102,625
6¾ Montreal95	105,625	103,375
6¾ Nord.LB 93	102,25	102,25
6 NIB 91	101,125	101,5
7 dgl. 92	105,375	105,75
7 Pac.Gas 94	-	-
6¾ Penney 92	103	103
6¾ Procter 92	103,25	103,375
6¾ Sallie 92	103,375	103,375

Lux. Franc Bonds

	10.11.	7.11.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	102	102
6¾ Asian Dv87	99,5	99,5
10¾ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	107	107
10¼ Ceca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	103,5	103,5
13 dgl. 91	101	101
8¾ Conseil 95	105	105
12¾ dgl. 92	105	105
8 Coptel 88	100,25	100,25
8¼ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	105,25	105,25
7¾ Den.Mtg. 88	99,75	99,75
8¾ EEC 95	105	105
8¼ Euratom 89	103	103
10¼ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8¾ Eurol. 89	102,5	102,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105	105
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	105	105
9¼ dgl. 95	107,5	107,5
9¾ dgl. 88	101,5	101,5
9¾ dgl. 93	106	106
10¾ dgl. 94	112,5	112,5
11¾ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	106	106
8¾ Goodyear95	103,25	103,25
9¾ Ind.B.F.95	104,25	104,25
9¼ Hypo Sk.88	101,5	101,5
11 Kredset 93	104	104
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
12¾ dgl. 88	102,5	102,5
10 dgl. 90	104	104
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8¾ dgl. 87	99,75	99,75
8¾ Met.Chem92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8¾ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10¾ Paribas89	103,75	103,75
8 Philips 89	100	100
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7¾ Sogenal 91	100	100
9¾ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9¾ dgl. 90	103,5	103,5
10¾ dgl. 89	103	103

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	10.11.	7.11.
8¼ Cop City91	99	99
12¾ dgl. 92	101	101
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¼ Ned. G.88	100,5	100,5
9¾ Queb. P.94	99,5	99,5
8¼ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	10.11.	7.11.
7¾ Aegon 95	92,75	95
9¾ ABN 92	102,5	103,25
9 ANA 95	103,5	103,625
9¾ ANZ 92	105,875	105,875
10¾ Austria95	111,125	111
10 BNDA 92	103,875	104
8¾ B.d.Roma95	98,875	99
9 M.+Hope 92	103,5	103,5
9 Bk.Hels.96	99,75	100
7¾ BNP 93	95,375	95,375
8¾ dgl. 95	103,625	103,625
8¾ Bay.Vbk.88	102	102
8¾ BFCE 93	101,75	102
9¾ dgl. 92	107,25	107,375
9¾ dgl. 95	107,25	106,875
9¾ BuR 97	102,375	102,5
9¾ CNT 92	107,125	107,375
9¾ dgl. 95	106,75	107
8¾ Cargill 95	102,125	102,125
10¾ Ceca 89	106,5	106,5
9 Chryst. 92	100,25	100,375
9¾ dgl. 94	100,25	100,5
9 ClubMed 88	103,125	103,25
9 Colgate 91	103,375	103,75
9 Cop City 95	101,75	101,625
9¾ CCF 95	104,375	104,5
9¾ CrdNord 91	104,375	104,5

	10.11.	7.11.
11¼ CrdFonc90	-	-
11¼ dgl. 90		
6¾ CrdLyon 92	93,5	93,5
8¾ CrdNat 95	103,875	104
10¾ dgl. 94	109,625	109,75
8¾ Crdanst.94	103	103
9¾ Credito 92	104,5	104,5
7¾ Denmark 96	96,125	96,125
9 EDF 97	103,875	103,875
8¾ EEC 95	103,625	103,75
8¾ ElfAqu. 88	101,875	102
9 Enso Gut 91	101,625	101,25
9¾ dgl. 95	101,625	101,625
10 Euratom 97	106,125	106,25
7¾ dgl. 96	93,875	94
9¾ Eurofima95	103	103,125
9¾ EIB 90	104,625	104,75
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	10.11.	7.11.
9 Petroc.95	98,25	98,25
9¾ Peugeot 90	104	103,75
8¾ Phibro 96	99,625	99,625
9 Philips 95	102,5	102,5
9¾ Pilbo 92	105,375	105,25
10 Prvbk. 92	105,25	105,375
7¾ Robobk. 96	95,375	95,625
8¾ Reynolds91	102,625	102,5
9 SAS 95	103,875	103,75
9 Sanwa 95	102,625	102,625
8¾ Secpac 90	101,75	102,125
9 SNCI 95	103,125	103,25
8¾ Swaltomo92	104	103,75
9¾ dgl. 95	106,125	106,125
9 dgl. 95	104	104,25
6¾ Schweden96	99,375	99,625
7 Unbk.Nor.95	102,125	102,25
[illegible]	104,125	104,125

ECU-Tageswerte

[illegible]

Dollar	1,19585	1,19065
DM	2,45812	2,45774

SZR-Wert

[illegible]

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

RITTER Starkstromtechnik

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen der Elektrobranche mit rund 380 Beschäftigten in Dortmund und Olfen. Seit über 50 Jahren planen, bauen und installieren wir elektrotechnische Anlagen.

Für unseren Geschäftsbereich Anlagen – Mittelspannungs-, Niederspannungs- und SF_6-isolierte Schaltanlagen – suchen wir freie

Vertretungen

Wir denken dabei an Vertriebspartner, die bereits eingeführt sind – sowohl in der Industrie als auch bei EVUs.

Kontaktaufnahmen erbitten wir schriftlich oder telefonisch mit unserem Vertriebsleiter, Herrn Mattner, Telefon-Durchwahl (0 25 95) 381-24.



Wir sind an der Übernahme einer Werksvertretung oder eines Auslieferungslagers interessiert.
Büro, Lager, Fuhrpark und techn. Personal sind vorhanden.
Antragen unt. X 6675 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Partner für hochwertige Damen- oder Herrenkonfektion gesucht. Laden und Einrichtung aufs modernste vorhanden. Innenstadt Hamburg.
Angebote u. W 6674 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Advance Resins sucht nur für eigene Produkte
Verkaufsrepräsentanten in Europa
Muß Erfahrung in Einspritz-Form (Molding), Ind.-Kunststoffen haben. Tel. Auskunft bis 14. 11., während „K" 86: 02 11 / 4 54 06 03 od. danach: Bewerbungen in Englisch zu richten an:
M.E. Bruck, Advance Resins Corp., Building 7502, Westover Industrial Airpark, Chicopee, MA – 01022 USA.

Unser schlechtester Mitarbeiter verdient
5000,– DM im Monat
Die Gebietsleitungen für PLZ 68 u. 69 sind zu vergeben.
Ein Gespräch lohnt sich.
Telefon 0 62 21 / 4 99 14

Wiener GmbH
mit oder ohne Bürohaus in Wiener Nobelbezirk und Münchner Tochtergesellschaft mit hohem Verlustvortrag zu verkaufen. Unter „1.004" an Publicitas, A-1011 Wien, Hoher Markt 12.

Stahl-Schnellbauhallen, Container für Büro, Sanitär und Lager, neu und gebraucht, großes Mietlager. 06 21 / 89 40 71. Büro, 42 Oberhausen, 02 08 / 66 37 66

Bonner Kontakte

Langjähriges Vorstandsmitglied mit guten Verbindungen und Erfahrungen, eig. Büro, kann noch Aufgaben übernehmen.
Kontaktaufnahme über Z 6677 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Barter-Geschäfte
Wir vermarkten Rohöl und Raffinerieprodukte aus Bartergeschäften.
Zuschr. erb. u. Z 6633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in Stuttgart
Post- u. Telefonadresse, Schreibservice, Besprechungsraum, Vermittlungen.
Tel. 07 11 / 85 64 51

Deutscher Repräsentant
in Australien lebend, sucht f. Australien deutsche Firmen, die ihre Produkte od. Aktivitäten in Australien auf-/ausbauen wollen. Kontaktaufnahme i. Deutschland u. Telex 8 585 211

K.G. Fleisch- u. Wurstwarenfabrik
vergibt stille od. tätige Beteiligung. Verzinsung 12% p. a. + Gewinnausschüttung. Angebote unter G 6706 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tel. 02 01 / 48 00 24 DM 4,70!

Repräsentative Übernahme
verschiedene Produkte (mit Gebietschutz) oder als Außendienstmitarbeiter für den südlich. Raum mit Sitz in Ulm gesucht. Exkl. Büro vorhanden. Namhafte Firmenbezeichnung mit geschützter Eintragung kann übernommen werden.
Zuschriften erbeten unter Y 6652 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Neuheit
Für Schnarch-Stop, ein patentiertes u. intern. bewährtes Produkt gegen Schnarchen, suchen wir umsatzstarke Vertriebsorg. für die Bundesrepublik.
SAVA Int.
Große Bleichen 8, 2000 Hamburg 36
Tlx. 2 161 757
Fax (0 40) 35 30 44

Shop-Lizenz!
Möchten Sie nicht Eigentümer(in) einer Parfümboutique werden?
Interessenten melden sich bitte bei:
Lee van Clee Deutschland
Friedrich-Ebert-Straße 59
6833 Waghäusel-Wiesental

Fregattenkapitän

47 Jahre, in 27 Dienstjahren tätig gewesen als: Zugführer, Personaloffizier, Schiffswaffenoffizier, Schiffsoperationsoffizier, Chef Stabspersonal, Adjutant, Kompaniechef, Kommandant, Bataillonskommandeur, Dezernatsleiter, Stabsabteilungsleiter; Spezialausbildung Marineführungsdienste, Wirtschaftsseminare; Personalfachmann, Sicherheits-, Nachrichten-, Fernmeldespezialist mit EDV-Background. Stärken: Menschenführung, Organisation, Ausbildung, Prüfwesen, Planung und Realisierung von Projekten, Stabsarbeit, Vortragstätigkeit, Englisch gut, Französisch Schulkenntnisse, sucht neue berufliche Herausforderung, vorzugsweise Norddeutschland, aber nicht Bedingung. Branchenungebunden, ausgedehnte Reisetätigkeit kein Hindernis.
Zuschr. erb. u. S 6846 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kfm. (35) sucht Position als
Assistent der Geschäftsführung, des Vorstandes

Ich biete: Schnelle Einarbeitung und Entlastung, Organisationstalent, analytisches Denken und Kreativität bei Problemlösungen, Belastbarkeit, ständige Lernbereitschaft.
Sie bieten: Herausfordernde Position mit Perspektive, schnelle Einbindung in Verantwortung.
Zuschr. unter D 6857 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Psychologe

42, mehrjährige Tätigkeit Diagnostik der Leistungsmotivation und Berufseignung, Berufswegberatung, Planung, Durchführung, Evaluation von Trainingskursen zur Förderung der Leistungsmotivation und Bildungsbereitschaft, in ungekündigter Stellung, sucht neue Position im Bereich Mitarbeitermotivierung und -fortbildung.
Zuschr. u. A 6854 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Anwendungsprogrammierer
EDV-Kfm., 28 J., ungekündigt, sucht neuen Wirkungskreis. 3½ Jahre Nixdorf 886x/Assembler und Cobol, 1 Jahr UNIX/C-Kenntnisse.
Zuschr. erb. u. X 6851 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

15 Jahre USA-Erfahrung
Industriekaufmann, 38 J., m. Erfahrung i. Verkauf, Marketing, Erstellung u. Führung einer Betriebsstätte, Unternehmerisch handelnd u. viel Pioniergeist, sucht inter. Aufgabe in USA od. Bundesrepublik.
Ang. u. T 6693 an WELT-Verl. Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Versicherungskaufmann
47 J., 25 J. Maklertätigkeit, HUK-Bereich, Betrieb u. Schaden, sucht aus persönl. Gründen im Großraum Hamburg einen neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. P 6844 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ingenieur (FH)
allgem. Masch.-Bau, 50 J., mehrj. Erf im Stahl-, Maschinen- u. Anlagenbau, im Vertrieb, der Auftragsabwickl. u. im gewerbl. Rechtsschutz als Proj.-Ing., Gruppenleiter u. Leiter der Patentabt., in ungekündigter Stellung, sucht im Großr. HH verantwortungsvolles Aufgabengebiet wegen wirtschaftl. Schwäche des Arbeitgebers.
Zuschr. erb. u. C 5680 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Auch ich suche eine
„NEUE HEIMAT"

Langjährig aktiver Immobilienvertriebsspezialist würde sich bei einem interessanten Angebot verändern.
Was biete ich:
Reiche Erfahrung in allen Abschreibungsformen – Spezialität Aufteilung von A–Z. Gute Kontakte zu Verkäufern und End-Banken. Absolute Loyalität, vollen Einsatz, repräsentative verhandlungssichere Persönlichkeit, Pragmatiker. Derzeitige Aufgabe Vertriebsaufbau-Leitung, Durchführung aller Schulungen von Sach- bis Verkaufs- und Motivationstraining.
Was erwarte ich:
Eine Firmenstruktur, die unser Geschäft, das ich liebe, ebenfalls langfristig sieht. Die auch finanziell in der Lage ist, längerfristig zu denken und zu handeln. Bei der auch eine mündliche Vereinbarung noch was gilt und die eine gesunde, umsatzstarke Vertriebsorganisation aufbauen oder leiten lassen will. Die Objekte sollen in wirtschaftlichen Ballungsräumen sein und endlich mal dem Anleger gegenüber fair kalkuliert.
Wer könnte das sein:
Objekteigentümer, die bisher nur global verkauft haben: Banken, Fonds, Versicherungen und ähnliche oder Initiatoren, die auch an morgen denken.
Setzen Sie sich doch direkt mit mir in Verbindung, lassen Sie mich wissen, wie Sie eine Vertriebs-/Geschäftsleitungsposition ideell und materiell ausrüsten, und schreiben Sie, was Sie erwarten.
Zuschriften unter G 6860 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Geschäftsleitung

Allround-Man, mit breiter Berufspraxis und abgerundeter theoretischer Ausbildung, möchte sich verändern. **Berufsschwerpunkte:**
Vertrieb – Marketing
Controlling – Unternehmensplanung
Unternehmenskonzeptionen
Habe umfangreiche Erfahrungen auf Geschäftsleitungsebene und mittlerem Management in mittelständischem Unternehmen.
Zuschriften unter X 6719 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bereichsleiter Materialwirtschaft

Dipl.-Volksw. (FH), 47 J., Lehre Maschinenbau u. Industriekaufmann, langj. Führungserfahrung in der Industrie, besondere Kenntnisse in den Bereichen Nahrungsmittel, Roh- u. Hilfsstoffe, Verpackungsmaterial, Investitionsgüter sowie in den Bereichen Lager- u. Distributionswesen u. Projektmanagement, ungekündigt, sucht herausfordernden Aufgabenbereich mögl. im Großraum Hamburg.
Zuschr. u. D 6681 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsaufgabe in EDV-Organisation
– Biete langj. Erfahrung in Projektleitung (DDP-Großprojekt Warenwirtschaft; Einkauf, Rezeptur) und Gruppenleitung (Kalkulation, Kostenrechnung, Lohn- und Gehaltsabrechnung), Beratererfahrung, IBM-Welt.
– Suche verantwortungsvolle Führungsaufgabe als Leiter EDV-Organisation.
– Bin 41 J. alt, Dipl.-Ing. Produktionstechnik, verh., ungekündigt, frei frühestens ab 1. 4. 87. Raum Hamburg bevorzugt.
Angebote erb. u. T 6869 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einzelhandelskaufmann – Berlin
30, sucht kfm. Führungsposition, biete über 11jährige Handelserfahrung, z. Zt. stellvertretender Geschäftsleiter eines Filialunternehmens.
Angebote u. H 6861 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1.

Finanz- und Rechnungswesen/kaufm. Verwaltung
Bilanzbuchhalter (IHK)/praktischer Betriebswirt/Industriekaufmann, 40 Jahre, langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Leiter Finanz- und Rechnungswesen mit den Aufgabenschwerpunkten: Bilanzierung, Steuerrecht, Finanzierung, Gehaltsbuchhaltung, Kostenrechnung/Controlling, EDV-erfahren, sucht entsprechend anspruchsvolle Aufgabe im Raum NRW.
Zuschr. unter U 6716 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Welches Unternehmen hat Mut und stellt einen „Pleitegeier" ein?
Ich biete: Akademiker aus gutbürgerlicher Familie, 43 Jahre, verheiratet, 1,96 m, gepfl. Erscheinung, Charisma, Zuverlässigkeit, Loyalität, Kreativität, Erfahrung in Konkursabwicklung, Vergleich u. v. m.
Ich erwarte, daß Sie nicht der Meinung sind, ein „Pleitegeier" sei eine ansteckende Spezies, sondern daß er ein sehr nützlicher Berater sein kann.
Angeb. u. B 6865 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GOLDSCHMIED
21 Jahre, sucht Stelle von Februar bis Juli 87. Angebote an:
Volker Ahrens
Niederrheinallee 327
4133 Neukirchen-Vluyn

Kaufmann
37 J., verh., ungekündigt, Erfahrung im Außendienst, Ausland, Export, engl. sprechend, sucht zwecks Neuorientierung Außendienst bzw. Reisetätigkeit im Angestelltenverhältnis, auch überregional, Standort PLZ 46, ggf. Bürotätigkeit, Einarbeitung möglich.
Zuschr. unt. R 6713 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

ACHTUNG!
Einfuhrkaufmann, flexibler Kaufmann mit Niveau sucht Tätigkeit – Chauffeur-, Sekretär-, Botendienst etc. angenehm – auch auf selbständiger Basis.
Freundliche Angebote unter U 6848 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kfz-Meister
(30 J.), geht nach Australien! Für welche Firma kann er von Nutzen sein? (Schwerpunkt: Lkw).
Angeb. u. S 6866 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsmann
intern. erf., Dr., Dipl.-Betriebswirt u. Ing., beste Kontakte zur Industrie, sucht neuen Wirkungskreis weltweit.
Zuschr. u. F 6837 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsprüfung/Controlling
Dipl.-Betr.-Wirt (Fin., Steuern, U-Prüf.), 28, Fremdspr., kfm. Engl., 3½ J. Berufserf. i. o. a. Bereichen, möchte sich verändern, entw. WI-Prüf., RW, BZW, Controlling.
Erste Kontaktaufn.: Panke & Partner, Tel. 0 23 04 / 8 05 38

Wer braucht Hilfe? Nachfolger? Rechte Hand?
Möchte mein Leben grundsätzlich neu orientieren
Hierzu gehört auch die Besinnung auf die Inhalte eines wirklich erfüllten Lebens. Kultur, Natur und Schutz der Kreatur sind unverzichtbare Ziele.
Bin 35 Jahre, verh., mittlere Reife. Gute Allgemeinbildung, fleißig, strebsam. Vielseitig belastbar, verhandlungssicher, gewandt, gute Umgangsformen. Zur Zeit als freier Mitarbeiter tätig.
Solide handwerklich, kaufmännische Ausbildung, langjährige Berufspraxis bis hin zur EDV. Mobilität gegeben, auch Ausland. Möchte zukünftig mit Ihnen gemeinsam Ihr Lebenswerk sichern und fortführen.
Zuschriften unter U 6870 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstruieren Sie Ihre Zukunft

Ein Unternehmen innerhalb eines internationalen Unternehmensverbandes entwickelt und produziert Sensoren, Navigationssysteme, mobile Hochleistungsrechner und digitale Kommunikationsgeräte. Die Konstruktionsabteilung soll verstärkt werden durch Ingenieure (Fachrichtungen Feinwerktechnik oder Maschinenbau) für den mechanischen Teil der Entwicklung von Navigationsanlagen und Rechnern. Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 15. November, in der BERUFS-WELT, dem großen Stellenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

STELLENGESUCHE



Marketing und modernes Management für Ingenieure und Naturwissenschaftler

Technisches Management erfordert zusätzliche Qualifikationen.

Diplom-Ingenieure und Naturwissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen haben an der Technischen Akademie Wuppertal einen Marketing-Lehrgang mit Erfolg absolviert.

Das sechsmonatige Vollzeit-Seminar vermittelte spezielle Kenntnisse in folgenden Bereichen:

- Grundlagen des Marketing — Prof. Dr. Backhaus
- Instrumente des Marketing — Prof. Dr. Rock
- Grundlagen der EDV und Anwenderprogramme — N. Henn/H. Golle
- BWL/VWL/Betriebsorganisation/Finanzwesen/Kostenrechnung — Dr. Ernenputsch
- Rechtsgrundlagen — J. Scholz, RA
- Materialwirtschaft — H. Golle
- Rhetorik und Verhandlungsführung — Dr. Wiener

Durch die Teilnahme am Seminar vertiefte jeder Teilnehmer seine Qualifikation im Hinblick auf das „Primat des Marketing" in der modernen Unternehmensführung.

Wenn Sie von diesen Kenntnissen profitieren wollen, beachten Sie bitte die nachstehenden individuellen Informationen:

Diplom-Ingenieur Bergbau
31, Studienschwerpunkt: Abbaumethoden, Gebirgsschläge, Projekte mit den Konventionellen- und Sonderabbaumethoden, Schutz und Kernbohrung bis 200 m. Erfahrung als Aufsichtsperson im Kupferbergbau und im Kohlebergbau . MAR 01

Diplom-Ingenieur (TH) Hoch- und Tiefbau, Bergbau
36, led., nach 10-jähriger Erfahrung als Bau- und Bergbauingenieur, Verkaufsingenieur im Maschinenbau (Export). Fremdsprachen: fundierte Kenntnisse in Englisch und osteurop. Sprachen, perfekt Russisch in Wort und Schrift .... MAR 02

Diplom-Ingenieur Maschinenbau (Kunststoffverarbeitung)
42, Schlosserlehre, Erfahrungen in Kunststoffverarbeitung (GFK), Konstruktion und Fertigung, Sicherheitstechnik, Arbeitshygiene und Umweltschutz in der chemischen Industrie, Mitarbeiterprüfung; Fremdsprachenkenntnisse: Englisch und Russisch .... MAR 03

Diplom-Ingenieur Elektrotechnik und Brandschutz
46, verh., selbständiges Arbeiten im vorhergehenden Brandschutz; 16-jährige Berufserfahrung .... MAR 04

Chemiker, Dr. rer. nat.
39, verh., Schwerpunkt: anorganische-analytische Chemie; langjährige Forschungserfahrung (HPLC, AAS, GC, DC); gute Englischkenntnisse in Schrift und Sprache .... MAR 05

Diplom-Ingenieur Elektrotechnik
47, 13 Jahre Berufserfahrung in Automations- und Datenprozeßtechnik, Dokumentation und Kundentraining . MAR 06

Diplom-Oekotrophologin
36, verh., Justus-Liebig-Universität Gießen; Außendienst-Erfahrung, ausbaufähige englische und französische Fremdsprachenkenntnisse .... MAR 07

Diplom-Ingenieur (TH) Bauwesen
38, led., 14-jährige Erfahrung in Planung und *Ausführung* von *Industriebauobjekten*, sichere Rechtskenntnisse VOB, BGB; umfangreiche Marketingkenntnisse; Verkaufserfahrung .... MAR 08

Diplom-Ingenieur Feinwerktechnik und Sicherheitstechnik
48, verh., Maschinenbauer, Berufserfahrung in Sicherheitstechnik, Umweltschutz, Betriebserhaltung, Druck- und Fördertechnik, Fertigung, Sachverständigentätigkeit, Mitarbeiterführung, Dozententätigkeit .... MAR 09

Diplom-Chemiker
40, led., Wasseraufbereitung, Projektierung von kompl. Anlagen der Trink-, Brauch-, Kühl- und Industriewasserversorgung, Abwasserreinigung, Auslegung, Berechnung, Dimensionierung, Angebotserstellung, Kalkulation, techn. Beschreibung, Auftragsentwicklung und Inbetriebnahme der Anlagen, Wasseranalytik, Führung des chemischen Labors, Produktionsüberwachung .... MAR 10

Physiker, Dr. rer. nat.
50, led., Studien- und Promotionsschwerpunkte: Atom- und Kernphysik; 10-jährige Industrie-Erfahrung bei einer deutschen Reaktorbaufirma, EDV-Erfahrungen, umfassende Sprachkenntnisse in Englisch, z. Zt. Dozententätigkeit an der Fachhochschule Köln .... MAR 11

Ihre Anfragen richten Sie bitte an: Eberhard Nagel
Fachvermittlungsdienst für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte beim Arbeitsamt Düsseldorf
Postfach 1130, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 0211/82 26-262, Telex: 8 588 292 aadd d

Bundesanstalt für Arbeit

Längere Auslandstätigkeit
gesucht von Netz- u. Regeltechniker, perfekt in Planung, Wartung u. Inbetriebnahme.
Zuschr. u. E 6836 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ehem. Chefsekretärin/Sachbearbeiterin
37 J., engagiert, ehrgeizig, flexibel, *Außendiensterf.*, Pkw + Telefon, sucht neuen Aufgabenbereich.
Erwünscht ist eine Außendiensttätigkeit, mögl. i. d. Nachm.- od. Abendstunden (keine Versicherung).
Ang. unt. W 6696 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SB-Warenhaus-Manager
45 Jahre, 18jährige Führungserfahrung, ungekündigt, sucht neue Herausforderung als Verkaufs- oder Vertriebsleiter im westlichen NRW.
Angebote unter V 6871 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann
langj. erfolgr. Tätigkeit in unternehmerisch. Verantwortung im In- u. Ausland. Schwerp.: Neuaufbau, Organisation im Innen- u. Außend. Aktiv, belastbar, ungek. Stellung, 46 J., sucht neue Verantwortung. Raum Berlin, aber nicht ortsgebunden.
Zuschr. u. G 6838 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zahnmedizinische Administrationshelferin
18 Jahre Berufserfahrung (EDV, Abrechnung, Organisation u. ä.), sucht ab März 87 (+-) Dauerstellung im Großraum WI, MZ, KL, BIR, TR, KO. Aussagefähige Zuschr. erb. u. L 6841 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welche mittelständ. Firma
sucht z. 1. 1. 87 zur Verkaufsentlastung u. Umsatzerweiterung im Außend. u. Führung/Aufbau eines kl. V.K.-Teams o. als Einzelkämpfer einen gestandenen 40j., verh. GVL mit entspr. Qualifikation? Mögl. im Raum NRW, keine Kapitalanl. Angebote unter F 6859 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Zwei erfolgreiche, gepr. Pharmareferenten
suchen zum 1. 4. 87 selbständige Pharma-Vertretung (Selektivbesuche) in NRW. Angeb. u. E 6858 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachensekretärin
28 J., Led., Engl. i. Wort und Schrift, Speicherschreibm., Phono, Telex u. CTM-Computer. 7 Jahre Berufspraxis. Angebote unter F 6705 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Reisender
42 J., sucht per 1. 7. 1987 anspruchsvolle Tätigkeit im Außendienst in Norddeutschland. Bisherige Aufgaben bestehen in der Beratung von Kunden in der Getränkeindustrie, bevorzugt werden Angebote dieser Branche, da gute Kontakte bestehen.
Ang. erb. u. B 6679 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Monteur
35, gel. Maschinenschlosser, über 10 Jahre Auslandserfahrung, Engl. fließend, span. u. franz. Grundkenntnisse, sucht Dauerstellung im außereuropäischen Ausland.
Zuschr. u. K 6840 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann
43 J., über 20jähr. Erfahrung im Möbelexport m. Schwerpunkt Middle East, zuletzt 10 Jahre geschäftsf. Gesellschafter mit umfangreicher Reisetätigkeit sucht neuen Wirkungskreis (evtl. tätige Teilhaberschaft oder Repräsentant).
Zuschr. u. T 6847 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Handelsvertreter in NRW
Betriebswirt, großes techn. Verständnis, sucht Vertretung. Sehr guter Kundenstamm bei jetzigem Produkt (flexible Verpakkung). Intensive Bearbeitung mit freundlichem Durchsetzungsvermögen bis zum Erfolg.
Angebote unter C 6856 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werkleiter
41 Jahre, Maschinenbauingenieur, unternehmerisch denkend u. handelnd, m. langjähriger Erfahrung in spanender u. spanloser Formgebung, Montage, Planung u. Steuerung, Materialwirtschaft u. Konstruktion, bestens vertraut mit CNC-Technologie u. EDV, sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Ang. unt. L 6687 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bremen/Niedersachsen
Immob.-Kaufmann (43), solide, fundiert, qualifiziert, bauträgererfahren u. marktorientiert, seit 20 Jahren in der Branche, sucht wegen „beerdigten Marktes" in der Region seriöse, anspruchsvolle und interessante neue Aufgabe. Gern freie Mitarbeit/Handelsvertretung.
Zuschr. unt. K 6862 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Shopping-Center-Experte
Dipl.-Kaufmann, 45 J., langjährige Erfahrung mit Einkaufszentren in Planung, Vermietung und Management sowie Vermarktung von Büro- und Lagerflächen, möchte sich verändern.
Angeb. u. A 6876 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chefsekretärin / Assistentin
47 J., led., Abitur, Sekretärinnenausbildung, gute engl. u. betriebswirtschaftl. Kenntnisse, sehr engagiert, verantwortungsbewußt, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, neuen Technologien gegenüber aufgeschlossen, 10jährige Erfahrung im Dienstleistungsbereich und 15j. Tätigkeit für Industrieunternehmer (Handlungs- u. Bankvollmacht) sucht zum 1. 1. 1987 oder *später* neue Vertrauensposition, in der für Eigeninitiative und Gestaltung Spielraum vorhanden ist. Raum *Hamburg bevorzugt.*
Zuschr. u. R 6845 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hochbau/Industriebau
Leitender *Angestellter, 45 J., in ungek. Arbeitsverhältnis bei namhafter* Bauunternehmung möchte sich im Raum Schleswig-Holstein/Hamburg/nördl. Niedersachsen verändern. Sucht Position in Akquisition, Abwicklung, Betriebsleitung.
Zuschr. erb. u. Y 6676 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Leitung/Controlling
Dipl.-Kaufmann/Dr. jur., 38 J., Englisch u. Französisch fließend (lange Aufenthalte in England u. franz. Schweiz), praktische Erfahrungen im Finanz- und Rechnungswesen, Unternehmens-Controlling, EDV-Organisation, allgemeine Verwaltung, sucht neue Führungsaufgabe *möglichst im* Großraum Hamburg.
Zuschr. erb. u. E 5713 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

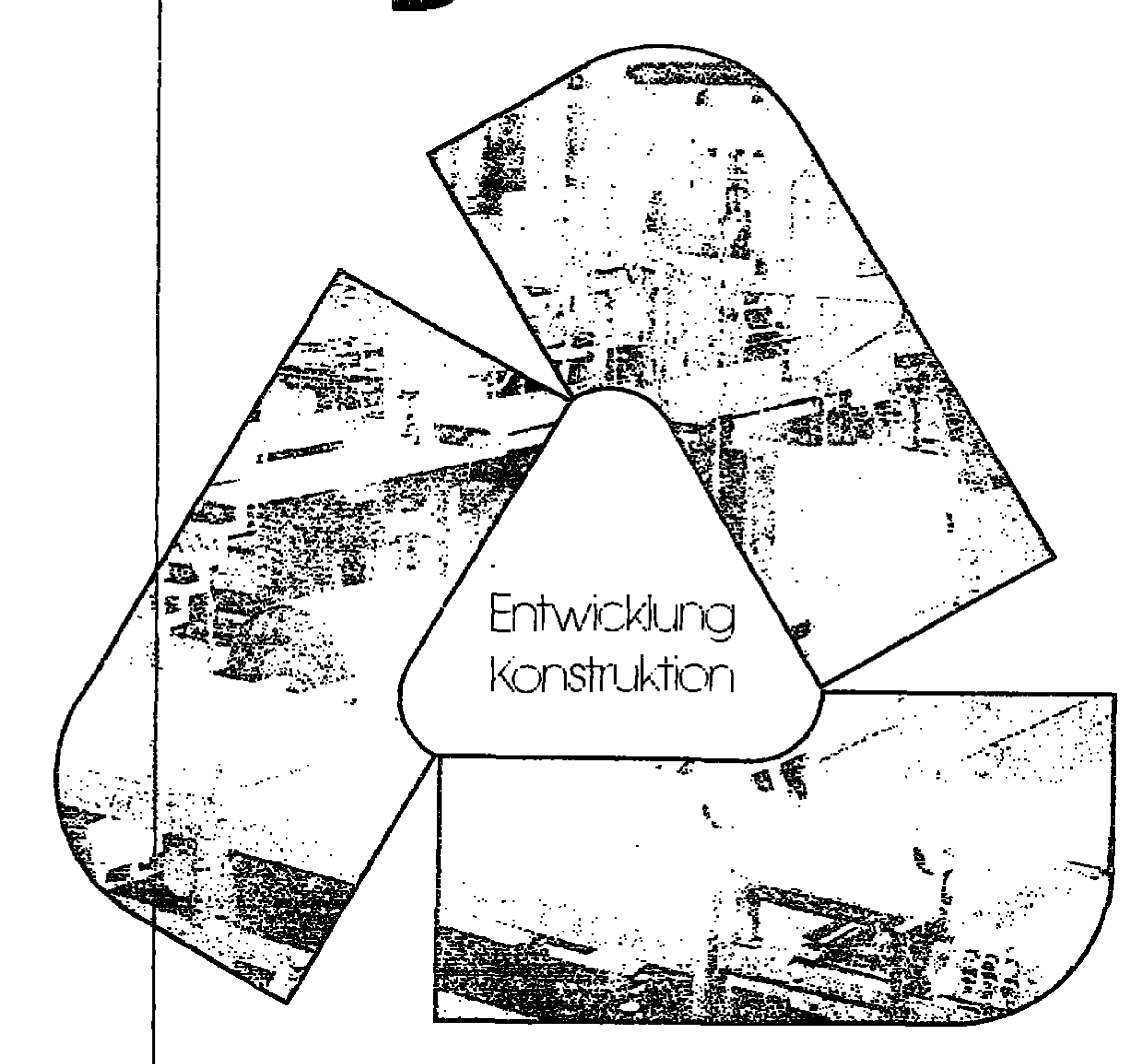
Vertriebsfachkraft für Mikrocomputer/Bürotechnik
Hamburger, 37 Jahre, gelernter Speditionskaufmann mit Weiterbildung zum prakt. Betriebswirt. Berufserfahrung: u. a. im Bereich Vertriebsaußendienst Nachrichtentechnik. Berufswunsch: adäquate Tätigk. im Außen- oder Innendienst zum 1. 1. 87. VK-Gebiet: norddeutscher Raum angenehm. Zuschr. erb. u. A 6678 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Filialleiter
42 Jahre, langjährige Branchenkenntnisse im Lebensmittelbereich Einkauf – Verkauf, Lagerhaltung, Personalführung, sucht verantwortungsvolle Aufgabe ab Januar 87, evtl. auch zum 1. 4. 87. Ortsungebunden, auch branchenfremd.
Kontaktaufnahme erb. u. V 6849 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Vermessungsing.
41 J., mit langjähriger Erfahrung im Industrieanlagenbau, Hoch- und *Tiefbau, Erdbewegung*, Englisch u. Spanisch sprechend, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit im In- oder Ausland.
Zuschr. u. H 6839 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur
49 Jahre, Fachrichtung Elektrotechnik, sucht neues Aufgabengebiet. Erfahrungen im Qualitätswesen, Kenntnisse in Fertigungsplanung, Zeitwirtschaft.
Zuschr. erb. u. W 6850 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, *wenn Sie in Ihrer Anzeige* eine Telefon-Nummer nennen



Kommen Sie zu einem führenden Unternehmen des Sondermaschinenbaus.

Unser Unternehmen finden Sie dort, wo andere Urlaub machen: am Fuß der Schwäbischen Alb, im *Großraum Stuttgart. Naturschönheit und Ruhe* verbinden sich hier mit allen Annehmlichkeiten der Großstadtnähe (ca. 30 Autominuten).

Wir sind ein kerngesundes Unternehmen des Sondermaschinenbaus mit ca. 160 Mio. Umsatz, den wir auf internationalen Märkten erzielen. Eine diversifizierte Produktpalette macht uns von konjunkturellen Schwankungen nahezu unabhängig.

Unsere komplexen Maschinen und Anlagen sind für die grafische und papierverarbeitende Industrie bestimmt.

Da wir jedes System kundenspezifisch entwickeln, stehen Sie als Konstrukteur in unserem Team nicht nur vor der Aufgabe, engbegrenzte Sachprobleme zu lösen. Sie haben mit dem Anwender *z.B. auch über geeignete Formen der Konstruktion* und Realisierung zu verhandeln, technisch/wirtschaftliche Alternativen zu erarbeiten und die Weiterentwicklung unserer Anlagen vorzunehmen. Also kreatives Handeln im umfassenden Sinn und ein Angebot zur beruflichen Selbstverwirklichung. Wenn Sie Maschinenbau studiert haben, über einschlägige Erfahrung in der Konstruktion – möglichst mit CAD – verfügen und eine mittelfristig sehr entwicklungsfähige Aufgabe suchen, sollten Sie mit uns sprechen. Wir bieten Ihnen ausgezeichnete Konditionen und Berufsperspektiven. Rufen Sie unseren Personalleiter Herrn Gabriel an. Telefon 07025/12241.



bielomatik Leuze GmbH + Co.
Maschinenfabrik, Personalabteilung, Postfach 49, 7442 Neuffen

Stromag Antriebstechnik

Vertriebsingenieure Maschinenbau und Elektrotechnik

Wir sind eine Unternehmensgruppe mit 2000 Beschäftigten. Als konzernunabhängiges, solventes *Familienunternehmen produzieren wir:* **schaltbare Kupplungen und Bremsen, elastische Kupplungen, geregelte Gleich- und Wirbelstromantriebssysteme, Kupplungen für Schiffs-, Haupt- und Nebenantriebe, Lamellen sowie Elektrokranmaterial.**

Maschinenbau

Für unseren **Vertretungsbezirk Südbayern,** mit Sitz in München, suchen wir als Außendienst-Nachfolger unseres in den Ruhestand gehenden langjährigen Mitarbeiters einen **Vertriebs-Ingenieur.** Solide Kenntnisse des allgemeinen Maschinenbaus, *speziell im Bereich der Antriebstechnik, sind notwendige Voraussetzungen.*

Elektrotechnik

Für unseren **Vertretungsbezirk Stuttgart,** mit Sitz in Stuttgart, suchen wir für unseren Produktbereich **„Regelbare Antriebe"** einen Außendienst-Mitarbeiter. Insbesondere für den Vertrieb unserer DC- und EC-Servoantriebe, für die Projektierung von geregelten Gleichstrom- und Drehstromantrieben, für Einzelantriebe bis zu umfangreichen Mehrmotorensystemen.

In dieser Position sind Sie technischer Berater und Repräsentant unseres Hauses. Die Dotierung, teilweise erfolgsabhängig, entspricht der Bedeutung der Aufgabengebiete.

Wenn Sie Ihre Stärken im Verkauf und erfolgreicher Werbung neuer Kunden sehen, eine fundierte Ausbildung zum Dipl.-Ingenieur (FH/TU) mit Erfolg durchlaufen haben und einschlägige Marktkenntnisse besitzen, bitten wir um Ihre Bewerbung mit Lichtbild. Vertrauliche Behandlung sichern wir Ihnen zu.

Maschinenfabrik Stromag GmbH
Hansastr. 120, 4750 Unna
Telefon (0 23 03) 10 20

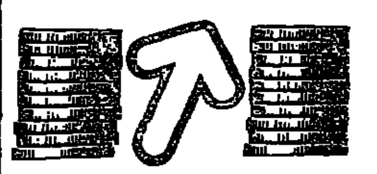
Stromag

Was wir tun, hat Zukunft!
Bez.-Ltr. (kaufm./techn. KD) ges.
Telefon 055 43 / 36 61

Freie Vertreterin
für Industriewerbung bei sehr gutem Verdienst gesucht.
Tel. 09 11 / 5 70 77

Kfz-Mechaniker
nicht unter 25 Jahre, aus der Opel-Branche, zu guten Bedingungen gesucht.

Opel-Dienst Julius Schottke
Stockberg 19
5653 Leichlingen 1
Tel. 0 21 75 / 25 29



Aufstieg zum Filialdirektor
Einer der großen Kompositversicherer will die Leitung seiner Filialdirektionen in mehreren Städten Mitarbeitern anvertrauen, die aus dem Versicherungsaußendienst kommen. Erfahrungen in Führung und Organisation sind ebenso wichtig wie die fachliche Kompetenz im Bereich der angebotenen Versicherungen.
Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 15. November, in der BERUFS-WELT, dem großen Stellenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen: Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

STELLENANGEBOTE

Wir bieten einem erfahrenen

Speditionskaufmann
per sofort oder zum 1. 1. 87 eine interessante Aufgabe als Berater/Ausbilder im Bereich Umschlag/Spedition eines staatlichen Binnenschiffahrtsunternehmens im frankophonen Afrika.

Der Aufgabenbereich setzt fundierte Kenntnisse in der speditionellen Abwicklung bzw. des Umschlagwesens voraus.

Gute franz. Sprachkenntnisse und Tropentauglichkeit sind Bedingung. Auslandserfahrungen sind erwünscht. Die Position ist den Anforderungen entsprechend gut dotiert.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:

Firma SHIPTRACO
Ship & Transport Consultants GmbH
2000 Schenefeld, Postfach 11 69, Tel. 0 40 / 8 39 00 30

Exportmanager
Wir sind ein mittelständisches Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie in NRW und mit unseren Produkten seit 40 Jahren bei unseren Kunden bestens eingeführt.

Unser Herstellungsprogramm besteht aus hochwertigen Verschleißteilen für die Zement-, Kies-, Sand- und Betonindustrie.

Für den Auf- und Ausbau unserer Verkaufsorganisationen in Europa und Übersee suchen wir einen jungen, erfahrenen, mehrsprachigen Fachmann, für den die mit dieser Aufgabe verbundenen Probleme und Mühen nichts Neues sind.

Angemessene Dotierung ist für uns selbstverständlich.

Angebote unter V 6673 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IG Farben als Familien-Saga: Sinkels Vierteiler „Väter und Söhne" läuft an

Ein KZ nur für die Firma

Judith, der Tochter des Bankiers Bernheim, geht es wie dem Betrachter des Films: Es ist nicht ganz einfach, ihr die Ammoniak-Synthese zu erklären. Aus dem Stickstoff der Luft und Wasser soll eine Substanz gewonnen werden, die zur Herstellung von künstlichem Dünger dienen kann. An diesem Projekt arbeitet man in einer mittelgroßen chemischen Fabrik, die dem Geheimrat Carl Julius Deutz gehört.

Den hat es zwar nie gegeben, wohl aber diese Fabrik oder eine ähnliche. Sie ist eine der Keimzellen eines Konzerns, der einmal „Interessen-Gemeinschaft Farben" heißen wird, kurz „IG Farben" genannt. Die Geschichte dieses Konzerns und die Geschichten ihrer Mitglieder will der achteinhalb Stunden lange Film „Väter und Söhne" von Bernhard Sinkel erzählen, dessen erster von vier Teilen heute um 20.15 Uhr in der ARD zu sehen ist.

Der Film ist ein Novum in der deutschen Fernsehgeschichte: Formal gänzlich den fiktiven Familien-Sagas à la „Dalles" und „Denver" nachgebildet, beansprucht er gleichwohl politische Authentizität, gibt vor, ein Stück wirklicher deutscher Geschichte nachzuzeichnen – eben die Geschichte der IG Farben und ihres unheilvollen Einflusses auf die Politik. Seine geheime Absicht wird schnell deutlich: Es soll „nachgewiesen" werden, daß die deutsche Industrie der eigentliche Schuldige an den beiden Weltkriegen und ihren Greueln gewesen sei, daß die Politiker im Grunde nur Puppen in der Hand der „IG Väter und Söhne" waren.

Einen solchen „Nachweis" hat es schon einmal gegeben: Anfang der fünfziger Jahre produzierte die Ostberliner DEFA, ebenfalls über die IG Farben, den Film „Der Rat der Götter", dem Sinkel bis in die Einzelheiten der Suggestion und Argumentation hinein folgt. Nur ist die jetzige ARD-Produktion beim Verpacken des „Anliegens" viel gekonnter als der damalige DEFA-Streifen. Sie kommt nicht mit dem Holzhammer, sondern gewissermaßen auf Filzpantoffeln. Dem Publikum wird mit üppigem Aufwand an „Stimmung" und internationalen Stars eine gemütvolle Familienserie offeriert, bei der man die politische Indoktrination eher wie im Nebenbei schluckt.

Gesicherte historische Fakten und fiktive politische Zutaten werden ungemein geschickt vermischt. Den despotischen Geheimrat Deutz spielt Burt Lancaster: ein Chef, der seinen Betrieb wie seine Familie regiert, in der er mit seinen Söhnen wie mit zu rangierenden Güterwagen umgeht. Man feiert Familienfeste, die bei zunehmendem Reichtum immer rauschender werden. Man verliebt und verlobt sich: Judith mit Deutz-Sohn Friedrich, Tochter Luise mit dem führenden Chemiker, der im Film Heinrich Beck heißt und von Bruno Ganz furios verkörpert wird.



Burt Lancaster als Firmengründer Deutz in „Väter und Söhne" (ARD, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

Politik wird in homöopathischen Dosen serviert. Im ersten der vier Teile geht es um die Vorbereitung des ersten chemischen Angriffs im Ersten Weltkrieg bei Ypern, um die Produktion einer Chlorgas-Bombe. Die „Väter und Söhne" handeln hier nicht auf Geheiß der Berliner Kriegsleitung, sondern scheinbar völlig autonom und aus eigener Entscheidung: es setzt Diskussionen um das Für und Wider. Tierversuche gehen dem Einsatz gegen Menschen voraus, das Ganze wird melodramatisch begleitet vom Selbstmord der Bankierstochter Judith und vom Tod des durch feindliches Gas verätzten Deutz-Sohns Ulrich.

Das ist zweifellos raffiniert gemacht. Sinkel erweckt ständig den Eindruck, ohne jeden ideologischen Einschuß ganz unparteiisch zu sein. Und es gibt keine billige Schwarzweiß-Malerei. Die Figuren sind so gezeichnet, daß der Zuschauer ihnen seine Anteilnahme nicht versagen kann.

Die unterhaltenden und immer wieder höchst kulinarischen Genre-Szenen stehen im Vordergrund; in sie hinein quirlt Sinkel freilich immerfort Probleme nicht nur der damaligen, sondern auch der heutigen Zeit: Parteienfinanzierung, Kartell-Absprachen, das Heraufkommen Hitlers, der leibhaftig auftritt, Machtübernahme, Judenverfolgung und Judendeportation, an dem die „IG Väter und Söhne", so wird suggeriert, keineswegs uninteressiert gewesen seien.

Im Zweiten Weltkrieg, so sehen wir, ist der Firmenchef Beck im eroberten Polen unterwegs, um für eine Milliarde und ohne alle staatliche Finanzhilfe eine riesige Benzinfabrik zu errichten – bei Auschwitz, für das der Konzern das Gas Zyklon B liefert. Zwar gibt Beck der Überzeugung Ausdruck, daß die vielen anfallenden Auschwitztoten einer „Epidemie" zum Opfer gefallen seien, doch das hindert ihn nicht, ein „firmeneigenes Konzentrationslager" zu fordern: „Für die Bewachung und den ‚Nachschub' sorgt die SS."

Hier und schließlich bei der Darstellung des Nürnberger Prozesses erkennt man den Etikettenschwindel. Das Nürnberger Urteil wird gezeigt – und daß es nicht vollstreckt wird. Der Regisseur, in der Studentenbewegung von 1968 aufgewachsen, möchte ja so gern auf eine neue „Interessengemeinschaft" kommen: auf die „internationale Verschwörung" der von den USA dominierten Großkonzerne und daß da keine Krähe der anderen ein Auge aushackt. In solchen Sequenzen sind die Parallelen zum Ostberliner „Rat der Götter" mit den Händen zu greifen. Dort mündete alles in Antiamerikahetze.

Aber noch einmal: „Väter und Söhne" hat seine formalen Qualitäten. Es ist ein Film mit einer interessanten weiträumigen Optik, der in der Totalen keine geringe Überredungskraft entfaltet. Seine Scheu vor Nah- und Großaufnahmen und vor den üblichen akustischen Effekten wirkt sympathisch. Doch man erkennt die Absicht und ist verstimmt.

HORST ZIERMANN

Aber auch nichts bleibt uns erspart!

Zwar weiß schon das Neue Testament zu berichten, wie böse Beispiele gute Sitten verderben; aber die ungezügelte Lust an geballten Bosheiten ist nun einmal ein nur allzu menschliches Verlangen. Das Fernsehen sorgt jetzt erneut für Nachschub an Gemeinheiten. „Losberg" ist der Titel einer neuen Familienserie: Auf der Klaviatur der Intrige spielen hier virtuos die Mitglieder des steinreichen Losberg-Clans.

Selbstverständlich residieren die Mitglieder einer ansonsten völlig normalen Familie im eigenen Schloß und schießen Rotwild in ausgedehnten Jagdgründen. Kompliziert wird es erst beim mehr oder minder gestörten Sozialgeflecht der Losbergs. Angeführt wird die Familie von Hubert Losberg (Alexander Leuschen), der als Stahlbaron den Reichtum des Hauses begründete und den schönen Dingen des Lebens durchaus nicht abgeneigt ist. Er lebt nach seiner Scheidung mit der bildhübschen Aischa Charhadi (Özey Aslanhan) zusammen. Bruder Lucas Losberg (Horst Frank) ist Jesuit. Man merke! Der verschlossene

Losberg – ARD (West), 19 Uhr

Kirchenmann bemüht sich, auf die Geschicke seiner Verwandten subtilen Einfluß zu nehmen. Das Führungstrio wird noch durch Hartmut Losberg (Klaus Mikoleit) ergänzt. Ihm haftet jedoch der Makel an, uneheliches Kind seiner Mutter zu sein. Auch gerät ihm zum Nachteil, daß seine zweite Frau, Margot Losberg (Ingrid v. Bergen), ihre gesellschaftliche Ungeschicklichkeit durch übertriebene Lebenshaltung zu kompensieren sucht.

Scheußlichkeiten in Wort und Tat kennzeichnen auch das Leben der beiden folgenden Generationen. Steigerungen kennt die Handlung kaum, nur die Skrupellosikeit, die sich vererbt. So streitet, intrigiert, liebt und lebt man bei den Losbergs. Millionen werden verpulvert, Schulden gemacht, Ehen geschieden, Politiker bestochen, die Umwelt verschmutzt. Da behaupte noch einer, das wirkliche Leben hätte nicht Modell gestanden.

ALBERT KOCK

ARD

9.45 Ratgeber: Spielzeug
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Die Reportage
11.10 Die Montagsmaler
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.50 Tagesschau
16.00 Schaltstelle der Macht
Das IG-Farben-Haus, Frankfurt
Dokumentation von Jürgen Corleis und Frank Klaas
Im Abendprogramm beginnt heute die vierteilige Fernsehserie „Väter und Söhne". Die Dokumentation „Schaltstelle der Macht" liefert hierzu den zeitgeschichtlichen Hintergrund.
16.45 Stadtrallye
Schnitzeljagd für Fixe in Hamburg
17.45 Tagesschau
19.00 Regionalprogramm West: Losberg
Familienserie in 26. Folgen
Mit Alexander Leuschen, Ingrid van Bergen
20.00 Tagesschau
20.15 Väter und Söhne
1. Lieb Vaterland . . . (1911–1916)
Mit Burt Lancaster, Rüdiger Vogler, Dieter Laser, Tina Engel, Bruno Ganz, Julie Christie, Herbert Grönemeyer, Martin Benrath.
Regie: Bernhard Sinkel
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Rose von Würzburg
Internationales Musikfestival
Gäste: Katja Ebstein, Stephan Sulke, Haindling, Erste Allgemeine Verunsicherung, Toto Cotugno
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken
Epikur: Über Götter

ZDF

13.20 Die Orestie des Aischylos
2. Teil: Choëphoren
3. Teil: Eumeniden
Mit Udo Samel, Greger Hansen.
Inszenierung: Peter Stein
16.00 heute
16.04 Anderland
Nur auf Probe
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Die Wicherts von nebenan
Eine nette Überraschung
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.10 Lotto – Ziehung A
18.20 Die Wicherts von nebenan
18.55 Lotto – Ziehung B
19.00 heute
19.30 Hitparade
20.15 ZDF-Magazin
Themen: Wahlanalyse Hamburg. Fragen an US-Verteidigungsminister Weinberger. Todtenhöfer in Washington. Wien: Bürgerrechtler kämpfen für Menschenrechte. Angola: UNITA-Appell an Europa
21.00 Der Denver-Clan
Rollentausch
21.45 heute-journal
22.05 Lernen für die Zukunft?
Weiterbildung im Betrieb
Bericht von Monika Hoffmann
22.35 Ninotschka
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Mit Greta Garbo, Melvyn Douglas

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Barbara Rütting
21.45 eff-eff
22.30 Der gläserne Schlüssel
Amerikanischer Spielfilm (1935)
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Ins Altenheim?
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
Japan (4): Tempura
19.50 Fern vom Garten Eden (6)
Das verseuchte Wasser
20.00 Tagesschau
NDR und RB:
20.15 40 Jahre Niedersachsen
SFB:
20.15 Stadtgespräch
21.00 Offerte
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 In bester Gesellschaft (3)
Schmutziges Spiel
22.00 Nacht der Wölfe
Deutscher Spielfilm (1981)

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.35 News of the Week
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Stadtgespräch
21.30 Drei aktuell, Sport
21.50 Lindenstraße
Honig und Salz
22.20 Orientierungslauf
Rumänischer Fernsehfilm

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 *Abendschau/Blick ins Land*
19.30 Schlaglicht
20.15 In bester Gesellschaft
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Heute in . . . /Clip-Klapp
22.15 Animal Crackers
Amerikanischer Spielfilm (1930)

BAYERN
18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Pink
19.30 Diegeda
20.00 In bester Gesellschaft
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Japan: Der Mönch im Gezweig
21.50 Meine Tochter
Zweiteiliger ital. Fernsehfilm
22.50 Lese-Zeichen
23.20 „. . . aber damit kann ich leben"
Selbsthilfe bei chronisch Kranken

SAT 1

15.30 Programmvorschau
15.35 Indian River
Der Regenmacher
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
Oh Romeo, Romeo
16.25 Die Waltons
Das Auto
17.10 Kung Fu
Caine und der Maskenmörder
18.00 Festival mit Harry Langdon
Der geschwollene Figaro
18.30 blick
18.45 Sport
19.45 Corleone – Ball der Bosse
Italienischer Spielfilm (1977)
Mit Claudia Cardinale, Michele Placido
21.30 blick
22.15 M – Männermagazin
22.45 Nummer Sechs
Die Anklage

1 PLUS

19.00 Eine Odyssee
Der Maler Max Beckmann
19.45 Follow me (32)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Forellenhof
4. Hauskonzert
21.15 Jerusalem
Film von Peter Brugger
22.00 Nimm die 10 000 Franc und verschwinde!

3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Zum Beispiel: Plön
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Gala für Stadt und Land
Ländlermusiker und Jodelchöre
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
22.15 Abenteuer der Meditation
Schriftsteller und ihre Erfahrungen
23.00 Europäisches Jahr der Musik?
Komponisten-Jubiläen
0.00 Après une lecture de Dante
Von Franz Liszt

RTL plus



9.00 Wall Street Final
18.15 Hits mit Witz / Regional 7
18.35 Brigitte zu Besuch
Die Leute von nebenan
18.55 7 vor 7
19.22 Karichew
19.30 Insiders
Einsame Herzen
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein Halleluja für Camposanto
Italienischer Western (1971)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.20 Popeye, der Marathonmann
22.25 Wer bin ich?
22.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Wilde Jagd, zeitgemäß

JoTo – „Ach, wenn mir doch nur gruselte!". Wer kennt den Kummer des jungen Mannes nicht, „der auszog, das Fürchten zu lernen." Welchen Mühen mußte er sich unterziehen, bis es ihm schließlich dank einer Prinzessin doch noch gelang. Aber was sollen wir, denen keine Prinzessin zur Hand geht, machen?

Sollen wir neidvoll auf die Briten schauen, bei denen der Umgang mit Gespenstern und Schloßgeistern noch immer zu Haus und Herrschaft gehört? Sollen wir uns an den Franzosen ein Beispiel nehmen, denen allenthalben ein jahrtausendealter Aberglaube in Form von Dolmen und Menhiren vor Augen steht – und die dabei sofort an Asterix denken? Nein, Ordnung muß sein. Selbst in einem so unordentlichen Genre wie dem überirdischen.

Es steht uns gut an, Ordnung in Weißen Frauen, Schwarzen Männer und alle die unheimlichen Wesen zu bringen, die seit altersher durch deutsche Gaue spuken. Das hat nun endlich der Eulen-Verlag mit seiner Reihe „Die Schwarzen Führer" getan. Er schuf ein Itinerar, das uns den Weg zu allerlei Spuk und mysteriösen Orten deutscher Vergangenheit weist.

So ist es künftig leicht, ein Rendezvous mit der „Weißen Frau des Neuenburger Schlosses", dem „Geist der letzten Gräfin von Delmenhorst" oder dem „Spieler im Schwarzen Loch zu Bremen" zu vereinbaren.

Daß jener Spieler, ein Zimmermann, nach langem Zechen und Würfeln im „Schwarzen Loch", einer verrufenen Spielecke des Bremer Ratskellers, schließlich sein Leben als Einsatz bot und – verlor, muß uns dabei nicht schrecken. Wir sind schließlich, dank der Katastrophenmeldungen und der Untergangsprophezeiungen unserer Medien – besonders der elektronischen – gegen jeglichen Fatalismus abgehärtet.

Und was der „Wilde Jäger" konnte, der über die neblige Heide, durch regenverhangene Wälder und windgepeitschte Ebenen dahinbrauste, das können wir allemal: auf Bundesstraßen und Autobahnen.

Römerbad-Musiktage Badenweiler: Gefühl und Form

Beethovens Wanderung

Was für ein Glück, daß bei den Badenweiler Römerbad-Musiktagen Musik *gemacht* und nur nebenbei über Musik *geredet* wird! Denn das Festival-Thema dieses Herbstes lautete lapidar: „Gefühl und Form", worunter sich schließlich in der Tonkunst so gut wie alles subsumieren läßt. Mehr als jede andere Kunst, mit Ausnahme der Lyrik vielleicht, ist ja Musik nichts anderes als zur Form geronnenes Gefühl, wenigstens seit der Romantik. Oder nicht doch oft erfühlte Form? Womit man eben schon mitten drin in der Ambiguität des Themas wäre, das dem klugen Kunstschnack alle Türen öffnet.

Den nächstliegenden Aspekt dieses Spannungsverhältnisses von Gefühl und Form griff der Komponist Wolfgang Rihm in seinem Vortrag „Offene Enden" auf, nämlich den Vorgang des Formulierens, der Niederschrift der Musik, der nicht unbedingt identisch sein muß mit dem Vorgang des Komponierens. Denn komponiert wird zuerst im Kopfe, dann erst werden die Klangvorstellungen in eine Zeichensprache gebracht, Noten, Pausenzeichen, Vortragsbezeichnungen. Es liegt nahe,



Lektion über die Formulierung musikalischer Gedanken: Komponist Wolfgang Rihm FOTO: CHRISTA KUJATH

daß manches von der Klangvorstellung nicht durch solche Zeichen zum Interpreten transportiert werden kann, die formulierte Musik nicht an die komponierte Musik heranreicht.

Daß es auch ganz anders sein kann, wäre vielleicht noch deutlicher geworden, wenn in den fünf Konzerten der Musiktage auch ein, zwei Werke erklungen wären, die noch übermächtig unter einem Formzwang stehen, Sonaten Haydns etwa oder gar Beispiele barocker Musik, die ganz und gar unter dem Diktat der (meist tänzerischen) Form stand. Aber so enzyklopädisch war wohl das Thema auch nicht gemeint: Im Zweifel entscheidet sich der Veranstalter und Programmschmied Klaus Lauer dann doch *für* das große und *gegen* das bloß aufschlußreiche Werk. Denn bei den Römerbad-Musiktagen geht es primär ums konzentrierte Hören.

Etwa bei Beethovens Hammerklaviersonate op. 106, die András Schiff mit beherztem Zugriff und grober Kontur spielte, etwa bei Beethovens Streichquartett cis-Moll op. 131, mit dem das in traumhafter Form aufspielende Alban-Berg-Quartett die Musiktage beschloß. Diese beiden Kolosse Beethovens markieren ja haargenau die Nahtstelle in der musikhistorischen Entwicklung, an der das Gefühl der Form aus dem Ruder läuft, sich seine eigene Form zu schaffen beginnt. Hier wird von Beethoven die Klassik überwunden, und das in einer grandiosen Rückschau auf den Formenkanon bis hin zu den Bachschen Fugen. In der Hammerklaviersonate zieht Beethoven das ja fast als Lehrstück auf. Sie ist thematisch uninteressant: nichts als fallende Terzen, die simpelsten Bausteine also, aus denen man Musik konstruieren kann. Da geht jeder Kanon auf, und die Dreiklänge fallen ins Lot.

Wenn Beethoven so ein Stück schreibt, es durch seine Ausmaße und seinen Kommentar, es sei eine Sonate, die man in 50 Jahren spielen werde, heraushebt aus seinem Œuvre, dann geht es ihm also um etwas ganz anderes als Melodie. Es geht ihm in der Hammerklaviersonate darum, auf den kühnsten Pfaden der Modulation abzuschweifen von der Ausgangstonart B-Dur, zu erkunden, wie weit denn der Zusammenhalt der Sonatenform noch reiche. Er springt ganz abrupt aus einer Tonart in die andere, so daß sich noch heute der Hörer verblüfft fragt, ob da etwa die Tastatur um einen Halbton gerutscht sei. Hier werden die Breschen geschlagen für die Musik der Romantik und der Moderne.

Nicht anders im Cis-Dur-Streichquartett, dessen sieben (!) Sätze einerseits allen bis dahin als vernünftig geltenden Aufbau überwinden und zugleich die Kehrtwendung vollziehen, indem die Sätze aufeinander *übergreifen, nicht mehr isoliert nebeneinanderstehen.* Das ganze Werk entwickelt sich aus der einleitenden Fuge, bildet ein geschlossenes Ganzes, zeigt schließlich biomorphe Strukturen, bei denen Form nicht mehr Trenn-Element, sondern Organisationsprinzip ist.

Wie starke Gefühle ihre Form finden, das war etwa an zwei Werken von Leoš Janáček abzulesen, dem Streichquartett „Intime Briefe", das sich im Programm des Arditti-Quartetts fand, und der Klaviersonate „1. X. 1905 (Auf der Straße)", komponiert in der Empörung über die Erschießung eines tschechischen Demonstranten in Brünn, einer wahren Trouvaille dieser Musiktage. Wie sich in der Moderne die Form wieder durchsetzt, belegte Strawinskys Concerto für zwei Klaviere, das die Duo-Schwestern Katia und Marielle Labèque *im Gepäck* hatten.

Ganz besondere Gefühlsverweise fanden sich indessen in Werken der Zeitgenossen Peter Ruzicka („... fragment ..., Fünf Epigramme für Streichquartett") und Wolfgang Rihm, der hier mit Aufführungen seines dritten, vierten und sechsten Streichquartetts, seines Klavierstücks Nr. 7 durch Bernhard Wambach und seines Wölfli-Liederbuchs (Richard Salter) geradezu eine klingende Retrospektive erfuhr. Als Ausdruck des tiefen, innigen und doch unheimlichen Gefühls steht plötzlich das Zitat da, am liebsten aus den Sinfonien und Liedern Gustav Mahlers, bei denen die Form wieder stimmt nach dem Jahrhundert des romantischen Rhapsodierens, aber das Gefühl einen doppelten Boden bekommt, der nun im Zitat noch rutschiger zu betreten ist.

REINHARD BEUTH

KULTURNOTIZEN

Zu Ehren von Hans Arp lesen heute abend im Bahnhof *Rolandseck* (bei Bonn) Jürgen Becker, Ludwig Harig, Walter Höllerer, Michael Krüger und Gregor Laschen eine von ihnen begründete Auswahl Arpscher Texte.

Kunst und Kultur aus Island ist bis Ende November in der Orangerie von Schloß Benrath bei Düsseldorf zu sehen und zu hören.

Textilkunst aus Argentinien ist vom 13. November bis zum 18. Dezember im Hochhaus W 1 der Leverkusener Bayerwerke zu besichtigen.

Einen Kunstpreis in Höhe von zunächst 5000 Mark wird der Neue Aachener Kunstverein vom nächsten Jahr an vergeben.

Bilder von Martiros Sarjan, des 1972 verstorbenen armenischen Malers und Bildhauers, sind jetzt erstmals in der Bundesrepublik zu sehen, und zwar vom 16. November bis zum 18. Dezember auf der Darmstädter Mathildenhöhe.

Der Preispoker um das Goethe-Museum in Rom

Ein Klassiker und ein Kurienkardinal

Goethe, Rom und ein Museum – seit langem beschäftigt dieses Thema sporadisch immer wieder die deutsche Kulturwelt. Jetzt, anläßlich der 200. Wiederkehr des Tages, an *dem der 37jährige Dichter nach heim*lichem Sich-Davonstehlen aus den Zwängen seiner Weimarer Geheimratsexistenz zum ersten Mal römischen Boden betrat, ist es sogar in Skandal-Geruch gekommen. Verrät man, verrät vor allem das deutsche politische Establishment ein unschätzbares *kulturelles* Erbe durch mangelndes Interesse an diesem „Goethe, Rom und ein Museum"? Die Frage „steht im Raum".

Was Rom für Goethe bedeutete, scheint in unzähligen seiner Dichtungen, Schriften und überlieferten mündlichen Äußerungen durch. Am deutlichsten kommt es in den zu Ekkermann 1828 in der Rückschau auf zwei Rom-Aufenthalte gesprochenen Sätzen zum Ausdruck: „Ich kann sagen, daß ich nur in Rom empfunden habe, was eigentlich ein Mensch sei. Zu dieser Höhe, diesem Glück der Empfindung bin ich später nie wieder gekommen; ich bin, mit meinem Zustand in Rom verglichen, eigentlich nachher nie wieder froh geworden."

Dieses Rom-Erlebnis an Ort und Stelle der Nachwelt immer wieder bewußt und damit bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar zu machen, ist sicherlich eine kulturpolitische Herausforderung. Sie wurde zuerst vom Freien Deutschen Hochstift aufgegriffen, das auch das Goethe-Museum in Frankfurt begründete und unterhält. Im Jahre 1972 beschloß der Verwaltungsausschuß des Hochstifts, die Museumsarbeit dieser freien Stiftung durch die Gründung eines Goethe-Musuems in Rom zu erweitern. Am 29. Oktober 1973 wurde dieses Museum in der Via del Corso 18 eröffnet – in dem Haus, in dem Goethe wohnte.

Das neue Museum war vor allem der „Italienischen Reise" gewidmet. In drei der sechs Räume, aus denen die Museums-Wohnung besteht, wurden in fotografischer Dokumentation ausgewählte Kunstwerke und Orte gezeigt, die Goethe in seiner „Italienischen Reise" erwähnte. Außerdem wurden zeitgenössische Darstellungen, Handschriften und Drucke ausgestellt – fast alles Kopien aus dem Frankfurter Goethe-Museum. Die restlichen drei Räume standen dem Goethe-Institut Rom zur Verfügung, das für das Hochstift die Verwaltung besorgte und in eigener Regie eine Galerie einrichtete, in der insbesondere moderne deutsche Graphik ausgestellt wurde.

Leider standen die Kosten für die Unterhaltung dieses Museums auch nicht annähernd in einem angemessenen Verhältnis zu den Besucherzahlen. *Für die Wohnung, die der Di*özese von Civitá Castellana gehört, also im Kirchenbesitz ist, mußte eine relativ hohe Miete gezahlt werden. Hinzu kamen andere Kosten für Arbeitskräfte und für die Erfüllung behördlicher Auflagen. Als attraktiv erwies sich das Museum trotz dieses Aufwandes nicht – weder für deutsche Rom-Touristen, noch für Italiener. Als sich dann gar noch eine ganze Anzahl undurchsichtiger besitzrechtlicher, arbeitsrechtlicher, feuerpolizeilicher und anderer Probleme zu einem unentwirrbar erscheinenden Knäuel schürzten, entschied sich das Hochstift 1982 für die Schließung des Museums. Damit scheiterte ein verdienstvolles, offensichtlich jedoch nicht voll durchdachtes Projekt.

Viele „Goethianer" in der Bundesrepublik sahen darin freilich sofort eine Herausforderung zum Neubeginn. Unter der Federführung des Arbeitskreises Selbständiger Goethe-Institute wurde das Projekt zur Wiedereröffnung des Museums mit teilweise neuer Konzeption entwickelt. Sie sieht u.a. die Ausstattung der Räume mit Möbeln im alten Stil vor. Das Innenministerium und das Auswärtige Amt sagten konkrete Unterstützung zu, die Industrie stellte Förderungsmittel in Aussicht.

Zunächst freilich sah man sich, um der Sache Hand und Fuß zu geben, vor die Notwendigkeit gestellt, die Rechtslage zu klären. Nach Abschluß des neuen italienischen Konkordats waren das Museum und andere Wohnungen im Haus an der Via del Corso Eigentum des neu gebildeten Instituts zur Unterstützung des Klerus geworden. *Dieses Institut, das Kapital* braucht, um die Priester bezahlen zu können, scheint die Absicht zu haben, alle ihm gehörenden Wohnungen en bloc zu verkaufen. Es beauftragte die von der Banca Nazionale del Lavoro gegründete Verwaltungsgesellschaft „Servizio Italia", als Makler tätig zu werden. Bisher hat die Gesellschaft aber offenbar noch keine klaren Vorstellungen, wie sie vorgehen will, ob sie Kaufangebote einholen oder selbst Verkaufsangebote machen soll.

Auf Sondierungen der deutschen *Botschaften beim Quirinal und beim* Vatikan wurden hinhaltende Antworten gegeben. Bei Kardinalstaatssekretär Casaroli fand Vatikanbotschafter Peter Hermes, als er die Angelegenheit anschnitt, zwar großes Wohlwollen, kam aber in der Sache auch nicht weiter, denn letztlich verwies der Kardinal auf die Zuständigkeit des diözesanen Klerus-Instituts.

Von dessen Makler „Servizio Italia" ist wohl kaum zu erwarten, daß er bei der Abwicklung des ihm übertragenen Geschäfts viel Sentimentalität für Goethe an den Tag legen wird. Im Gegenteil! Je stärker das deutsche Interesse am Erwerb der Museumswohnung öffentlich zutage tritt, umso höher könnten eines Tages seine Preisforderungen liegen.

Deutsches Drängen zur Eile, die man in Italien in solchen Fällen sowieso wenig schätzt, und auch laute *„Skandal"-Rufe* könnten sich somit eher als schädlich denn als hilfreich erweisen. Sie könnten einen Preis-Poker anheizen, auch wenn das eines Goethe und der Sache seines Museums in Rom ganz gewiß unwürdig wäre.

FRIEDRICH MEICHSNER

Kulturabkommen: Otto-Nagel-Schau in Berlin

Sei ein braves Kerlchen!

Das diplomatische Vorspiel war *interessanter als das Ereignis* selbst. Eine Otto-Nagel-Ausstellung würde wohl kaum mehr als lokalen Wirbel verursachen, käme ihr nicht Fanfarenfunktion zu. Bilder des Weddinger Malers gehören zweifellos auch ins stadtgeschichtliche Berlin Museum, aber diesmal fungieren sie als politische Hoffnungs-Träger: Kultursenator Volker Hassemer nannte die „Ausstellung aus dem einen im anderen Teil Berlins" eine „Premiere", weil es sich um das „erste Projekt" handelt, das „Berlin-West berührt und im Rahmen des Kulturabkommens zwischen beiden Staaten verabredet wurde". Ihm muß freilich bewußt sein, daß eine Nagel-Schau vorerst kaum mehr als ein Trostpflaster sein kann – allzulange hatte man befürchtet, Berlin (West) könnte ganz und gar draußen vor der Tür des Kulturabkommens bleiben.

Das Eröffnungszeremoniell mit Vertretern aus Bonn und Ost-Berlin war diplomatisch ausbalanciert. Und diplomatisch war gewiß auch das Vorspiel. Das Signal, die Beschriftung „Berlin DDR" als Leihgabenbezeichnung unter den Bildern zu akzeptieren, kam aus der Bundeshauptstadt. *Zu sehen sind jetzt 80* Arbeiten Otto Nagels aus verschiedenen Museen und Sammlungen Ost-Berlins und der „DDR".

Nagel war ein Kind des Bezirks, den er später immer wieder in seine Bilder holte. Er wurde 1894 am Wedding geboren. *Er war Gelegenheits*arbeiter und Bergmann. Künstlerisch blieb er Autodidakt. Später sollte er an einer eigenen Privatschule und an der Akademie sogar Meisterschüler unterrichten. Ihn verband Freundschaft mit der Kollwitz, mit Baluschek und Zille, den anderen großen Schilderern des Proletariats, wobei er selbst in seinen Arbeiten weniger anekdotisch als Zille, weniger mitleidsuchend als Baluschek blieb.

1924 hat Nagel als Kommissar die *erste deutsche Kunstausstellung* der Sowjetunion betreut – umgekehrt half Naum Gabo 1922 beim Aufbau der Ersten Russischen Kunstausstellung in der Berliner Galerie van Diemen. Vor 1933 war Nagel KPD-Mitglied. Die Nazis revanchierten sich mit Arbeitsverbot und Haussuchungen, vorübergehend kam Nagel ins Konzentrationslager Sachsenhausen – in der Ausstellung ist ein Brief an Wally Nagel („Sei mein braves tapferes Kerlchen") zu sehen, mit dem KZ-Stempel „zensiert". In der „DDR" dann wurde Nagel Präsident, später Vizepräsident der Akademie der Künste. Bis 1954 war er Abgeordneter der Volkskammer. 1967 wurde er an der Seite von Käthe Kollwitz beigesetzt.

Nagel schilderte die Arbeitslosen. Er malte unerhört erwachsen dreinblickende Kinder auf dem Mutterschoß, Weddinger Jungen im Matrosenanzug. Ernst und Würde alter Arbeiter interessierten ihn genauso wie die Witwenbälle der Suppenküchen, die Huren vom Gesundbrunnen und Destillen-Schwoof.

Nagel hat mit Liebe das alte Berlin wiedergegeben. In seinen Bildern und *Zeichnungen ist vieles überlie*fert, das später zerstört wurde. Er ging oft sehr nüchtern und trocken zu Werke. Seine Ölbilder gerieten ihm manchmal etwas hart und rauh, dagegen gelangen ihm mit seinen vorzüglichen Pastellen sensible und stim*mungshafte Impressionen. Ganz un*prätentiös zeigte er die gesichtslose Menschenmenge auf regennasser Straße mit kahlen Bäumen. Demgegenüber scheint ein „Maurerlehrling" vor rotbewimpelten Gerüsten, mit dem Nagel 1953 dem Aufbauoptimismus des Soziallistischen Realismus seinen malerischen Tribut zollte, nicht nur im Format zu groß geraten. (Bis 30. Nov., Katalog 64 Mark)

PETER HANS GÖPFERT



Kämpft für die Sache der Briten: Donald Sutherland als Sergeant Peasy in Hugh Hudsons Film FOTO: CONCORDE

Hugh Hudsons Monumentalfilm „Revolution"

Unkraut überlebt doch

Manche Filme sind wirr, auch wenn sie sich beflissen an historischen Fakten festmachen. Dies ist so einer. Er muß sündenteuer gewesen sein. Sein Regisseur, der Engländer Hugh Hudson, der für seinen 1980 gedrehten Streifen „Die Stunde des Siegers" vier Oscars erhalten hatte, verfügt in seinem jüngsten Opus „Revolution" über immer neue Myriaden von Statisten, die er in unterschiedlichen Uniformen in die Wirren der amerikanischen Befreiungskriege ziehen läßt. Immer wieder werden Schlachtgemälde schier gigantischen Ausmaßes an die Leinwand geworfen.

Menschenreihen werden hingesäbelt. Einschläge krachen in die Rei*hen der Angreifenden. Der Himmel* verfinstert sich mehrfach in Pulverdampf. Und jedesmal, wenn er schließlich verflogen ist, kreist die Kamera über die unheimlich still gewordene Wahlstadt. Nur das Keuchen der blessierten Soldaten, die im Sterben liegen, ist zu hören. Grausige Stille. *Todesvögel* fliegen über den Blutacker.

Oder der Film breitet geradezu wollüstig die Schönheiten und unbeschädigten Landschaften Kanadas und Amerikas aus. Das Auge lechzt. Die Farben sind von einer müden, vitalen Schönheit. Zu verstehen ist, daß die britischen Kolonialherren nicht von ihren amerikanischen Besitzungen weichen wollen, auf denen sich das vielfach national gefächerte Volk Amerikas gerade zu einer eigenen freien Nation auf eigenem Grund formieren will.

Wir sind im *Jahre 1776*, am Beginn der Befreiungswirren, in New York. Ein Mann aus dem Volke, Tom Dobb, ein Trapper aus dem Norden, ist mit seinem halbwüchsigen Sohn Ned in die Stadt gesegelt, um Pelze auf den Markt zu bringen. Seine armselige Schaluppe wird requiriert. Seine Pelze sind perdu. *Sein Sohn geht ihm im* Volksgewirr auf Zeit verloren. Als er ihn wiederfindet, hat der Junge das Handgeld der britischen Soldatenwerber angenommen. Er steht in Diensten des englischen Königs.

Jetzt wird der entsetzte Vater (er *wird von Al Pacino mit einer ein*dringlichen Stille und rührenden Kompetenz gespielt) sozusagen zu einem „Vater Courage". Er folgt dem Sohn. Er gliedert sich dem Heer der Unterdrücker an – das übrigens von Donald Sutherland als Sergeant Major Peasy angeführt wird – nur um sein Kind ja im Auge zu behalten.

Der kleine Mann wird hineingeworfen in die Wirrnisse der Schlachten. Jetzt steht er bei den Briten. Bald werden beide, Vater und Sohn, zum Gegner in der Befreiungsarmee überwechseln. Der Film will wohl verdeutlichen, daß der einzelne in den großen weltbewegenden Wirren nur immer die eigene Haut, bestenfalls die eigene Familie retten möchte.

Das legt dieser augenfüllende Monsterfilm (oft nur schwierig zu verfolgen) dar. Immer wieder sind Massen *strategisch bewegt. Immer wieder* werden geradezu optische Orgien im Angesicht von Kampf und Elend entworfen. Oft verliert man die Kontinuität der verkapselten Handlung aus den Augen, schier optisch überfüttert von filmischen Großgemälden aus Blut, Widerstand, Elend, Tod und unterschiedlichem Sieg.

Am Ende hat Tom Dobb doch alle Anfechtungen des Schicksals überlebt. Ein Einzelkämpfer bleibt, wenn auch mehrfach beschädigt, Sieger in den Wirren der großen Welt. Der monströse Film endet hoffnungsvoll, sozusagen privat. Vater und Sohn, so oft von den Zeitläuften geprügelt, nehmen tief bewegt Abschied voneinander. Ned wandert nach Osten in eine neue amerikanische Zukunft. Er will sich dort eine Farm aufbauen. Der Vater bleibt in New York zurück, wo er das schon lange geliebte Mädchen *Daisy (Nastassia Kinski)* wiederfindet, das ihm in die Arme sinkt. Schlußblende.

Wer an rekonstruiertem Schlachtenlärm und Pulverdampf Geschmack hat, wird sich an dergleichen offenen Auges weiden können. Schwerer fällt es schon, die sozusagen humane Botschaft des gewaltigen Kinostückes endlich doch fassen zu können. Aber das lernt man: Fortschritt und Freiheit tun weh, solange sie erkämpft werden. Der einzelne ist wichtig. Oft muß er feige sein, um zu überleben. Die Bande der Familie *sind stärker als die des Staates.* Der Mensch ist wie ein Unkraut. Er überlebt doch.

FRIEDRICH LUFT

„Gullivers Reisen" am Schauspielhaus Zürich

Jetzt sprechen die Pferde

Im Schauspielhaus Zürich hat man jetzt „Gullivers Reisen" frei nach Jonathan Swift in einer ungemein aufwendigen Aufführung herausgebracht. Eine etwas unverständliche Wahl. Denn nach den ersten drei Premieren, die alle schiefgegangen sind, hätte das Haus einen Erfolg bitter notwendig. Und der war dieses Stück noch nie.

Da hat also Anfang des 18. Jahrhunderts Jonathan Swift einen satirischen, fiktiven Reisebericht geschrieben, worin er die Mißstände im heimischen England anprangern wollte. Aber diese Art von Satiren leben ja immer nur so lange wie die Mißstände, die sie aufs Korn nehmen. Und die gab es, wie gesagt, vor 250 Jahren.

Held Gulliver reist also und betrachtet, verübt aber keine Aktion, gerät in keinerlei Verhältnis zu anderen Menschen, ist also denkbar undramatisch. Infolge dessen machten vor einiger Zeit zwei Engländer namens Frow und Kenny ein Stück aus ihm, das, obwohl Swift in England zur Allgemeinbildung gehört, dort nicht recht ankam. In Hamburg, wo es Ende der sechziger Jahre nachgespielt wurde – Ernst Wendt hatte es übersetzt –, fiel es durch. Mit Recht, denn längst Überholtes anzuprangern, ist fast so sinnlos wie die Dramatisierung selbst. Ob allerdings der Linksdrall nötig war – oder ob er in der sogenannten Züricher Fassung „erarbeitet" wurde – wer weiß.

Das dilettantisch gezimmerte Stück ist kaum aufführbar. Natürlich könnte Spielberg mit seinen „Special Effects" so etwas auf die Bühne zaubern: Zwerge, Riesen, fliegende Inseln, sprechende Pferde.

Was kommt bei alledem heraus? Ein unübersehbarer Mischmasch von Kabarett, Gefasel, Gags wie etwa eine Musikkapelle, die stets mit anderen Instrumenten auftritt – alle vier haben das gleiche in der Hand –, aber nicht spielen kann. Aber vor allem gibt's tödliche Langeweile, es geschieht ja nichts (Regie: Jiři Menzel). Die Schauspieler können ihren Beruf nicht ausüben.

Die eigentlichen Stars: die Garderobiers, die dem rund Dutzend Akteuren in Windeseile rund 50 Kostüme verpassen und wieder entreißen müssen, denn so viele „Rollen" gibt's.

Fazit: Wer nicht hingeht, wird nichts versäumen. Vermutung: Es werden viele nichts versäumen.

CURT RIESS

JOURNAL

Hamsun-Trouvaille zwischen Steuer-Akten

W. D. Hamburg

Mit einer Trouvaille hohen Ranges hat der Journalist und Schriftsteller Harald Haack jetzt die literarisch interessierte Öffentlichkeit überrascht. Es ist das vollständige Original-Manuskript von Knut Hamsuns Roman „Men livet lever", das in Oslo 1933 als Buch erschien und im Deutschen unter dem Titel „Nach Jahr und Tag" veröffentlicht wurde. Das Manuskript des Romans, der den letzten Teil der „Landstreicher"-Trilogie bildet, wurde von einem Rechtsanwalt, der das Erbe der im Dezember 1985 verstorbenen Witwe eines Hamburger *Filmproduzenten zu verwalten hat*te, zwischen Steuerakten ihres Mannes gefunden. Schon jetzt lassen sich Zweifel an der Echtheit ausschließen. Es sind Bestrebungen im Gange, das Original nach Norwegen zu verkaufen. Sein Schätzwert liegt bei 53 000 Mark. Laut testamentari*scher Bestimmung ist der gesamte* Nachlaß der Witwe zu veräußern und einer israelischen Kinderhilfsorganisation zuzuführen.

Vietnamesischer Autor wurde inhaftiert

AFP, Hanoi

Der vietnamesische Romanschriftsteller Doan Quoc Sy ist nach offiziellen Meldungen aus Hanoi zusammen mit weiteren Personen am 30. Oktober inhaftiert worden. Er soll die Sicherheit gefährdet und gegen die Gesetze seines Landes verstoßen haben. In der Bundesrepublik lebende vietnamesische Exilschriftsteller hatten schon vor zwei Wochen Sys Freilassung gefordert. Nach ihren Angaben ist der Autor bereits seit zweieinhalb Jahren in einem Umerziehungslager eingesperrt. Insgesamt sollen 40 Schriftsteller in Vietnam inhaftiert sein.

„Orte" im Zeichen literarischer Utopien

DW. Zürich

*Um das inzwischen recht oft stra*pazierte Thema „Utopie" geht es in der neuesten 56. Nummer der Schweizer Literaturzeitschrift „Orte". Als Beispiel einer realisierten Utopie aus der Vergangenheit skizziert Irmgard Hierdeis den einstigen Jesuitenstaat in Paraguay, der im 17. und 18. Jahrhundert als die zur Wirklichkeit gewordene Vision von Thomas Moorus' „Utopia" angesehen wurde. Und Heinz Hag durchpflügt Bücher zeitgenössischer Schweizer Autoren auf Utopische Momente hin. Über Utopien läßt sich eben alleweil trefflich philosophieren.

Neuer Roman von Marguerite Duras

AFP, Paris

Marguerite Duras hat in Paris einen neuen Roman veröffentlicht. Das 152 Seiten starke Werk der Goncourt-Preiträgerin 1984 trägt den Titel „Les yeux bleux cheveux noirs". Es beschreibt die aussichtlose und tragische Beziehung zwischen einem namenlosen Mann und einer namenlosen Frau, die sich beide nicht von einer dritten Person lösen können, „den Mann mit den blauen Augen und schwarzen Haaren". Schauplatz dieser selbstzerstörerischen Beziehung ist ein einsames Haus am Meer.

Florenz leitet das Lully-Gedenkjahr ein

AFP. Florenz

In Florenz wird bereits vorzeitig – am 20. Dezember – das Gedenkjahr zu Ehren des dort geborenen Hof-Komponisten Ludwigs XIV., Jean-Baptiste Lully, eingeleitet, der am 22. März 1687 in Paris starb. „Les arts florissants" spielen unter der musikalischen Leitung des Amerikaners William Christie und der Regie Jean-Marie Villegiers Lullys lyrische Tragödie „Atys" aus dem Jahr 1676. Die Choreographie schrieb Francine Lancelot. Die Aufführung wird am 23. Dezember noch einmal in der Geburtsstadt Lullys wiederholt und ist dann vom 16. Januar bis zum 6. Februar in der Pariser Opéra Comique zu sehen. Vom 27. bis 29. August wird „Atys" in Innsbruck aufgeführt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Vergas Roman um Giovanni Varga gebührt ein Platz neben Emile Zolas „Rougon-Macquart" und gilt zu *Recht als das bedeutendste Werk* des Sizilianers. Es ist die Geschichte eines Emporkömmlings, der sich zu Tode schindet, um seine soziale Klasse zu verlassen und in einer höheren aufgenommen zu werden. Für dieses Ziel gibt er alles auf – alte *Bindungen und seine moralische* Vorstellungswelt –, um zu spät zu erkennen, daß er sich Illusionen hingegeben hat. Der Roman ist nicht nur ein lebensnahes Gemälde Siziliens; es ist ein Werk von sicherlich nationaler Bedeutung, mit dem sich Giovanni Verga neben Manzoni stellte.

Ho.

Giovanni Verga: „Mastro Don Gesualdo", Piper, 414 S.; 17,80 Mark

Die Befreiung des Arms von der Uhr

Entschuldigen Sie, können Sie mir bitte sagen, wieviel Uhr es ist? Aber nein, Sie werden doch jetzt nicht den linken Arm vorrecken. Nein, das geht nun wirklich nicht mehr, da könnten Sie ja gleich mit einer Sanduhr daherkommen oder einer Sonnenuhr oder nachts mit einer Monduhr meinetwegen. Wer aber will heute hinterm Mond sein, man muß doch ein wenig auf sein Image achten und deshalb wissen, daß die vertraute Armbanduhr einfach nicht mehr zum Lifestyle des modernen Menschen paßt.

Woher ich das weiß? Von einem seriös wirkenden Herrn im dunklen Anzug und mit einer Zunge, die seine eidgenössische Herkunft nicht zu verbergen vermochte. Und weil Schweizer bekanntlich etwas von Uhren verstehen, mußte man schon aufhorchen, als er ein so revolutionäres Ziel verkündete wie das der „Befreiung des linken Armes". Daß man womöglich zu den wenigen Auserwählten zählt, die beiwohnen dürfen, wenn Geschichte geschrieben wird, das wurde uns Anwesenden spätestens beim Blick in die Pressemappe bewußt, wo die Frage schwarz auf weiß formuliert war, die uns im Unterbewußtsein schlummernd wohl schon geraume Zeit quält. „Ist die Menschheit", steht da, „also dazu verdammt, in alle Ewigkeit mit Fesseln am Handgelenk herumzulaufen?"

Meine Nachbarin vom Lifestyle-Verkünder „Vogue" schluckte betroffen, las aber vor weiteren depressiven Konsequenzen den erlösenden Satz: „Glücklicherweise nicht." Denn der nette Mensch aus Zürich hat das Instrument der Befreiung gleich mitgebracht: eine Uhr zum Anstecken, einer Wäscheklammer ähnlich und dort zu tragen, wo es der individuelle Befreiungsdrang gerade möchte. An der Krawatte etwa oder an der Bluse, am Hut oder am Revers, an der Halskette oder am Sakko dort, wo bei Männern, die meine Tochter „Grufties" nennt, das Einstecktuch hervorlugt. „Le Clip" heißt das Häuflein Plastik und ist gedacht für „junge, unabhängige Leute, die mit der Zeit gehen".

Was nicht in den Unterlagen steht: Wer seine Zeit ans Revers clipst, muß viel Zeit haben. Denn wer kann schon pünktlich sein, wenn die Uhr nur vage die Viertelstunde ansagt. Aber bitte, wer will auch noch Minuten verlangen bei einem Wegwerf-Preis von 65 Mark.

PETER SCHMALZ



Ein Hauch von November: Der Kuckucksteich in Hamburg-Wilhelmsburg FOTO: SCHAPOWALOW

Im Nebelung verlieren die Bäume ihr Haar

Das Jahr malt die schönsten Bilder – jetzt greift der November zu Pinsel und Palette. Seinem alten Namen, Nebelung, macht er aber wenig Ehre: Einige aberwitzige Blätter halten sich an den Bäumen, in Gelb und Rot und Braun getaucht. Der Himmel ist mehr blau als grau. Nur im Süden legen sich die ersten Nebelschleier über Seen und Wiesen. Sicher, die Nacht hat den Tag längst überholt. Der Altweibersommer will sich aber noch nicht endgültig verabschieden. In den nächsten Tagen zeigt sich der November in Deutschland von zwei Seiten: Südlich der Mittelgebirge geht er den Gefrierpunkt an, mit milden Herbstwinden vom Atlantik her wartet er im Norden auf. Von Schnee, Eis, Glätte und Rodelschlitten wie vor genau einem Jahr ist noch nirgendwo die Rede. Gut, es läßt sich nicht vermeiden: Im November, „da geh'n den Bäumen, die da frieren, nach und nach die Haare aus", allein 200 Kilogramm Laub verliert jede Birke. Aber das Herbst-Bild Erich Kästners birgt auch die Aussicht in sich: Bisher sind den Bäumen die Haare noch in jedem Frühjahr wieder nachgewachsen.

sko

Wer mittags schläft, der sündigt nicht

dpa, München

Ein Nickerchen tagsüber ist besser ist als sein Ruf: Wissenschaftler des Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München wiesen nach, daß die innere Uhr des Menschen nicht nur auf einen Mittagsschlaf, sondern auf mehrere Ruhe-Zeiten eingestellt ist. Testpersonen, die den ganzen Tag tatenlos im Bett verbringen mußten, machten deutlich: ein Hang zum Tagschlaf besteht etwa alle vier Stunden von neun Uhr morgens an. Die Forscher prüfen jetzt, ob man die entdeckte Schlafprogrammierung für die nächste deutsche Mission an Bord des Weltraumlabors Spacelab verwerten kann – für einen abgestimmten Wechsel zwischen Ruhen und Arbeiten während des „zeitlosen" Flugs um die Erde.

Einstein in die Walhalla

dpa, München

Albert Einstein soll auf einen Beschluß des bayerischen Ministerrats in der Walhalla bei Donaustauf Platz finden. Die Vorbereitungen für die Anfertigung und Aufstellung der Büste des Schöpfers der Relativitätstheorie wird jetzt das bayerische Wissenschaftsministerium treffen.

Morde nach „Hexerei"

dpa, Varese

Ein 27jähriger Arbeiter in der norditalienischen Kleinstadt Varese hat die um zehn Jahre ältere Frau seines Arbeitgebers, ihren achtjährigen Sohn und die 58jährige Mutter der Frau erschossen. Die 37jährige Rodolfina Prandini habe ihn „durch Hexerei" verliebt gemacht und dann seine Werbungen zurückgewiesen. Ursprünglich wollte er auch den Ehemann und die 16jährige Tochter des Paares töten, wurde durch einen unerwarteten Besucher in der Wohnung seiner Opfer aber daran gehindert.

Tierschutz mit Folgen

DW. Bonn

Die Aktion eines Bonner Tierschützers (WELT v. 8.11.) führt zu ersten Reaktionen. Der Mann hatte in Briefen alle Abgeordneten aufgefordert, sich mit den beigelegten zehn Mark Informationen über den Tierschutz zu beschaffen. Der Direktor des Bundestages, Joseph Bücker, gibt in einem Brief an die Parlamentarier die Empfehlung des Ältestenrates weiter, „den Geldbetrag an den Absender zurückzuschicken".

Die Narren sind los

dpa, Düsseldorf

Punkt 11.11 Uhr haben gestern bei strahlendem Herbstwetter die Narren für 113 Tage das Zepter übernommen. Tausende begrüßten in Düsseldorf das Prinzenpaar mit donnerndem „Helau". In Köln inthronisierte Oberbürgermeister Burger das närrische Dreigestirn aus Prinz, Bauer und Jungfrau. In Mainz, der dritten Karnevalshochburg, wurde das närrische Grundgesetz von der Mainzer Ranzengarde verkündet.

Arsen aus dem Boden

dpa, Neustadt/Weinstraße

Das Arsen in der Bad Dürkheimer Fronmühlquelle, dessen hoher Gehalt am Wochenende zur Schließung der Trinkkur in dem Bad geführt hat, stammt nach Angaben der Bezirksregierung aus dem Boden. Äußere Einflüsse für den wechselnd hohen Arsengehalt der Quelle würden nicht vermutet. Die Trinkkur soll so lange geschlossen bleiben, erklärte die Bezirksregierung, bis ein Arsengehalt von maximal 0,08 Milligramm gemessen werde. Derzeit sind es noch 0,45 Milligramm.

Küssen ist harmlos

SAD, Rochester

„Küssen ist längst nicht so gefährlich für die Gesundheit wie Kartenspielen." Diese These vertrat jetzt der amerikanische Spezialist für Infektionskrankheiten Dr. Timothy Sankary auf einem Fachtreffen in Rochester. Der Grund: Die im Speichel enthaltenen Verdauungssäuren machen Erkältungsviren unschädlich. „Bei verschnupften Kartenpartnern steckt man sich viel schneller an, denn den Viren auf den Karten entgeht kaum jemand", sagte Sankary.

ZU GUTER LETZT

Nur zögernd stimmte der Standesbeamte im mittelenglischen Barrow Hill zu: Margaret und John Nelson können jetzt für ihre zehn Monate alte Tochter 140 Vornamen registrieren lassen. Der Grund des langen Nachdenkens: Eigentlich ist auf den Formularen nur Platz für 20 Namen.

Geldfälscherring in Berlin zerschlagen

US-Experten verblüfft über die „Echtheit" der 30 000 Hundert-Dollar-Blüten

W. K. Berlin

In kleine Tüten verpackt und zur Verteilung vorbereitet fand die Polizei in West-Berlin 30 000 gefälschte 100-US-Dollarnoten im Nennwert von drei Millionen Dollar. Die „Blüten" hatte ein Geldfälscherring, den Exilrussen und Polen in West-Berlin aufgebaut hatten, hergestellt. Das gab gestern das Bundeskriminalamt bekannt.

Amerikanische Banknotenexperten, die zur Prüfung der Qualität der falschen Dollarscheine konsultiert wurden, sprachen von einer bisher in dieser Qualität nicht festgestellten „Echtheit". Auf den ersten Blick seien die Dollarnoten nicht als Fälschung zu erkennen.

Wie das BKA bekanntgab, konnte der Fälscherring von Beamten des Falschgeldreferates des BKA unter Einschaltung von Interpol in Jerusalem sowie in enger Zusammenarbeit mit den Berliner Behörden jetzt zerschlagen werden. Bereits am 3. November 1986 waren im Rahmen des Ermittlungsverfahrens 13 Wohnungen und Geschäftsräume von Beamten des BKA und der Berliner Schutz- und Kriminalpolizei durchsucht worden. Dabei konnten die kurz vor der Verteilung stehenden rund 30 000 gefälschten 100-US-Dollarnoten sichergestellt werden.

Sechs Männer im Alter von 24 bis 56 Jahren – russische Emigranten israelischer und deutscher Staatsangehörigkeit – wurden festgenommen. Vorangegangen waren die Festnahmen eines staatenlosen Exilrussen und eines polnischen Staatsangehörigen am 11. Juli 1986 in München. Bei dieser Aktion waren zunächst 85 falsche 100-US-Dollarnoten der gleichen Herstellerart sichergestellt worden. Die Ermittlungen konzentrierten sich auf den Fälscherring in Berlin, als plötzlich Ostberliner Sicherheitsbehörden dem Westberliner Generalstaatsanwalt beim Kammergericht mitteilten, in einem Schließfach des Bahnhofs Zoo (britischer Sektor) sei ein Dollarnoten-Paket gefunden worden. Die Entdeckung war bereits am 8. Juli 1986, den Angaben zufolge aber erst im Oktober den Behörden im Westen mitgeteilt worden. Die „Blüten" hatte ein Angestellter der „DDR"-Reichsbahn gefunden, der das Schließfach öffnete, weil die Mietzeit abgelaufen war.

Die Verzögerung der Mitteilung durch die Ostberliner Behörden um etwa drei Monate erklären sich die Behörden im Westen damit, daß die Dollarnoten zunächst vom Ministerium für Staatssicherheit und möglicherweise den sowjetischen Nachrichtendiensten geprüft wurden, bis eine Entscheidung getroffen wurde, die Staatsanwaltschaft in West-Berlin zu informieren. Aus dieser Mitteilung ergab sich nun ein konkreter Zusammenhang zwischen der Entdeckung der falschen Dollarnoten in München und den daraus resultierenden Beziehungen nach West-Berlin.

Schicke Sachen für Bonns Prominenz

Modenschau aus Berlin begeisterte Politikergattinnen im Museum Alexander Koenig

R. WILLNECKER, Bonn

Wer kennt sie nicht die Bilder: Staatsempfänge, Preisverleihungen, diplomatische Begegnungen auf höchster Ebene – kurz, alle offiziellen Termine, bei denen die Bonner Prominenz in Begleitung ihrer Damen erscheint. Erscheinen heißt für sie auch repräsentieren. Nämlich nicht nur die Politik oder ihre Partei, sondern die Bundesrepublik Deutschland. Und wer hat sich angesichts solcher Bilder nicht schon gefragt: Warum sind die Gattinnen ausländischer Diplomaten und Politiker – nicht nur aus Frankreich – immer so schick angezogen?

Selbst Nancy Reagan, die an Jahren manch eine unserer Ministerfrauen in den Schatten stellt, macht modisch immer eine gute Figur. Und das ohne gold- oder perlenbesetzt auf sich aufmerksam machen zu müssen und schon gar nicht „typisch amerikanisch". Die Tatsache, daß die Frau des amerikanischen Botschafters, Gahl Burt, seitdem sie in Bonn ist von begeisterten Fotografen abgelichtet wird, hat sicher nichts mit der Position ihres Mannes und schon gar nichts mit ihrer Nationalität zu tun. Sondern mit ihrem auffallend guten Äußeren in der allgemeinen Politszene Bonns. Vielleicht ist Bonn auch etwas überfordert, neben der politischen Brisanz auch noch die modische zu verkraften?

Nun ist es ja durchaus keine Schande, wenn eine Politikerin ihr selbstgenähtes Abendkleid präsentiert oder stolz verkündet, dieses Kleid trage sie zum siebten Mal. Daß aber in Bonn ein enormer Nachholbedarf in Sachen Mode besteht, bewies eine Schau, die Montag abend im Museum Alexander Koenig an der Adenauerallee unter dem Motto „Berliner Botschafter der Mode" über den Laufsteg ging. Veranstaltet wurde sie von der Berliner Modemesse. Eingeladen waren Bonns Politikergattinnen.

Die Gästeliste ließ sich sehen. Da begrüßten sich Frau Jossy Schneider, Elke Warnke, Barbara Genscher, Liselotte Vogel, Maria Ehmke, Dorle von der Schulenburg, Ingrid Biedenkopf und Brigitte Brandt, um nur einige zu nennen. Hannelore Kohl, die am Montag immer ihren Bonn-freien Tag hat, konnte auch die Mode nicht locken. Marianne von Weizsäcker ließ sich von ihrer Schwester Asta von Oppen vertreten.

Eingeladen wurden die Damen von der Frau des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Monika Diepgen, die gleich in ihrer Begrüßung meinte, daß Mode in Bonn aus Berlin zwar schön sei, aber Mode aus Berlin in Berlin noch viel schöner. Sicher ist es nicht jedem bewußt, daß Berlin mit knapp einer Milliarde Mark Umsatz an Damenoberbekleidung und über eine Milliarde Mark Textilproduktion pro Jahr weltweit nach New York an zweiter Stelle steht.

Die Begeisterung am Rhein für die Berliner Mode war groß. Das Angebot reichte vom sportlichen Alltag bis zum raffinierten Abendkleid. Designer wie Reimer Claussen (er kleidet übrigens auch Gahl Burt ein), Brigitte Haarke und Barbara Dietrich, die keine Politikergattinnen bisher zu ihren Kundinnen zählen können, waren nicht abgeneigt, sich um das Äußere der Damen bei offiziellen Auftritten in Zukunft mehr zu kümmern.

Vielleicht entsteht aus diesem Kontakt in Bonn mehr als nur ein diplomatisches Modegespräch. Dann darf man sich demnächst auf sehr schicke Moderepräsentantinnen aus deutschen Landen freuen, die auch international keinen Vergleich mehr zu scheuen brauchen.





Aus Berlin an den Rhein gekommen: Gastgeberin Monika Diepgen und Senator Rupert Scholz, von Mannequins eingerahmt (links); unter den Besuchern die Ministergattinnen Marita Blüm (im Gespräch mit Modemesse-Chef Kurt Geissler, links oben) und Barbara Genscher (oben) FOTOS: LAUER (2)/SPITZLEY

WETTER: Weiterhin mild

Lage: Der Ausläufer eines Nordmeertiefs beeinflußt anfangs noch den Norden und die Mitte Deutschlands, während der Süden unter Hochdruckeinfluß verbleibt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden strichweise Regen, im Tagesverlauf nur noch im Küstengebiet einzelne Schauer. Höchsttemperaturen 10 bis 12, nachts um 8 Grad. Mäßiger, an der Küste frischer Wind aus Südwest. Im Süden wolkig und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 11 bis 15, in 2000 m um 7 Grad. Nachts gering bewölkt und Abkühlung auf 4 bis null Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Freundlich und mild

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.36 Uhr*, Untergang: 16.36 Uhr; **Mondaufgang:** 15.26 Uhr, Untergang: 3.59 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 12. Nov., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	13	wl
Bielefeld	15	wl
Braunlage	10	he
Bremen	15	he
Dortmund	14	wl
Dresden	12	wl
Düsseldorf	15	he
Erfurt	14	he
Essen	13	wl
Feldberg/S.	6	he
Flensburg	13	bw
Frankfurt/M.	11	wl
Freiburg	16	he
Garmisch	10	wl
Greifswald	15	wl
Hamburg	16	he
Hannover	15	he
Kahler Asten	9	wl
Kassel	12	wl
Kempten	13	wl
Kiel	14	bw
Koblenz	15	he
Köln-Bonn	15	wl
Konstanz	7	wl
Leipzig	13	wl
List/Sylt	10	bd
Lübeck	15	bw
Mannheim	14	wl
München	13	wl
Münster	15	wl
Norderney	13	bw
Nürnberg	12	wl
Oberstdorf	11	wl
Passau	2	Ne
Saarbrücken	13	he
Stuttgart	15	wl
Trier	14	wl
Zugspitze	3	wl

Ausland:		
Algier	25	wl
Amsterdam	13	he
Athen	15	he
Barcelona	20	he
Belgrad	15	he
Bordeaux	16	he
Bozen	9	wl
Brüssel	15	he
Budapest	10	wl
Bukarest	11	wl
Casablanca	20	bw
Dublin	8	he
Dubrovnik	16	bw
Edinburgh	8	R
Faro	14	R
Florenz	16	he
Genf	9	wl
Helsinki	9	bd
Hongkong	19	R
Innsbruck	11	wl
Istanbul	11	he
Kairo	19	bw
Klagenfurt	1	Ne
Konstanza	10	he
Kopenhagen	11	bd
Korfu	19	he
Las Palmas	23	he
Leningrad	9	bd
Lissabon	12	R
Locarno	12	he
London	13	bw
Los Angeles	22	wl
Luxemburg	11	wl
Madrid	12	bw
Mailand	10	bw
Malaga	18	bd
Mallorca	20	he
Moskau	2	Rs
Neapel	18	he
New York	5	he
Nizza	19	he
Oslo	9	bw
Ostende	13	he
Palermo	19	he
Paris	16	he
Peking	13	bd
Prag	5	wl
Rhodos	16	he
Rom	16	he
Salzburg	12	wl
Singapur	31	bw
Split	16	he
Stockholm	10	bw
Straßburg	15	he
Tel Aviv	13	bw
Tokio	15	bw
Tunis	20	he
Valencia	19	he
Varna	10	wl
Venedig	10	wl
Warschau	9	bw
Wien	6	wl
Zürich	6	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe